

C 3428



# hlz.

Zeitschrift der GEW Hamburg  
Mai-Juni 5-6/2019



**MASKENFALL**  
**100 JAHRE UNIVERSITÄT HAMBURG**





Wie das Hamburger Abendblatt berichtete, verhandeln die Bürgerschaftsfraktionen von SPD, Grünen, CDU und FDP sowie die BSB diskret und hinter verschlossenen Türen über eine Fortsetzung des „Schulfriedens“ von 2010, also darüber, auch zukünftig keine Veränderungen in der Hamburger Schulstruktur vorzunehmen.

Die Hamburger GEW tritt für „Eine Schule für alle“ ein, also für eine Überwindung des derzeitigen „Zwei-Säulen-Modells“ (das ohnehin eher ein Drei-Säulen-Modell mit den Sonderschulen/ReBBZ als dritter Säule ist). Wir sind der gut begründeten Auffassung, dass sich mit einer Gemeinschaftsschule mehr Bildungsgerechtigkeit erreichen lässt.

Nun dringen erste Ergebnisse der Verhandlungen zum „Schulfrieden“ an die Öffentlichkeit. Dazu nehmen wir selbstverständlich Stellung, auch wenn die GEW ebenso wie die betroffenen Schulgemeinschaften oder die Kammern nicht gefragt werden. Dazu im Einzelnen:

**Mehr Lehrkräfte in die Klassen 5 und 6 der Gymnasien, Verringerung der Klassengrößen an Gymnasien.**

Diese Forderung ist richtig, sollte aber für die Klassen 5-11 umgesetzt werden. Auch an Gymnasien ist die Schüler\_inenschaft zunehmend heterogen und braucht differenzierten

Unterricht und damit mehr pädagogisches Personal. Zusätzlich fordern wir, die bisherigen Abschlusungen nach Klasse 6 an Gymnasien abzuschaffen. Dadurch beschämt man nur Schüler\_innen und bürdet den Stadtteilschulen die schwierige Integration der „Abgeschulten“ auf, für die zum Teil an beliebten Stadtteilschulen Klassen freigehalten werden müssen. Konsequenz wäre daraus auch, die Schulformempfehlung in ihrer bisherigen Form abzuschaffen. Die Grund- und Stadtteilschulen wurden in den vergangenen Jahren personell besser ausgestattet als die Gymnasien, weil sie die neue Aufgabe der inklusiven

**Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt, Sven Quiring**

## Offenheit statt Hinterzimmerpolitik

Schule umsetzen und dafür die – nicht ausreichende – pädagogische Ressource bekommen. Ebenso findet ein Großteil der Beschulung von Geflüchteten in Grund- und Stadtteilschulen statt.

**Schaffung von nicht pädagogischen Verwaltungsleitungen an Schulen, um Lehrkräfte zu entlasten.**

Auch das ist ein richtiger Schritt, damit sich Lehrkräfte mehr auf den Unterricht konzentrieren können. Mehr SuS

und mehr Aufgaben bedeutet auch mehr Verwaltungspersonal, es ist auch eine Aufstockung der Verwaltungsangestellten denkbar. Allerdings muss dies obendrauf kommen und nicht nur zur Hälfte von der BSB ausfinanziert werden. Weitere Forderungen der GEW sind die unteilbaren A-Zeiten um mindestens zwei Stunden pro Woche für Kooperation zu erhöhen und die notwendigen Schulleitungsfunktionszeiten zusätzlich zu den Funktionszeiten der Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung mindestens im Umfang der Angaben der 2. Lehrerarbeitszeitkommission, das sind 20 Stunden Sockel und 1 WAZ je beschäftigter Lehrkraft und PTF an der Schule, zuzuweisen.

**Einführung der äußeren Differenzierung durch die Schulkonferenz entscheiden.**

Bei aller pädagogischen Diskussion um die Differenzierung gehört diese Debatte zu den Grundsätzen der Unterrichtsgestaltung und der Unterrichtsmethoden und muss damit von der Lehrer\_innenkonferenz entschieden werden.

**Reform der Lehrer\_innenbildung zurückdrehen.**

Die gemeinsame Ausbildung

von Lehrkräften für die Stadtteilschule und das Gymnasium ist in den Augen der GEW der richtige Weg! Sie sollte nicht wieder konservativ gewendet werden, um der FDP, die dies als einzige Partei fordert, ein Wahlkampfgeschenk zu machen.

Wir fordern die Bürgerschaftsfraktionen auf, ihre Vorschläge zur Schulstruktur breit zu diskutieren und die Hinterzimmerpolitik aufzugeben. Es geht um die Bildungszukunft unserer Stadt.



Foto: hlz

# Bildungspolitik

<b>Schulstruktur</b>	_____	18
Über Apartheid und Braindrain	_____	
<b>Inklusion 1</b>	_____	20
Interview über EiBiSch	_____	
<b>Inklusion 2</b>	_____	23
Vermeidung und Ignoranz	_____	
<b>Weckruf</b>	_____	29
Exzellenz braucht Personal	_____	

## 1. Mai Seite 10

Auch in diesem Jahr waren die GEW-Fahnen nicht zu übersehen. Während des Umzugs nutzten drei GEW-Aktive vom Lautsprecherwagen aus die Möglichkeit, den Hamburger\_innen zu erklären, warum im Bildungsbereich so manches schief läuft.

## Inklusion Seite 20

Erstmals liefert eine Forschungsgruppe ein differenziertes Bild über den Stand der Inklusion in Hamburgs Schulen. Ein Interview mit einem der Wissenschaftler.

## Arbeitsschutz Seite 33

Seit Jahren laboriert die Schulbehörde an so genannten Gefährdungsbeurteilungen herum, ohne Ergebnisse, die eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Weg bringen könnten. Eine Kollegin nimmt die Sache nun selbst in die Hand.

## Nicht verladen lassen Seite 30

Von wegen Solidarität unter den EU-Mitgliedsländern! Anstatt dass der Hauptprofiteur der EU, nämlich Deutschland, ein großes Konjunkturprogramm für die schwächelnden Ökonomien Südeuropas auflegt, benutzt er seine Überschüsse zum Schuldenabbau.



Foto: hlz

# Magazin

<b>Jubiläum</b>	_____	17
10 Jahre ArbeiterKind.de	_____	
<b>Schulabgänger_innen</b>	_____	25
Alles Blendwerk	_____	
<b>Schuldenbremse</b>	_____	30
Kontraproduktiv	_____	
<b>Gesundheitsschutz</b>	_____	33
Nullnummer	_____	
<b>Lesbische Lehrerinnen</b>	_____	37
Bundesweites Treffen	_____	
<b>Queere Lehrer_innen</b>	_____	37
Vielfaltspolitische Forderungen	_____	
<b>Gewerkschaften</b>	_____	48
Im Fadenkreuz der Rechten	_____	
<b>Rechtsradikale</b>	_____	50
Die Junge Alternative	_____	
<b>Geflüchtete</b>	_____	54
Unterstützung von der richtigen Seite	_____	
<b>Service</b>	_____	60
Rente, Pension und Kostendämpfungspauschale	_____	
<b>Nationale Bewegung</b>	_____	64
Hitler in Hamburg	_____	
<b>Nazibiographien (37)</b>	_____	68
Oscar Toepffer	_____	

# Titel

Hamburgs (post-)koloniales Erbe — 40

## GEW

**JA13**  
Alles Gute kommt von oben — 8

**1. Mai**  
Die GEW dabei — 10

**Offene Liste**  
Alle in einem Boot — 16

**Mitgliederentwicklung**  
Bemühen zahlt sich aus — 38

**Spendenaufruf**  
Hilfe für Südafrika — 59

**Nachruf**  
Zum Tod von Axel Schildt — 63

## Rubriken

**hlz-Notiz** — 3

**Leser\_innenbriefe / Nachrichten** — 6

**Impressum** — 17

**gb@-Seminare** — 36

**GEW-Termine** — 67

**Rätsel** — 72

**Aus dem Hinterhalt...** — 73



Foto: hlz

**Blut, Geld und Geist** Seite 40

Die Gründung der Universität vor 100 Jahren geht auf das 11 Jahre zuvor gegründete Kolonialinstitut zurück. Das sollte die Ausbeutung fremder Territorien bis hin zum Genozid der unterjochten Völker „wissenschaftlich“ begleiten. Interview mit Prof. Jürgen Zimmerer, Leiter der Forschungsstelle: Hamburgs (post-)koloniales Erbe.

**Berufliche Bildung** Seite 25

Das Vorzeigekind gerät ins Stolpern. Die Bilanz in Hinblick auf die Versorgung der Schulabgänger\_innen mit Lehrstellen ist keinesfalls so rosig, wie sie in der Öffentlichkeit präsentiert wird.

**Neonazis** Seite 48

Auch wenn mittlerweile die Machenschaften der rechtsradikalen Szene einer breiteren Öffentlichkeit bekannt sind, kommt es gerade für uns Lehrende darauf an, uns detailliertes Wissen über die Umtriebe dieser Bewegung anzueignen. Wir liefern Fakten.

**Mahnung statt Wiederholung** Seite 64

Wenn heute der Rechtspopulist Gauland die Möglichkeit hat, vor 200 Zuhörer\_innen im Kaisersaal des Rathauses zu sprechen – wir berichteten –, dann sollte zumindest deutlich werden, dass damit Erinnerungen an die Auftritte Adolf Hitlers in dieser Stadt wachgerufen werden.



Foto: Staatsarchiv Hamburg

## beeindruckend

hlz 3-4/2019, S. 16ff

Vielen Dank für euren sehr informativen Schwerpunkt zur Ida-Ehre-Schule! Es wird deutlich, dass der eigentliche Skandal nicht die Antifa-Aufkleber in der Schule waren, sondern das Verhalten der Schulbehörde und des Senators. Statt sich schützend vor Schulleitung, Kollegium und Schülerschaft zu stellen, hat man sie gegenüber AfD und Medien zum Abschluss frei gegeben. Besonders beeindruckend die Stellungnahme der Schulleitung, die auch die bemerkenswerte Stelle enthält: "Wir verwahren uns in aller Schärfe dagegen, dass im aktuellen Diskurs eine Verschiebung in die Richtung stattfindet, dass Antifaschismus an Schulen nicht gewünscht sei oder der freiheitlichen, demokratischen Grundordnung widerspreche. Im Gegenteil, ohne einen konsequenten Antifaschismus ist dies nicht möglich."

Im Unterschied zum Klartext der Schulleitung, die von der Notwendigkeit eines konsequenten Antifaschismus spricht, lehnt die GEW in ihrer Stellungnahme „eine verkürzte Gleichsetzung von antifaschistischem Engagement mit Linksextremismus als undifferenziert ab“. Will sie damit etwa sagen, dass sie eine unverkürzte Gleichsetzung von Antifaschismus mit Linksextremismus für gerechtfertigt hält? Was soll diese Formulierung???

MANFRED KLINGELE,  
BG Ruheständler

## Bruchrechnung hilft nicht weiter

hlz 3-4/2019, S. 28ff

Der Autor hat selbstverständ-

lich Recht. Die Ignoranz der schulpolitisch Verantwortlichen in Bezug auf das AZM ist enttäuschend und bestärkt nur unsere grundlegende Ablehnung dieser Verordnung. Es ist nicht die Frage, ob ein Drittel oder ein Viertel nach dem LAZVerO auf den Unterricht angerechnet werden. Pädagogische Arbeit lässt sich nicht faktorisieren und ihr Versuch mindert ihre Qualität. Die GEW lehnt deshalb das LAZM ab und fordert, dass jede Lehrerin/ jeder Lehrer höchstens 20 Unterrichtsstunden in der Woche vor einer Klasse stehen sollte. Wir sollten weiterhin die Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung im zentralen Fokus unserer Forderung haben. Ressourcenverzehrende "Erbsenzählerei" und "Bruchrechnung" mit diesem AZM helfen da nicht weiter.

ANDREAS WOLF

## nicht nachvollziehbar

zum Leserinnenbrief in  
hlz 3-4/2019, S. 7

Margret Eisele-Beckers Kritik an dem Titelblatt der vorletzten HLZ (1-2/2019) ist für mich nicht nachvollziehbar. Ich empfinde das Bild der im Sprung befindlichen Frau keineswegs aufreizend oder gar sexistisch. Der Blick der Betrachter\_in verweilt nicht auf dem Schritt bzw. dem Geschlechtsteil der Frau, denn dieses liegt im Dunkeln und zeigt nichts Anstößiges.

Im optischen Zentrum befindet sich dagegen der helle Oberkörper, das wehende Haar, der gestreckte Arm mit der geballten Faust und das lange, im Sprung gestreckte Bein. Das vermittelt Dynamik, Energie und ein neues

weibliches Selbstbewusstsein. Also genau das, worum es in dem Buch und auch in dem Interview geht. Deshalb korrespondiert dieses Bild als Cover gut mit dem Buchinhalt und es ist auch ein gelungenes Titelblatt für die HLZ.

ILONA WILHELM

## Vom Wickeltisch aus zu

„Fatale Fehlschluss“  
hlz 3-4/19, S 41ff

Eine sehr subjektive Ergänzung: Zementiert frühkindliche Sozialisation mehr als geerbte Begabung den weiteren Bildungsweg?

Als Opa, der die Freude an kontinuierlichem "Nahkontakt" zu seinen Enkelkindern im Säugling- und Kleinkindalter gegenwärtig bewusst erlebt, kommen mir nun wieder die gleichen Gedanken, Gefühle hoch, die ich schon bei meinen eigenen Kindern seinerzeit hatte: Was wir – "Du Baby, Kleinkind und Ich Opa (damals "Papa)", heute natürlich erweitert mit "Vater/Mutter" – im Kontakt mit euch kleinen Menschen an Förderlichem austauschen können: Bei wie vielen Babys/Kleinkindern fehlt das, geschieht sogar vermutlich langfristig Schädliches für kognitive und emotionale Entwicklung. Als Schulpsychologe und Sonderschullehrer lernte ich diesbezüglich vieles kennen. Es fängt schon auf dem Wickeltisch an. Teufelskreis oder Engelskreis der Beziehung. Dies ist ein Leserbrief und kein Fachartikel, deshalb erspare ich hier die vielen konkreten Details, die ich nennen könnte. Seit Studen-

tenzeit (1969) steht das Engagement für Gesamtschule, für EINE Schule auch auf meinem Zettel. Chancengleichheit. Gleichzeitig vor dem Hintergrund meiner persönlichen Vater/Opa-Erlebnisse: Auch Zweifel. Ist ChancengLEICHHEIT nur eine sympathische Utopie? Wie sehr sind die unterschiedlichen Bedingungen in den ersten 3 Lebensjahren zu kompensieren? Ich stehe in der Dialektik des eigenen Zweifels an Chancengleichheit und gleichzeitig des Engagements für Chancengleichheit, erlebte in meiner Berufstätigkeit immer wieder, dass Schüler\_innen mit wahrscheinlich für die Persönlichkeitsentfaltung negativen Früherfahrungen Förderung kaum nachhaltig annehmen (annehmen konnten). Ich will geimpft sein gegen persönliche Enttäuschung und Resignation und auch gegen die Argumentation der konservativ-Elitären, wir für Chancengleichheit seien naiv. Meine Synthese zwischen "resignieren" und "Utopie anstreben" ist: Ich setzte mich für Rahmenbedingungen ein, die Schüler\_innen, wie ich hoffe, die Möglichkeit gibt, bestehende bisherige Chancengleichheit durch das Wechselspiel der angebotenen und angenommenen Förderung zumindest ein wenig zu verringern. Ziel zu klein für ein GEW-Mitglied?

RUDOLF ABRAMS

## Nachspiel

Die Fraktionen von FDP und CDU haben angekündigt, im Fall Ida-Ehre-Schule Akteneinsicht zu beantragen. Den Regierungsfractionen von SPD und Grünen werfen sie eine Blockadehaltung bei der Aufklärung vor. Rot-Grün habe im Schulausschuss „eine faktenbasierte Debatte um den Vorfall an der Ida-Ehre-Schule blockiert“, sagt Anna von Treuenfels-Frowein, schulpoliti-



sche Sprecherin und Co-Fraktionsvorsitzende der FDP, die den Antrag initiiert hat.

## Zuwachs

Hamburgs Bevölkerung bekommt mehr Kinder. Bis 2030 werden rund 240.000 Schüler\_innen erwartet, so viele wie zuletzt nach den Babyboomer-Jahren Anfang der 1970er-Jahre. Statt rund 17.000 verzeichnet das Statistikamt seit 2016 über 20.000 Geburten im Jahr. Gegenüber heute werden bis 2030 deshalb 25 Prozent mehr Schüler\_innen erwartet. Am dringendsten brauchte man Grundschulplätze, sagte der Senator. „Die Kinder, um die es hier geht, sind schon geboren.“ Rein rechnerisch müsste Hamburg gut 80 Schulen ganz neu bauen, je zur Hälfte Grundschulen und weiterführende Schulen. Doch weil Grund und Boden knapp und wertvoll sind, werden nur 39 Schulen ganz neu gebaut, also nur die Hälfte des Bedarfs so gedeckt. Der Bau von 39 neuen Schulen und der Ausbau von 118 bestehenden Standorten bis 2030 bedeutet trotzdem einen Kraftakt, den sich der Senat mehr als vier Milliarden Euro kosten lässt. Besonders stark wächst die

Zahl der Kinder laut einer aktuellen Prognose des Statistikamts Nord in der Region Süderelbe (um bis zu 75 Prozent), in Hamburg-Mitte mit der HafenCity (um bis zu 60 Prozent) sowie in den Kerngebieten von Harburg, Eimsbüttel und Altona (um 40 bis 45 Prozent). „Rund zwei Drittel des Anstiegs der Schülerzahlen sind auf die gestiegenen Geburtenzahlen zurückzuführen, nur ein Drittel auf Zuwanderung oder Wohnungsbau“, sagte Rabe.

## Angebot

Der Ausbau der Schullandschaft böte Gestaltungsspielraum, wenn Schulen bei der Stadtplanung und der Weiterentwicklung von Quartieren von vornherein mitgedacht werden, so Rabe zu seinen Vorstellungen zur Schulentwicklungsplanung. Herzstück bei der Schulentwicklungsplanung seien 10 geplante "Campus"-Stadtteilschulen. Früher additive Gesamtschule genannt, bietet dieser Schultyp G8 und G9 unter einem Dach an. Ob diese Angebot der CDU genügt, um der Versuchung zu widerstehen, im Wahlkampf die Forderung nach Wiedereinführung des G9 an Gymnasien aufzugeben, bleibt abzuwarten.



Foto: BG GS beim Pachtthof



**Alles Gute kommt von oben –  
enttäuschen Sie uns nicht, Herr Senator**



Kolleg\_innen der Grundschule beim Pachthof

# Die GEW dabei

Während des Mai-Umzugs und dann auf der Abschlußkundgebung: Gewerkschafter\_innen beziehen Position und stellen Forderungen

Rede zum Thema „Rechtspopulistische Angriffe auf Schulen“ (Jule Klemme, Lehrerin an der Max-Brauer-Schule)

*Liebe Kolleginnen  
und Kollegen!*

Ich spreche heute hier für

die Lehrkräfte dieser Stadt, die  
in den letzten Monaten massiv  
von rechter Seite angegriffen

wurden. Im Herbst vergangenen  
Jahres richtet die AfD Hamburg  
das Petzportal „Neutrale Schule  
Hamburg“ ein. Wir nennen es  
Petzportal, denn nichts anderes  
ist es. Die AfD erwartet von Ler-

Foto: hlz



nenden und deren Eltern, dass sie dort Lehrkräfte anzeigen, die sich in schulischen Zusammenhängen kritisch gegenüber der AfD äußern. Lernende und deren Eltern werden somit zu potentiellen Spitzeln gemacht. Dabei beruft sich die AfD auf die vermeintliche Verpflichtung zu politischer Neutralität im Unterricht und an Schulen. Politische Neutralität meint aber in diesem Falle, sich nicht kritisch zur AfD zu äußern. Mit welcher Absicht führt die AfD aber ein solches

Petzportal ein, wo es doch durchaus seit jeher offizielle Wege gibt, sich über Lehrkräfte zu beschweren? Lehrkräfte sollen so massiv verunsichert werden.

Die AfD schürt so eine Kultur von Angst und Misstrauen in Schulen. Doch wir lassen uns nicht verängstigen. Wir zeigen Haltung. Wir werden nicht neutral unterrichten. Das ist auch gar nicht möglich, sobald die Prinzipien von Demokratie und Menschenrechten angegriffen werden. Seit jeher unterrichten

und diskutieren wir in unseren Klassenräumen kontrovers. Wir haben es gar nicht nötig, Kindern und Jugendlichen Meinungen überzustülpen oder vorzuschreiben. Das ist politische Bildung unter den Vorgaben des Beutelsbacher Konsenses. Das ist Erziehung zu mündigen, partizipierenden und demokratischen Menschen. Dabei stellen wir die AfD wie alle anderen Parteien auf den Prüfstand. Wenn sie dort den demokratischen Grundwerten nicht standhalten kann, dann ist das mitnichten das Problem der Lehrkräfte. Die AfD ist eine demokratisch wählbare Partei, vertritt aber keine demokratischen Werte. Mit der Einrichtung des Petzportals hat sie dies einmal mehr bewiesen. Weitere Beispiele liefert sie täglich.

Die AfD schürt eine Kultur von Angst und Misstrauen, doch wir lassen uns keine Angst machen. Wir stehen mutig gegen diese Kultur auf. Ausgehend von der Max-Brauer-Schule haben mittlerweile eine Vielzahl von Hamburger Schulen offene Briefe gegen dieses Petzportal der Hamburger AfD veröffentlicht. Der Schulsenator Ties Rabe schweigt. Wie nötig aber eine klare Positionierung ist, zeigt der Fall der Ida-Ehre-Schule. Über das Petzportal ging eine Beschwerde über antifaschistische Aufkleber in Klassenräumen ein. Die Schulbehörde hatte nichts Besseres zu tun, als in den Ferien in die Schule einzudringen und diese zu entfernen. Dabei handelte es sich um ein Unterrichtsprojekt. Wo steht die Schulbehörde an dieser Stelle? Sie lässt sich zur Marionette der AfD machen! Sie fällt ihren Lehrkräften in den Rücken! Ebenso den Lernenden und deren Eltern. Ties Rabe hat es bis heute versäumt, sich vor seine Lehrkräfte zu stellen. Der Kultusminister aus dem Nachbarland Niedersachsen, Grant Hendrik Tonne, hat seinen Lehrkräften im Hinblick auf die Machenschaften der AfD sein



vollstes Vertrauen geschenkt und ihnen den Rücken gestärkt. Wo bleibt Ihre Fürsorgepflicht, Herr Rabe? Sie machen sich zum Spielball der AfD. Dass Sie und die AfD auf dem falschen Weg sind, zeigt sich an den zahlreichen Solidaritätsbekundungen überall in der Stadt und über ihre schulischen Grenzen hinaus. Auch die Gewerkschaften zeigten sich solidarisch. Es gibt Kontrollsysteme für die Schule. Da braucht es kein Petzportal. Wenn nicht autorisierte Kräfte in dieses System eingreifen, geht Energie für Wichtigeres verloren. Energie, die für Bildungszwecke zur Verfügung stehen sollte. Das darf nicht sein! Herr Rabe, wir fordern Sie auf, sich hinter Ihre Lehrkräfte zu stellen und erwarten dies auch von den Schulleitungen. Die AfD versucht, sich zunehmend in schulischen Kontexten breit zu machen. Sie instrumentalisiert Schulen für ihre eigenen Interessen. Das tut sonst keine andere Partei. Vor kurzem

gab es die erste Anfrage, an einer Schule eine Parteiversammlung abzuhalten. Mit welcher Absicht? Weil sie eine Absage erhofft, um sich als Märtyrerin zu stilisieren? Weil sie die Schulen provozieren will? Weil sie meint, eine demokratische Partei zu sein, wie jede andere auch? Das ist sie nicht!

Die AfD schürt weiter eine Kultur von Angst und Misstrauen. Wir werden dieser nicht anheimfallen. Wir werden weiterhin antifaschistische Bildung betreiben. Antifaschismus ist ein wichtiger demokratischer Grundwert. Er steht für ein friedliches Miteinander, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Feminismus, Inklusion und Solidarität. Antifaschismus ist nicht kriminell. Diskriminierung, Hetze und Denunziation sind aber immer faschistisch. Demokratie und Faschismus schließen sich gegenseitig aus. Wir sind antifa, wir sind demokratische Menschen, wir sind antifaschistische

Menschen. Wir zeigen Haltung und werden uns nicht in Zurückhaltung üben. Das gilt sowohl für die Machenschaften der AfD als auch gegenüber anderen faschistischen Tendenzen der Gesellschaft. Wir machen uns gerade gegen die Kultur von Diskriminierung, Angst und Misstrauen. Und wir werden uns weiterhin mit all jenen solidarisch zeigen, die von rechter Seite angegriffen werden.

Antifaschismus war und ist auch immer ein Thema der Gewerkschaften. Lasst uns auch heute dieses Thema dick unterstreichen und es morgen weiter an die Schulen, in unseren Unterricht und ins Leben tragen. Eine Demokratie braucht antifaschistische Menschen, die in der Lage sind, sich gegen angstschürende Hetze und Diskriminierung durchzusetzen. Antifaschismus ist ein Muss! Lasst uns mit gutem Beispiel vorangehen.

*Danke!*



Es ist schon lange her, dass es auf einer DGB-Demo so starker Worte bedurfte



Generationsübergreifend dabei

Rede zum Thema „Befristungsunwesen an Hochschulen“ (Marc Hinzelin, wissenschaftlich Beschäftigter an der Universität Hamburg)

*Liebe Kolleginnen und Kollegen!*

Die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen sind geprägt von Zeitverträgen, unsicheren Berufsperspektiven und einer zunehmenden Arbeitslast. Besonders problematisch sind im Wissenschaftsbetrieb die Verkettung von Mittelströmen und Befristungsmöglichkeiten; zwei Prozesse, die sich gegenseitig zu Lasten der Beschäftigten verstärken und zu dem führen, was als „Kettenbefristung“ sein Unwesen treibt. Vor diesem Hintergrund fordert die GEW einen Kurswechsel in der Hochschulfinanzierung und Befristungspraxis

Es ist höchste Zeit, dass die Verantwortlichen in Politik und Wissenschaft nicht nur über Exzellenz sprechen, sondern auch den Rahmen dafür schaffen: Einerseits fehlt es an Geld und besseren rechtlichen Vorgaben – dafür ist die Politik in Land und Bund verantwortlich. Andererseits fehlt es am guten Willen der Arbeitgeber, also der Hochschulleitungen, Dauerstellen nicht zu scheuen wie jemand das Weihwasser ...

### Wir fordern 1.: Dauerstellen für Daueraufgaben!

Aus Sicht der GEW ist Lehre grundsätzlich eine Daueraufgabe, für die Dauerstellen vorgehalten werden müssen, wie es auch im HmbHG steht. Wir fordern seit längerem von allen Hochschulen in Hamburg ein, die Entscheidungen für Befristungen darzulegen und zu erläutern. Ob es hier eine Veränderung zum Besseren gegeben hat, sollte auch die Evaluation im Rahmen der AG Code of Conduct zeigen. Das Präsidium der Uni Hamburg hat jedoch noch immer keine schriftliche Stellungnahme abgegeben. Und die vorgelegten Zahlen zeigen vielmehr eine besorgniserregende Zunahme der

sachgrundlosen Befristungen bei Stellen mit Daueraufgaben in der Lehre.

### Wir sagen 2.: Auch Drittmittel-Dauerstellen sind möglich!

Auch auf Grund gesetzlich festgelegter Grenzen von Kettenbefristung ging nun die Uni Hamburg dazu über, langjährig befristete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor die Tür zu setzen, aus Angst, diesen könnten unbefristete Stellen zustehen. Erfolgreiche Forscherinnen und Forscher, die mit ihrer Arbeit zum Renommee der Universität beitragen, werden einfach vor die Tür gesetzt. So handelt kein guter Arbeitgeber. Gute Arbeit hat sichere Beschäftigung verdient, und daher fordern wir die Uni auf, die Betroffenen weiter zu beschäftigen.

### Wir fordern 3.: Stellen schaffen statt Lehrbeauftragte missbrauchen!

Eine weitere Stufe schlechter Arbeitgeberpolitik ist erreicht, wenn Stellen aus Kostengründen ganz vermieden oder sogar abgeschafft werden und stattdessen nun einfach Lehrbeauftragte die notwendige grundständige Lehre anbieten. Aus Sicht der GEW ist dieser Missbrauch einzustellen, indem erstens eine Maximalquo-



Unsere Vorsitzende in der ersten Reihe



**Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft ver.di 'Frank Bsirske' hielt für Viele eine überraschend kämpferische Rede, in der er nicht nur die Politik der Bundesregierung als durchgängig unsozial geißelte, sondern auch die Vormachtstellung Deutschlands in Europa problematisierte**

te der Lehre festgelegt wird, die von Lehrbeauftragten geleistet werden darf und zweitens der Vergütungssatz deutlich erhöht wird. Mittelfristiges Ziel muss es sein, auch hier Dauerstellen zu schaffen.

**Wir fordern 4.: Mindestens drei Prozent mehr pro Jahr von Bund und Land!**

Die stetig wachsenden Bundesgelder kommen zwar in Form von Drittmitteln bei den Hochschulen an, aber eben nicht in ihrem Grundetat, sondern nur als wettbewerblich und befristet vergebene Projektgelder. Die Hochschulen münzen diese befristet zugewiesenen Drittmittel wiederum direkt in befristete Arbeitsverträge für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler um. Die Spendierfreudigkeit der Bundesregierung ist somit also auch eine wichtige Ursache für das Befristungsunwesen.

Neben dem Land Hamburg darf sich auch der Bund nicht aus seiner Verantwortung stehlen, sondern muss sich in der Grundfinanzierung der Hochschulen engagieren. Er muss jetzt die Weichen dafür stellen, dass der

Hochschulpakt nicht nur verstetigt, sondern auch aufgestockt wird, und zwar regelmäßig und deutlich.

In Hamburg ist zudem eine Verbesserung der landeseigenen Hochschulfinanzierung über die jährlichen 0,88 Prozent hinaus eine dringend notwendige Bedingung für eine verbesserte Beschäftigungssituation, denn allein die Tarifsteigerungen liegen deutlich höher.

Daher sagen wir: Mindestens drei Prozent mehr pro Jahr von Bund und Land!

Kolleginnen und Kollegen,

der Einsatz für eine bessere Grundfinanzierung und für eine Entfristungsoffensive bildet weiterhin einen Schwerpunkt der Hamburger GEW-Arbeit im Bereich Hochschule und Forschung. Wichtig für die grundsätzlich positive Entwicklung hin zu etwas mehr Beschäftigungssicherheit und die Aufrechterhaltung eines Handlungsdruckes gegenüber den Hochschulen und der Behörde sind insbesondere unsere Aktiven in der Fachgruppe, die sich auch in verschiedenen Gremien – ob in Akademischen Senaten oder in Fakultätsräten, in Mittelbauvertretungen oder in Personalräten – engagieren. Wir werden weiter bohren, um hier deutlichere Verbesserungen zu erreichen.

*Danke!*

Rede zum Thema Weiterbildung: „Unser Lohn ist ein Hohn“ (Dirk Mescher, Geschäftsführer der GEW Hamburg, früher in der Weiterbildung tätig)

*Liebe Kolleginnen und Kollegen!*

In der letzten Woche ging eine Meldung durch die Presse: Die Bundestagsabgeordnete der Linken, Sabine Zimmermann, hat über eine Anfrage an die Regierung heraus bekommen, dass viele Beschäftigte bei einer Vollzeitstelle nicht mehr als 2000 Euro brutto monatlich verdienen. Genannt wurden Berufe



**Versprochen: Beim nächsten Mal sind wir noch mehr**



Hier hat Hamburg noch Luft nach oben!

### Für alle hauptberuflichen Honorarkräfte in der Weiterbildung:

- Sofort für alle mindestens 38 € Honorar bei freier Beschäftigung (Umrechnung Mindestlohn)
- Jahresurlaub entsprechend Bundesurlaubsgesetz

### Mittelfristig müssen wir für Qualität und gute Arbeit in der Erwachsenenbildung Folgendes erreichen:

- Die Qualität in der Weiterbildung muss angemessen von den staatlichen Geldgebern finanziert werden.
- Wir brauchen einen Tarifvertrag Weiterbildung, angelehnt an den TV ÖD.
- 30 Tage Jahresurlaub
- Einstiegsgehalt für Beschäftigte in der Weiterbildung: 3202 € mit Erhöhung in Stufen nach Berufserfahrung analog dem TV ÖD
- Für hauptberufliche Honorarkräfte 54 € Mindesthöhe Engagiert euch in den Gewerkschaften!
- Macht mit in der Fachgruppe Erwachsenenbildung der GEW!

*Danke!*

wie Sicherheitsgewerbe, Reinigungs-kräfte und Angestellte in Hotels und Gaststätten. Nicht genannt und kaum bekannt ist, dass auch Lehrkräfte dazu gehören.

In Hamburg gibt es vollzeitbeschäftigte Dozent\_innen und Lehrkräfte in der Erwachsenen- und Weiterbildung, die kaum mehr als 2000 Euro für eine Vollzeitstelle „verdienen“ und das bei 33 Unterrichtsstunden in der Woche. Hier zeigt sich Hamburg als Stadt der schlechten Arbeit!

Viele der Beschäftigten in der Erwachsenenbildung arbeiten zu Löhnen oder Honoraren, mit denen sie sich in Hamburg kaum und schon gar nicht eine Familie ernähren können. Bei Angestelltenverträgen müssen viele skandalös viele Unterrichtsstunden geben, ohne Zeit, den Unter-

richt vor- oder nachzubereiten. Zudem sind die Verträge in der Regel befristet, auch wenn es um Regelaufgaben des Betriebes geht.

Das ist ein Skandal! Und dagegen wollen wir unseren Protest öffentlich machen.

### Wir fordern:

- Feste, unbefristete Arbeitsverträge mit auskömmlichen Arbeitsbedingungen und Bezahlung deutlich oberhalb des Mindestlohns in der Weiterbildung.
- Nicht mehr als 26 Unterrichtsstunden für eine volle Stelle und das ohne zusätzliche Aufgaben im Betrieb.
- Keine Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Betriebe, die sich nicht an diese Standards halten.



Foto: Niklas Heiden/Eimsbütteler Nachrichten

2000 Demonstrierende auf dem alternativen Mai-Umzug – auch Revolutionäre 1. Mai-Demo genannt – in Altona



# FÜR MEHR QUALIFIZIERTE FACHKRÄFTE! Denn Jung und Alt sitzen in einem Boot

## Sollen Kitas jetzt mit mehr Kindern vollgestopft werden?!!!

### Zauberwort „Pädagogische Flächen“

Auf der letzten Leitungsvollversammlung und auch auf der Erziehervollversammlung kam es zu Verwirrungen, als es um das Thema „Pädagogische Flächen“ ging. Es hieß, dass viele Kitas mehr pädagogische Fläche, aber zu wenige Kinder hätten und nur eine Auslastung von ca. 75% erreichten. Ist das so? Wo kommt die zusätzliche Fläche auf einmal her? Alle Räume, also auch Restaurants, Bewegungsräume, Ateliers, usw., werden neuerdings mit in die pädagogische Fläche gerechnet und kommen nicht mehr on top.

Mehr pädagogische Fläche = mehr Kinder, die auf die vorhandenen Gruppen aufgeteilt werden!

### Mehr Kinder contra besserer Personalschlüssel

Die Politik macht Druck, dass die Betreuungszahlen steigen sollen, denn sie braucht mehr Kitaplätze! Die Nachfrage danach steigt stetig. Was passiert aber mit dem Personalschlüssel in den Krippen? Kann er so gehalten werden? Wir haben einen ziemlich hohen Personalmangel! Uns fehlen Fachkräfte! Welchen Sinn macht es, jetzt auf höhere Betreuungszahlen zu pochen?!

**Die Offene Liste** vertritt die Ansicht, dass es kein Zufall sein kann, dass jetzt neben den Personalwochenstunden das Bemessungsinstrument „Pädagogische Flächen“ forciert wird. Es besteht die Gefahr, dass trotz unbesetzter Stellen und Personalausfall mehr Kinder aufgenommen werden sollen. Dieser Prozess könnte quasi zu einer verdeckten Korrektur des Personalschlüssels führen, der zu Lasten der Kolleg\*innen gehen würde.

### Verlässliche Obergrenzen einziehen

Es muss endlich auch an unsere Kolleg\*innen gedacht werden. Die Elbkinder haben fantastische und qualifizierte Beschäftigte! Die sollten gehalten und nicht zu sehr strapaziert werden! Müssen viele Kitas jetzt tatsächlich die Aufnahme von mehr Kindern organisieren?!

Es ginge auch anders! Übergangsweise könnten in der Stadt Wohnungen und andere Räume hergerichtet werden, um mehr Kitaplätze zu schaffen.

Der Betriebsrat sollte eine Regelung treffen, dass bei weniger Personal auch weniger Kinder aufgenommen werden und die Kitabelegschaften mitentscheiden können.

### Brandschutz ja, aber nicht zu Lasten der Kolleg\*innen

**Die Offene Liste** fragt sich, wie das Ganze zum Thema „schärferer Brandschutz“ passt. Die neue Brandschutzverordnung bringt einige Veränderungen, die nicht immer positiv sind, aber durchaus zeitweise zu Platzreduzierungen führen können. Wieder zu Lasten der Kolleg\*innen, diesmal mit Personalabbau oder durch Abgruppierungen der Leitungen? So nicht!

Die Kolleg\*innen **Der Offenen Liste** im Betriebsrat nehmen gern eure Anregungen entgegen und werden sich für eine Regelung zu Gunsten der Kolleg\*innen einsetzen.

DOL Ansprechpartnerinnen

Angelika Künstler – Betriebsrätin	040 / 42109 – 187	a.kuenstler-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Konstanze Fischer – Betriebsrätin	040 / 42109 – 184	k.fischer-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Sabine Laffrentz – Betriebsrätin	040 / 42109 – 266	s.laffrentz-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Ilona Scheitherr – Betriebsrätin	040 / 42109 – 180	i.scheitherr-betriebsrat@elbkinder-kitas.de

# Trotz alledem

Mit einem guten Blatt kann jeder gewinnen, mit einem schlechten nur die Besten

Schon lange bekannt und immer wieder belegt: Deutschland weist eine nur sehr geringe Quote von Kindern aus Nichtakademikerfamilien auf, die ein Studium aufnehmen. Über die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft, über fehlende Bildungsgerechtigkeit ist schon viel geschrieben worden – hier setzt die Initiative ArbeiterKind.de an, die unter dem Motto „Wir sind stolz, die Ersten zu sein! Die Ersten in der Familie, die ein Studium aufgenommen haben“ Schülerinnen und Schüler aus Nichtakademikerelternhäusern dabei unterstützt, sich für ein Studium zu entscheiden und es erfolgreich abzuschließen.

ArbeiterKind.de wurde 2008 zunächst als Internetportal gegründet und hat sich in den vergangenen zehn Jahren zu einem bundesweiten Netzwerk ehrenamtlich tätiger Mentorinnen und Mentoren entwickelt. Die gemeinnützige und spendenfinanzierte Organisation besteht aus über siebenzig Gruppen mit ca. 6000 Menschen, die selbst „die Ersten“ waren und die sich an Schulen, an Fachhochschulen und Universitäten sowie auf Bildungsmessen aktiv und ganz konkret für mehr Bildungsge-

rechtigkeit engagieren.

Auf einen ganz wichtigen Bestandteil dieser Arbeit soll hier hingewiesen werden: Schulveranstaltungen, die oft im Rahmen von Studien- und Berufsorientierung stattfinden und auf denen Fragen rund um das Studium thematisiert werden: Warum überhaupt ein Studium? Welches Fach? Welche Hochschule? Welche Finanzierungsmöglichkeiten?

Es werden Argumente für ein Studium genannt und es wird vor allem Mut gemacht, ein Studium aufzunehmen, auch wenn familiäre Vorbilder fehlen und die Unterstützung für den Übergang an eine Hochschule gering ist.

Da die Referierenden die Probleme aus eigener Erfahrung kennen, ist die Hemmschwelle geringer, Fragen an sie zu stellen und Zweifel und Unsicherheiten zu äußern. Denn das gibt es durchaus: Unwohlsein, die Berufe der Eltern zu nennen, Scham, das Abitur an einer Stadtteilschule und nicht an einem Gymnasium erworben zu haben, Angst, es finanziell nicht zu schaffen und allein dazustehen, Angst, das falsche Fach zu wählen. Studienfachwechsel



werden in Akademikerfamilien viel eher toleriert.

In Hamburg gibt es bereits einige Partnerschulen, die regelmäßig solche Veranstaltungen durchführen. Es wäre schön, wenn es noch mehr würden.

Für die Studierenden wird eine monatlich stattfindende Sprechstunde zu allen Fragen rund um das Studium angeboten. Über das Netzwerk können Mentor\_innen vermittelt werden, die individuell helfen und beraten. Das ist ein niedrigschwelliges Angebot für diejenigen, die über kein entsprechendes familiäres Netzwerk verfügen.

Kontakt: Email: [hamburg@arbeiterkind.de](mailto:hamburg@arbeiterkind.de)

Sprechstunde für Studierende: Jeden 3. Donnerstag im Monat, 17 bis 19 Uhr im Studierendenzentrum der HAW, Stiftstraße 69. Offenes Treffen: 1. Mittwoch im Monat, 19 Uhr, in der Pizzeria, Beim Schlump 53

**Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage [www.gew-hamburg.de](http://www.gew-hamburg.de), E-Mail: [meents@gew-hamburg.de](mailto:meents@gew-hamburg.de)

**Redaktionsleitung:** Joachim Geffers, E-Mail: [j.geffers@freenet.de](mailto:j.geffers@freenet.de)

**Redaktion:** Manni Heede, Wolfgang Svensson,

**Redaktionsassistent:** Jason Tsiakas

**Endredaktion:** Susanne Berg

**Titel:** hlz / Foto: MARKK

**Rückseite:** Foto: Stefan Gierlich

**Anschrift der Redaktion:** Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: [hlz@gew-hamburg.de](mailto:hlz@gew-hamburg.de)

**Satz und Gestaltung:** albersdesign, [ca@albers.design](mailto:ca@albers.design)

**Druck:** drucktechnik-altona

**Anzeigen:** albersdesign, [ca@albers.design](mailto:ca@albers.design),

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor\_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

**Red.-Schluss hlz 7-8/2019:** 5.6.2019

# Fenster öffnen

Apartheid und Braindrain kennzeichnen die derzeitige Schullandschaft

Man wirft dem politischen Gegner gerne vor, er sei populistisch. Ganz besonders in Wahlkampfzeiten ist das so. Dabei ist in aller Regel derjenige, der den Vorwurf erhebt, selbst nicht frei von populistischen Machenschaften.

Bezogen auf das, was wir als Streiter\_innen für ein gerechteres Schulsystem betreiben, gilt dies genauso, bloß, dass es bei uns vielleicht weniger ausgeprägt und ausgefeilt auftritt als bei den Parteien, die bekanntermaßen Politikberater\_innen bis hin zu Marketingstrateg\_innen in Dienst stellen, in der Hoffnung, dass deren Vorgehensweisen ihnen einen Vorteil in der Wählergunst verschafft.

Wenn ich unsere Darstellung in Sachen Chancengleichheit durch das gegliederte Schulsystem betrachte, sind wir bekanntermaßen neben der Partei *DIE LINKE* die einzige politische Kraft, die sich vehement gegen das, was unter Schulfrieden verstanden wird und damit zur Aufrechterhaltung des 2-Säulen-Modells beiträgt, wehrt. Aber wie kann es gelingen, die strukturelle Gewalt, die unserem Schulsystem immanent ist, den Bürger\_innen zu verdeutlichen, ohne dass sie sich vor den Kopf gestoßen fühlen?

Neben den rationalen Begründungszusammenhängen müssen wir die Menschen mit unserer Argumentation emotional berühren. Jede und jeder kennt seelische Verletzungen und mögen sie noch so verdrängt sein; es bleibt ein Fenster, durch das sie für Unrecht, das anderen angetan wird, ansprechbar sind. Selbst wenn das Gesagte zunächst einmal im Widerspruch zu den ei-

genen Interessen steht. So lässt es niemanden unberührt, wenn davon die Rede ist, dass wir der Hälfte der Kinder im Alter von 10 Jahren sagen, dass sie – weil keine Gymnasialempfehlung – nur zweite Wahl sind! Dass diese Kränkung eine traumatisch zu nennende Spur hinterlässt, die das ganze Leben eine Rolle spielen wird, ist jedem nicht nur verständlich zu machen, sondern berührt oder besser: rührt sie oder ihn. Dass das dann auch noch gesellschaftliche Auswirkungen hat, sollte nicht unerwähnt bleiben. Die Durchschlagskraft dieses zweiten Arguments ist aber weit weniger groß.

Was ich damit sagen will: wir müssen die Argumente in den Vordergrund stellen, die die Menschen emotional erfassen. Wenn dies gelingt, fällt das Argument, dass wir alle vom System des ‚white privilege‘ (s. hlz 3-4/2019, S. 36ff) profitieren, solange wir unsere kulturellen Standards für die einzig wahren und richtigen halten, auf einen vielleicht fruchtbaren Boden. Es mag schwerfallen sich einzugestehen, dass es in der Konsequenz rassistisch ist, wenn ich mein Kind aufs Gymnasium schicke, es also von jenen separiere, die mit anderen kulturellen Standards aufwachsen. Es mag schwerfallen, dass die Entscheidung, aus einem Wohngebiet wegzuziehen, das migrantisch geprägt ist, dazu beiträgt, dass sich die soziale Spaltung in der Stadt vertieft. Deshalb habe ich in dieser Zeitung im Zusammenhang mit dem 2-Säulen-Modell versucht, den Begriff des ‚Brandbeschleunigers der sozialen Segregation‘ als Bild zu etablieren. Alles rennet, ret-

tet, flüchtet – habe ich einmal, Schiller zitierend, im Editorial geschrieben. Ist das nun populistisch?



Auf jeden Fall laden solche Metaphern den politischen Gegner ein, die Argumentation als populistisch zu geißeln. Aber ich denke, der Grad an Populismus ist umso geringer, je mehr realer Gehalt sich in ihm ausmachen lässt. Und der ist an dieser Stelle unzweifelhaft deutlich erkennbar!

Da in den westlich gelegenen Stadtteilen der Stadt und im

übrigen Speckgürtel quasi nur noch das Gymnasium als Einheitsschule existiert, dagegen in den von Armut und Migration geprägten Stadtteilen die Stadtteilschule als mehr oder weniger alleinige Schulform zu finden ist, ist es auch kein Frevel, im Zusammenhang mit der Ausgrenzung, die dem gegliederten Schulsystem eigen ist, von Apartheid und Rassismus zu sprechen. Natürlich sind dies Kampfbegriffe, die ich aber, misst man ihren realen Gehalt bezogen auf unsere Schullandschaft, für gerechtfertigt halte. Und so wenig wie ich die einzelnen Eltern, die ihr Kind aufs Gymnasium schicken, verurteile, da sie sich in einer auf Wettbewerb orientierten Gesellschaft rational entschieden haben, so wenig kann ich ihnen ersparen, sich mit diesem Vorwurf, sie seien rassistisch, auseinandersetzen zu müssen. Es ist ein wechselseitiges Spiel: Einerseits kann niemand von Eltern erwarten, dass sie ihr Kind auf dem Altar einer ehren Idee – nämlich der einer gemeinsamen Beschulung aller Kinder – opfern, solange die durch das 2-Säulen-Modell vorhandene Möglichkeit, das eigene Kind jenseits der Probleme, die mit Armut und Migration verbunden sind, besteht. Andererseits drückt sich die Politik davor, den entscheidenden Schritt zur Einrichtung einer ‚Schule für Alle‘ zu machen aus Furcht vor eben jenen Eltern, die ihre vermeintlichen oder tatsächlichen Privilegien hierdurch gefährdet sehen. Und wie die Realität die Dinge manchmal noch zusätzlich auf den Kopf zu stellen scheint,

**Solange die Herkunftsdeutschen die Träger\_innen von ‚white privilege‘, sich weigern, ihren Nachwuchs zusammen mit den Kindern von Zugewanderten aufwachsen zu lassen, ist unsere Klassengesellschaft rassistisch zu nennen. JG**

lässt sich in den wenigen Gymnasien in den benannten ‚herausfordernden Lagen‘ – so eine Variante des Versuchs, diskriminierende Begriff vermeiden zu wollen – erkennen. Dort passiert nämlich etwas, das wir im ande-

---



---

*Es mag schwerfallen sich einzugestehen, dass es in der Konsequenz rassistisch ist, wenn ich mein Kind aufs Gymnasium schicke, es also von jenen separiere, die mit anderen kulturellen Standards aufwachsen*

---



---

ren Zusammenhang als ‚Brain-drain‘ bezeichnen: jener Effekt, der auftritt, wenn Deutschland Fachkräfte aus Ländern abwirbt, die diese mehr als notwendig selbst benötigen.

Auch hier kann man natürlich nicht den Eltern die Schuld geben, aber jede\_r, der oder die an der Entwicklung einer Gesellschaft interessiert ist, die sich als eines ihrer obersten Gebote die Menschenwürde auf die Fahne geschrieben hat, ist aufgefordert, sich mit diesen Widersprüchen auseinanderzusetzen. Dies allein vermag im Rahmen eines demokratischen Willensbildungsprozesses die politischen Entscheidungsträger zu einem Umdenken bewegen. Damit dies passiert, sollte uns nicht jedes Mittel recht sein, aber wir sollten alles daran setzen, es jenen, die mit der Logik des systemimmanenten Handlungszwanges ihr Verhalten zu rechtfertigen versuchen, die bequeme Flucht aus der Verantwortung so schwer wie möglich zu machen. Einfacher gesagt: Angreifen da, wo es wehtut! Wo das liegt und was das ist? Man merkt es am besten an sich selbst.

JOACHIM GEFFERS



Foto: hnz

# Traditionelles Denken überwinden

Über die Evaluation inklusiver Bildung in Hamburgs Schulen (EiBiSch):  
ein Interview

**Christiane Mettlau:** *EiBiSch fordert einen „adaptiven Unterricht“ für alle Schülerinnen und Schüler (SuS) auf der Grundlage der individuellen Besonderheiten und des aktuellen Aneignungsniveaus fachlicher Kompetenzen anstatt einer nur sonderpädagogisch kontextualisierten Förderung. Wie begründet sich das?*

**Karl Dieter Schuck:** Eins der zentralen Ergebnisse von EiBiSch ist, dass in der Grundschulkohorte 22,7 Prozent und in der Stadtteilschulkohorte am Ende von Klassenstufe sechs 44,7 Prozent der SuS die Mindeststandards in Mathematik und/oder Leseverstehen nicht erreicht haben. Darunter befanden sich in der Grundschulkohorte lediglich 29 Prozent und in der Stadtteilschulkohorte nur 22,4 Prozent sonderpädagogisch geförderte SuS. Dieses Ergebnis

wurde in EiBiSch zusammen mit anderen Ergebnissen dahingehend interpretiert, dass es neben den als sonderpädagogisch förderbedürftig etikettierten SuS noch sehr viel mehr Problemlagen im individuellen, sozialen und kulturellen Heterogenitätsspektrum gibt, die eigentlich einer besseren zusätzlichen Förderung bedürfen. Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, die Kategorie des sonderpädagogischen Förderbedarfs aufzugeben und bei allen SuS regelmäßig danach zu fragen, welche pädagogischen Kompetenzen einzusetzen wären und welche Fördermaßnahmen im Detail zu ergreifen sind, um eventuelle Differenzen des je individuellen Aneignungsniveaus zu den pädagogischen Zielen des Unterrichts, d.h. auch zu den Mindeststandards, zu verringern. SuS haben keinen Bedarf an Sonderpädagog\_innen, sondern einen Bedarf an bestmöglicher Förderung, gegebenenfalls auch durch Sonderpädagog\_innen. Hier wie bei der Verwendung vieler weiterer Begriffe kann verdeutlicht werden, dass die aktuelle inklusive Schule in Hamburg noch im traditionellen Denken verhaftet ist. Vormalig wurde von „Sonderschulbedürftigkeit“ gesprochen und diesem Etikett eine „institutionelle“ Orientierung zugesprochen. Die nachfolgende Verwendung des Begriffs des „sonderpädagogischen Förderbedarfs“ wurde zwar als kopernikanische Wende im Wandel von einer institutionellen zu einer „personalen“ Orientierung gefeiert,

blieb aber letztlich eine allenfalls halbherzige Umbenennung unter Beibehaltung der verwaltungstechnischen Bedeutungen und Funktionen. So sind die „sonderpädagogischen Förderbedarfe“ im Übergang von Klassenstufe vier zu fünf immer noch ressourcenauslösend und Symbol eines noch nicht überwundenen Etikettierungs-Ressourcendilemmas. Erst wenn sich die je individuellen Förderbedürfnisse der Schülerinnen und Schüler in der verwendeten Begrifflichkeit wieder finden, ist wenigstens auf dieser Ebene eine institutionelle Orientierung überwunden.

**Christiane Mettlau:** *Im Fachdiskurs besteht dazu ein Spannungsfeld. „Kategorien sind der Anfang und das Mittel der Ausgrenzung und zugleich auch der Anfang und Kern aller Vorurteile [...]“ (Wocken, 2010) und: „Verständigung kann aber nur auf der Grundlage einer kategorial verfassten Wahrnehmung und im Rahmen einer sprachlichen Bezeichnungspraxis erfolgen.“ (Dederich, 2016) EiBiSch empfiehlt nachdrücklich die Überwindung der kategorialen Begriffe der klassischen sonderpädagogischen Diagnostik zugunsten einer lernprozessbegleitenden Diagnostik. Wie begründet sich die EiBiSch-Empfehlung?*

**Karl Dieter Schuck:** Die Forderung nach Überwindung der klassischen sonderpädagogischen Diagnostik entstammt dem ursprünglichen Verwer-

Fotos: Christiane Mettlau



**Christiane Mettlau ist Mitglied der Fachgruppe Sonderpädagogik und Inklusion und vds-Bundesreferentin**

tungszusammenhang dieser Diagnostik, nämlich justitiable Zuordnungen von SuS zu einer gegebenen Schulform zu treffen. Von Anfang an stand dieser Verwertungszusammenhang in der Kritik vor allem derjenigen, die die angehenden Sonderpädagog\_innen für diesen Verwertungszusammenhang zu qualifizieren hatten und haben. Zahllose Untersuchungen belegen, dass die eingesetzte eigenschaftsorientierte, kategoriale Diagnostik wegen der testtheoretischen Gegebenheiten und aus prinzipiellen pädagogischen und entwicklungspsychologischen Einsichten heraus diesen Verwertungszusammenhang überhaupt nicht verantwortbar bedienen können. Als Alternative zu dieser „Selektionsdiagnostik“ kam die „Förderdiagnostik“ bzw. die lernprozessformierende und –begleitende Diagnostik ins Spiel. Diese braucht selbstverständlich auch Kategorien, aber andere als die klassischen „Eigenschaften“ wie z. B. die „Intelligenz“. Die alternativen Kategorien sind deutlich entwicklungspsychologisch und psychodynamisch verankert. So wird nach dem Erreichten, lerngegenstandsbezogenen Aneignungsniveau, den charakteristischen Aneignungstätigkeiten des Individuums und den möglichen und notwendigen Unterstützungen der Aneignungsaktivitäten gefragt.

Im Kontext der inklusiven Schule in Hamburg spielen an vielen Schnittstellen diagnostische Methoden eine Rolle, die immer noch deutlich im klassischen, institutionell- und eigenschaftsorientierten Denken verhaftet sind. Prompt kommt heraus, dass die SuS, die unterschiedlich sonderpädagogisch und damit klassisch kategorisiert wurden, breite Überschneidungsbereiche in ihren erreichten Kompetenzniveaus untereinander und auch mit der übrigen Schülerschaft aufwiesen. In EiBiSch wird daraus geschlossen,

dass die klassischen kategorialen Begriffe der Diagnostik kaum einen diagnostischen und prognostischen Wert haben und aufgegeben werden sollten.

**Christiane Mettlau:** *Ein zentrales Ergebnis der EiBiSch-Studie ist, dass die Zugehörigkeit zu einer der Förderkategorien („keine Zusatzförderung“, „adaptive Sprachförderung“, „zielgleiche sonderpädagogische Förderung“, „zieldifferente sonderpädagogische Förderung“) kein relevanter Prädiktor für die Kompetenzentwicklung bei den SuS war. EiBiSch empfiehlt deshalb die Bündelung und koordinierte Vergabe aller zur Verfügung stehenden Förderressourcen – nicht nur der sonderpädagogischen – als systemische Ressourcenzuweisung an die Schulen. Welche Entwicklungspotentiale entstehen hier für inklusive Schulentwicklung?*

**Karl Dieter Schuck:** Wenn es so ist, wie es in EiBiSch beschrieben wurde, dass die SuS, die sich in den Kategorien der Förderung des klassischen Schulmodells befinden, sich in ihren Schulleistungen nicht trennscharf unterscheiden, lohnt der diagnostische Aufwand nicht, sie dort hinein zu diagnostizieren, unterschiedliche Ressourcentöpfe auszuweisen und demgemäß noch unterschiedliches Personal in die Klassen zu schicken. Es wäre sinnvoller, aus einem Gesamtopf systemischer Ressourcen heraus eine regelmäßige, lerngegenstandsbezogene Dokumentation der je aktuellen Kompetenzentwicklungen und ihrer Hemmnisse vorzunehmen, daraus Förderpläne zur Gestaltung eines adaptiven Unterrichts und einer adaptiven Förderung zu entwickeln und in der Folge die Lernergebnisse und damit die Tauglichkeit der Förderpläne neuerlich zu prüfen. Eine solche Strategie hätte prinzipiell das Potential, die Unterrichtsqualität



**Karl Dieter Schuck ist Mitglied der Forschungsgruppe zu EiBiSch, eingesetzt von der Schulbehörde**

in den Klassen systematisch zu verbessern und an die individuellen Entwicklungsverläufe anzupassen.

**Christiane Mettlau:** *Sie beschreiben damit einen grundlegenden und anspruchsvollen Transformationsprozess zu einer konsequenten Schülerorientierung. Gibt es in EiBiSch Hinweise dafür, wo die fachliche Verantwortung für das Qualitätsmonitoring solcher Prozesse liegen sollte und welche Unterstützung selbstverantwortete Schulen für Konzept-, Personal- und Teamentwicklungsprozesse brauchen?*

**Karl Dieter Schuck:** Zur „konsequenten Schülerorientierung“ gehören das Erleben der Selbstwirksamkeit und deren Anerkennung. Bezogen auf die Gestaltung der Qualitätssicherung pädagogischer Prozesse sollte genau das auch für die Kollegen möglich werden. Dieser Idee folgend wurden die EiBiSch-Ergebnisse vom Forschungsteam dahingehend interpretiert, dass die notwendigen Verbesserungen des Unterrichts nur in der Selbstverantwortung selbstständiger Schulen – selbstverständlich auf der Grundlage

**EiBiSch** – Evaluation inklusiver Bildung in Hamburgs Schulen – Quantitative und qualitative Ergebnisse. (Forschungsbericht, herausgegeben von Karl Dieter Schuck, Wulf Rauer, Doren Prinz. Münster: Waxmann 2018)

EiBiSch untersuchte im Längsschnitt in einer Grundschulkohorte 35 Grundschulen von der Klassenstufe 2 bis 4 und in einer Stadtteilschulkohorte von 12 Schulen von Klassenstufe fünf bis sechs, sowie drei ReBBZ (Regionale Bildungs- und Beratungszentren) in Hamburg.

Die Untersuchungsgegenstände waren die fachlichen Kompetenzen im Leseverstehen und in Mathematik (KERMIT und KEKS), die überfachlichen Kompetenzen, die emotional-sozialen Schulerfahrungen (FEES) und die Erfahrungen, Einstellungen und Bewertungen der Akteure im Feld (Schulleitungen, Lehrkräfte, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler).

Die Forschungsgruppe beschreibt ein Schulsystem im Wandel. Dabei hat die inklusive Schule des aktuellen Zuschnitts in Hamburg über weite Strecken das klassische Begriffsinventar einer institutionell orientierten (Sonder-)pädagogik übernommen und steht vor der Herausforderung, die nach den Empfehlungen der Kultusministerkonferenz von 1994 proklamierte personale Orientierung der pädagogischen Prozesse tatsächlich umzusetzen.

von Rahmenvorgaben – zu erreichen sein werden. Dem Landesinstitut und den Regionalen Bildungs- und Beratungszentren kämen dann die Aufgaben der schulbezogenen Beratung und Unterstützung zu, mit dem Ziel, die Autonomie, Selbstverantwortung und Selbstwirksamkeit der Schulen so zu stärken, dass sie ihre Schülerschaft halten, binden und bilden können.

**Christiane Mettlau:** *Relationale Konzepte belegen, dass im Unterricht Beziehungsdialoge entscheidend für den Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern sind. Sie setzen auf die „reflexive Lehrerpersönlichkeit“ und auf „caring culture“ in Schulen. Gibt es in EiBiSch Befunde zur Bedeutung dieser emotionalen und sozialen Schulerfahrungen?*

**Karl Dieter Schuck:** SuS haben uns in EiBiSch mitgeteilt, wie sie den Unterricht erleben und mit ihren emotional-sozialen Schulerfahrungen in Verbindung bringen. Hierzu einige Beispiele: So schätzen die SuS der Grundschulen ihr Selbstkonzept dann

höher ein, wenn sie erleben, dass die Lehrkräfte ihren Unterricht an den Bedürfnissen und Voraussetzungen der Kinder ausrichten. Die „Lernfreude“ der SuS ist in Klassen dann höher, wenn sich die Kinder im Klassenmittel mehr von ihren Lehrkräften unterstützt fühlen und wenn es weniger zu Unterrichtsstörungen kommt. Das „Gefühl des Angenommenseins“ ist in Klassen höher, je mehr eine Schülerorientierung des Unterrichts und eine Unterstützung durch die Lehrkräfte wahrgenommen werden.

**Christiane Mettlau:** *Die EiBiSch-Daten, die sich auf den sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „emotional-soziale Entwicklung“ beziehen, belegen eine hohe Belastung bei betroffenen Kindern, ihren Lehrkräften und Unzufriedenheit von Eltern. Wie kann hier das inner- und außerschulische Unterstützungssystem wirksamer werden?*

**Karl Dieter Schuck:** Mit EiBiSch konnte nur festgestellt werden, dass die SuS im sonderpädagogischen Förder-

punkt „emotionale und soziale Entwicklung“ bezüglich ihrer eigenen emotional-sozialen Schulerfahrungen und ihrer überfachlichen Kompetenzen belastet sind und zugleich ihrer Klasse, den Lehrkräften und den Eltern zum Problem werden. Wie dem durch die Unterstützungssysteme differenzierter und effektiver als bisher begegnet werden kann, wurde nicht untersucht und müsste aus anderen Erkenntnisquellen abgeleitet werden. Bekanntermaßen entstehen auch aus den Kooperations- und Austauschprozessen in den Klassen selbst emotionale und soziale Belastungen der Mitglieder der Klassengemeinschaft. Unter der Forderung von EiBiSch, die Klassenlehrkräfte in den Stand zu versetzen, einen adaptiven Unterricht für alle vermehrt zu realisieren, wäre zu erwarten, dass eine Reduktion von emotional-sozialen Belastungen, die aus unangemessenen Leistungsanforderungen und einer unangemessenen Rückmeldekultur entstanden sind, reduziert werden.

**Christiane Mettlau:** *Die soziale Disparität von Schulerfolg und Bildungschancen hat sich auch in EiBiSch nachweisen lassen. EiBiSch stellt fest, die mittleren Klassenleistungen in den Fachdomänen am Ende der 4. Klassenstufe hängen mit dem mittleren sozio-ökonomischen Kapital der Familien der Klassen zusammen. Heißt das, dass Kinder und Jugendliche aus Armutslagen am wenigsten von inklusiver Bildung profitieren?*

**Karl Dieter Schuck:** Ein Ergebnis von EiBiSch zeigt, im Vergleich der mittleren Klassenleistungen sind diejenigen Klassen im Vorteil, deren Kinder eher aus Familien mit einem höheren sozio-ökonomischen Kapital stammen. Das heißt jedoch noch nicht, dass Kinder und Jugendliche aus Armutsla-

gen am wenigsten von inklusiver Bildung profitieren. Nach einem anderen Ergebnis von EiBiSch ist das gerade nicht systematisch zu erwarten. Es konnte nämlich gezeigt werden, dass Kinder und Jugendliche, die zusätzlich gefördert wurden (das sind u. a. ja SuS aus Armutslagen), in ihrer Kompetenzentwicklung von den Kompetenzen der nicht zusätzlich geförderten Kinder ihrer Klasse profitieren. Es ist offensichtlich möglich, bei sozio-ökonomischer Hete-

rogenität einer Klasse auch bei auftretenden unterschiedlichen Fördernotwendigkeiten förderliche Lernmilieus zu schaffen, die allen zu Gute kommen. Dass es diesen Möglichkeitsraum gibt, könnte die Begründung dafür sein, steuerungstechnisch Klassen nicht bezüglich des sozialen Hintergrundes der Klassenmitglieder zu entmischen und die Lehrkräfte darin zu unterstützen, den aus der Heterogenität sozialer Lagen zu ziehenden Nutzen auch tatsächlich zu realisieren.

*Christiane Mettlau: Lieber Karl Dieter Schuck, herzlichen Dank für das anregende Gespräch zu Ihren Forschungsergebnissen, die sicherlich über Hamburg hinausgehend Interesse finden und Bedeutung haben werden.*

Erstveröffentlichung:  
"Zeitschrift für Heilpädagogik",  
Herausgeber: Verband  
Sonderpädagogik, 70. Jg. –  
Ausgabe 5/19

## INKLUSION 2

# Das Schweigen danach

Zur Evaluation der inklusiven Bildung an Hamburger Schulen – kurz: EiBiSch

Seit Ende des Jahres 2018 liegt die EiBiSch-Studie der Autoren Schuck, Rauer und Prinz vor (s. vorherige Seiten). Sie ist eine Auftragsarbeit der Schulbehörde und liefert eine Fülle von Daten und Ergebnissen über den Entwicklungsstand der Inklusion in Hamburger Grund- und Stadteilschulen.

Mit der vorliegenden Studie wird ein Auftrag der Bürgerschaft zur Evaluation der mit dem Schuljahr 2012/2013 flächendeckend eingeführten inklusiven Bildung an Hamburgs Schulen erfüllt.

Seit ihrem Erscheinen werden diese Ergebnisse links liegen gelassen. Sowohl die politischen Parteien als auch die Schulbehörde und diverse organisierte Standes- und Lobbyvereinigungen, die traditionell in der Öffentlichkeit Kontroversen inszenieren, eint bis heute ein kollektives Schweigen.

Vorläufiger Höhepunkt des „Schweigekartells“ ist die von fast allen politischen Parteien getragene Entscheidung, sich nicht mit der EiBiSch-Studie im Schulausschuss zu beschäftigen,

mit der fadenscheinigen Begründung, dass das Thema Inklusion ausführlich über die „Volksinitiative gute Inklusion“ in diesem Gremium abgehandelt wurde.

Am 20.3.2019 hat die Fachgruppe Sonderpädagogik/Inklusion eine gut besuchte Veranstaltung mit den beiden Autoren Prof. K.D. Schuck und Prof. W. Rauer durchgeführt und damit versucht, dem „Schweigen im

---

*Entscheidend für den Erfolg der pädagogischen Prozesse in den Klassen sind mit hoher Wahrscheinlichkeit die pädagogischen Ideen und die pädagogischen Konzepte*

---

Walde“ einen kleinen Zwischenruf entgegen zu setzen.

Was im Laufe der Veranstaltung klar wurde, ist, dass die in den letzten Jahren sehr stark an den materiellen und personellen Ressourcen entlang geführ-

te Inklusionsdiskussion in eine Qualitätsdebatte inhaltlicher Themen münden muss, die die qualitativen bildungspolitischen Richtungsentscheidungen der letzten sieben Jahre hin zu mehr Standardisierung des Lernens, Testideologie und Vermessung von Kindern kritisch fokussiert. Den oft vordergründig suggerierte Zusammenhang: wenn die Ressourcen nur ausreichend in den Schulen vorhanden sind, verbessert sich die Qualität von Bildungsprozessen, bestätigt diese Studie nicht.

„...Es gibt mit EiBiSch deutliche Ergebnisse dafür, dass kein linearer Zusammenhang zwischen mutmaßlich fehlenden Ressourcen und den Leistungsergebnissen der Schülerinnen und Schüler besteht.

Entscheidend für den Erfolg der pädagogischen Prozesse in den Klassen sind mit hoher Wahrscheinlichkeit die pädagogischen Ideen und die pädagogischen Konzepte für den Einsatz der Ressourcen zur Entwicklung eines adaptiven Unterrichts für alle“. (Schuck/Rauer, S. 314ff)

Weiterhin regen die Autoren

einen Diskurs an, inwieweit die kategorialen Begriffe der sonderpädagogischen Förderung nicht abgeschafft werden könnten, weil sie belegbar keine hinreichend sachgerechte Beschreibung individueller Fördernotwendigkeiten und -bedürfnisse abliefern und zum anderen eine defizitorientierte Sichtweise auf Kinder in den Schulen forcieren können.

Diese defizitorientierten Sichtweisen sehen sie auch verstärkt in Prozessen standardisierter, normorientierter Leistungsmessung (Kermit, VERA usw.), die ebenfalls ihr Versprechen, zur Verbesserung der Unterrichtsqualität beizutragen, nicht einhalten. „Diese regelmäßigen Leistungsmessungen können jedoch das klassische Unterrichtsmodell gleichschrittigen Lernens auch für die inklusive Schule nahe legen.“ (S.312)

Die (inklusive) Schule hat das klassische Begriffsinventar der Pädagogik und Sonderpädagogik und die damit verbundenen Orientierungen übernommen.

„Nun zeigt EiBiSch erneut, dass die klassischen kategorialen Begriffe der Diagnostik kaum einen diagnostischen und prognostischen Wert haben.“ (S.311)

Die Autoren entwerfen die Idee einer regionalisierten, lernprozess-begleitenden Diagnostik, in der dem ReBBZ eine beratende und nicht kontrollierende Funktion zugewiesen wird.

Ferner entwickeln sie Ansätze einer systemischen Ressourcenzuweisung für die 5.Klassen, die nicht das Ressourcen-Ettiketierungs-Dilemma bedienen (Fördermonitoring nach Sozialindex systemisch bereitgestellter Ressourcen) und liefern Argumente für eine gänzliche Abschaffung der LSE-Förderschwerpunkte, die auf der Veranstaltung kontrovers diskutiert worden sind.

In diesem Zusammenhang sind zwei Zahlen von brisanter Bedeutung. In den Grundschulen Ende Klasse 4 erreichen 22,7 Prozent der Kinder nicht die Mindestanforderungen in den Fachdomänen Deutsch und Mathematik. In den Stadtteilschulen Ende Klasse 6 sind es 44,7 Prozent (!). Knapp ein Drittel der 4. Klässler\_innen haben einen zugewiesenen Förderbedarf LSE. In der Stadtteilschule sind es sogar nur ein Viertel der Schüler\_innen. Das zeigt u.a., dass die LSE-Förderbedarfe eher ein randständiges Problem darstellen.

Dies ist nur eine fragmentarische Zusammenschau der in der Veranstaltung diskutierten EiBiSch-Ergebnisse.

Die Studie liefert ein Füllhorn an Informationen, die es wert sind, einzeln betrachtet und im Kontext inklusiver Einrichtungen kritisch diskutiert zu werden. Leider geschieht dies, wie eingangs erwähnt, zu wenig.

Kann es sein, dass SPD und GAL im Vorwahlkampf keine Inklusionsdiskussion „anzetteln wollen“, die ja schon in NRW zur Abwahl einer rot-grünen Landesregierung mit beigetragen hat? CDU/FDP müssten alte Forderungen der GAL übernehmen (Pfiu!) und die Linkspartei müsste vielleicht eine weitaus kompliziertere Diskussion fortsetzen, die sich nach außen nicht so einfach plakatieren lässt. Somit sitzen die Autor\_innen mit ihrer Studie politisch zwischen allen Stühlen. Dabei gibt es in der Bundesrepublik keine vergleichbare, aktuellere empirische Studie zur Inklusion. Mit ihr werden vorhandene Datenbestände mit den erhobenen Forschungsdaten im Quer- und Längsschnitt verknüpft, sowie die Erfahrungen der im Praxisfeld Handelnden (Lehrer\_innen, Schüler\_innen,

## Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch euch zum Beispiel über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Die GEW bietet in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, eine **kostenlose persönliche Beratung** zu diesen und ähnlichen Fragen an. **Die nächsten Termine sind der 04.06. und 27.08.2019, 15 bis 17 Uhr** (offene Sprechstunde ohne Terminvereinbarung). Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer\_innen als auch an Beamt\_innen.

KARIN HUFERT,  
ehrenamtliche Beraterin, Mitglied der GEW

Eltern...) mit einbezogen.

Die Datenbasis ist das Schuljahr 2015/2016 und reicht bis in den Beginn des Schuljahres 2017/2018 hinein. Es ist ein Skandal, dass eine für das Hamburger Schulwesen wichtige Studie verschwiegen oder diskreditiert wird, wie das ein allseits bekannter hoher Funktionsträger aus der Schulbehörde praktiziert, in dem er wider besseres Wissen behauptet, dass die EiBiSch – Studie auf „alten Daten“ basiert.

Aus der Sicht eines Schulpraktikers, der seit Jahren Integration und Inklusion vor Ort mitgestaltet, sind die Tendenzen aus dem Jahre 2016 im Jahr 2019 noch intensiver zu spüren. Statt endlich zu beginnen, eine inklusive Lernkultur zu fördern, werden den falschen bildungspolitischen Entscheidungen der letzten Jahre noch weitere hinzugefügt und der

Inklusion entgegengesetzte Prozesse beschleunigt; neue normorientierte und standardisierte Tests an Grundschulen; mehr verbindliche Lernkontrollen schon ab Klasse 2; noch mehr Standardisierung und Normierung; mehr Kontrolle, Sortierung

---

*Seit ihrem Erscheinen  
werden diese Ergebnisse  
links liegen gelassen*

---

und Vermessung von Kindern; mehr administrative Aufgaben und weniger Zeit, um individuelle Lernwege begleiten und für erfolgreiches Lernen notwendige Beziehungen aufbauen zu können!

Frei nach Albert Einstein ist die Definition von Wahnsinn,

immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten.

Der Standardisierung-Mainstream der Hamburger Schulpolitik trägt Züge dieser Definition in sich, denn auf offenkundige Probleme wird immer wieder mit dem Drehen an der Standardisierungsschraube reagiert. Die Ergebnisse bleiben gleich.

Die Auseinandersetzung mit der EiBiSch – Studie könnte eine Richtungsentscheidung hin zu einer anderen inklusiven Bildungspolitik befördern. Die Ergebnisse gehören in die öffentliche Debatte.

Wir in der GEW können mit dafür sorgen, dass sie dort kommuniziert und diskutiert werden!

ULLI MEISTER,  
SVEN QUIRING  
FG Sonderpädagogik/Inklusion

SCHULABGÄNGER\_INNEN 2018

# Die Verlorenen

Ernüchterung statt Bewunderung

Wenn man der Schulbehörde und Schulsenator Rabe glauben darf, herrschen in Hamburg geradezu „paradiesische“ Zustände auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Aus der ganzen Welt pilgern Interessierte nach Hamburg, um die Jugendberufsagenturen zu bewundern. Schon ab Klasse 8 werden die Schülerinnen und Schüler auf die Bewerbung für einen Ausbildungsplatz orientiert. Und wer es dann nach Klasse 10 immer noch nicht verstanden hat, der wird in Klasse 11 in der Ausbildungsvorbereitung weiter „orientiert“. Die „Erfolge“ dieser Berufsbildungspolitik müsste der Senat in der ihm eigenen Bescheidenheit eigentlich in die Öffentlichkeit hinausposaunen.

## **Erstmals in diesem Jahr keine Pressekonferenz und Presseerklärung zur Befragung der Schulabgänger\_innen**

Tatsächlich hat Schulsenator Rabe in den zurückliegenden Jahren die Ergebnisse der Schulabgängerbefragung, auch wenn sie äußerst dürftig waren, auf einer eigens dazu einberufenen Pressekonferenz mit einer exklusiven Presseerklärung präsentiert. Auffällig war, dass diese Pressekonferenzen mit einer immer größeren Verzögerung im Schuljahr durchgeführt wurden und dass auf diesen Pressekonferenzen stets eine Besserung in der fernen Zukunft versprochen wurde.

In diesem Jahr hat sich die Schulbehörde nicht nur besonders viel Zeit gelassen, sie hat

sogar erstmals keine eigene Pressekonferenz angesetzt und auch keine Presseerklärung zur Schulabgängerbefragung herausgegeben. Vielmehr hat der Schulsenator einige Daten eher beiläufig am Rande einer Pressekonferenz vom 7. Februar 2019 zu den „Erfolgen“ der „Ausbildungsvorbereitung für Migranten“ erwähnt (auch ein Thema für sich).

Diese ganze Einbettung der Schulabgängerbefragung 2018 muss eine kritische Öffentlichkeit hellhörig machen. Wenn alles gut gelaufen wäre beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung, wäre Schulsenator Rabe nicht derart kleinlaut damit umgegangen. Aus diesem Grund hat die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürger-

schaft eine Schriftliche Kleine Anfrage an den Senat gerichtet (siehe Drucksache 21/16301).

### Zur Datenerhebung und Lückenstatistik der Schulabgängerbefragung

Bevor auf die eigentlichen Ergebnisse der Schulabgängerbefragung 2018 eingegangen wird, soll zunächst die Erhebung selbst kurz skizziert werden.

Bei der Schulabgängerbefragung 2018 haben Stadtteilschulen, Privatschulen und die Regionalen Bildungs- und Beratungszentren (ReBBZ) im Sommer 2018 den Verbleib ihrer Schulabgänger\_innen aus Klasse 10 erhoben und die Daten an die Schulbehörde übermittelt. Die hat dann ein halbes Jahr gebraucht, um die Zahlen zusammenzuzählen! Insgesamt haben im Jahr 2018 laut Schulbehörde 4.781 Schulabgänger\_innen nach Klasse 10 die Schule verlassen. Der überwiegende Teil kam aus den Stadtteilschulen (89,3 Prozent) und nur 4,9 Prozent aus den ReBBZ und 5,8 Prozent aus Privatschulen.

Von einer Schulabgängerbefragung sollte man erwarten, dass sie alle Schulabgänger\_innen einbezieht. Tatsächlich erfasst die Schulabgängerbefragung 2018 der Schulbehörde nur die

Schulabgänger\_innen aus Klasse 10, nicht aber die aus Klasse 8 und 9. Außerdem werden nur die Schulabgänger\*innen aus Stadtteilschulen, Privatschulen und Regionalen Bildungs- und Beratungszentren berücksichtigt, nicht aber die aus den Gymnasien. Was dadurch wegfällt, ist keine Kleinigkeit.

Das muss leider am Beispiel der Schulabgängerbefragung 2017 veranschaulicht werden, denn die Schulbehörde ist bis jetzt (Stand: 27.03.19) nicht in der Lage, Zahlen für die Schulabgänger\_innen aus dem Schuljahr 2017/18 vorzulegen. Für die Schulabgängerbefragung 2017 hat die Schulbehörde die Zahl von 5.040 Schulabgänger\_innen aus Klasse 10 ausgewiesen. Laut „Hamburger Schulstatistik. Schuljahr 2017/18“ (S. 22) haben indessen 5.402 Schüler\_innen nach Klasse 10 die (staatlichen und privaten) Stadtteilschulen und Sonderschulen verlassen. Hinzu kommen 313 Schulabgänger\_innen aus Klasse 10 der Gymnasien, 277 aus Klasse 9 und 54 Schulabgänger\_innen aus Klasse 8. Über 1.000 Schulentlassene sind mithin in der Schulabgängerbefragung unter den Tisch gefallen. Insofern ist die Schulabgängerbefragung eine Lückenstatistik. Dabei

rühmen sich Schulbehörde und Schulsenator Rabe ständig, dass keine oder keiner „verloren“ gehen solle.

Nun zu den eigentlichen Ergebnissen der Befragung 2018.

### Eine Warteschleife (Ausbildungsvorbereitung) ist der wichtigste Ausbildungsgang in Hamburg

Der wichtigste Ausbildungsgang für Hamburger Schulabgänger\_innen nach Klasse 10 ist die Ausbildungsvorbereitung und nicht die eigentliche Berufsausbildung. 42,7 Prozent der Schulabgänger\_innen sind in dieser Warteschleife gelandet. Erst danach kommt mit 40,2 Prozent die Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf, davon für nur 25,3 Prozent die betriebliche Ausbildung. Für 16,9 Prozent der Schulabgänger\_innen hat die Schulbehörde „gesicherte und geklärte Verbleibe“ ermittelt. Darunter versteht sie „z. B. Freiwilligendienste, Auslandsaufenthalt oder berufsvorbereitende Maßnahmen der Agentur für Arbeit“, also auch wieder Warteschleifen. So wird in Hamburg mit der Zukunft unserer Jugend umgegangen und auf den ständig beschworenen „Fachkräftemangel“ reagiert.

Seit Einführung der Schulabgängerbefragungen im Jahr 2012 wandern in Hamburg mehr Schulabgänger\_innen in die Ausbildungsvorbereitung als in die eigentliche Berufsausbildung. Waren es 2012 noch 38,7 Prozent, so sind es 2018 42,7 Prozent. Der Anteil der Schulabgänger\_innen, die in eine Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf eingemündet sind, bewegt sich seit 2013 zwischen 38,7 Prozent und 40,2 Prozent. Im letzten Jahr waren es 39,4 Prozent. Wenn das so weitergeht, werden die von der SPD versprochenen 100 Prozent in Ausbildung in fernen 75 Jahren erreicht werden.

Die von der Schulbehörde

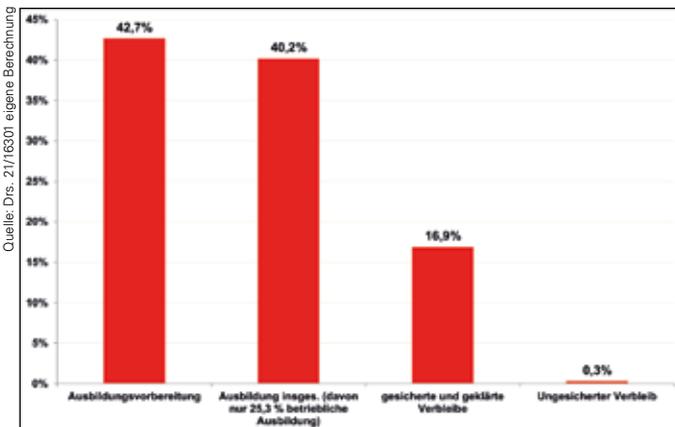


Abbildung 1: Verbleib von Schulabgänger\_innen aus Klasse 10 der Stadtteilschulen, Privatschulen und Regionalen Bildungs- und Beratungszentrum, Schulabgängerbefragung 2018 in Hamburg

gern angeführte „Verbesserung“ zwischen 2012 und 2013 von 25,2 Prozent auf 38,7 Prozent ist darauf zurückzuführen, dass seitdem fast alle Schulabgänger\_innen erst nach Klasse 10 die Stadteilschule verlassen dürfen. Während 2012 noch gut 1.200 Jugendliche nach Klasse 9 die Stadteilschule verließen, waren es 2013 nur noch gut 100. Offenbar haben Schulsenator Rabe und die Schulbehörde sich aufgrund der schlechten Zahlen für diese Notmaßnahme entschieden, die – ohne didaktisches Konzept – zunächst nichts weiter als eine neue Warteschleife ist.

### **Unterschiede in der Ausbildungseinstimmung zwischen Schulformen, Bezirken, Stadtteilen, sozialer Lage der Schülerschaft und Schulen**

Bei dem zuvor genannten Wert von 40,2 Prozent der Schulabgänger\_innen, die einen Ausbildungsplatz gefunden haben, handelt es sich um einen Durchschnittswert für ganz Hamburg. Es gibt nicht unerhebliche Abweichungen von diesem Durchschnittswert je nach Bezirk, Stadtteil, Schule und sozialer Lage der Schülerschaft.

### **Unterschiede zwischen den Schulformen**

Zwischen Privatschulen und Stadteilschulen lässt sich (mit 41,3 bzw. 41,5 Prozent) kein nennenswerter Unterschied in der Ausbildungseinstimmung erkennen, wobei die Stadteilschulen geringfügig vor den Privatschulen liegen. Besonders erschreckend ist der extrem niedrige Anteil von nur 13,5 Prozent (32 von 234) der Schulabgänger\_innen aus Regionalen Bildungs- und Beratungszentren, die eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf aufnehmen konnten. Zu fragen ist, warum es der Schulbehörde nicht gelingt, diese Jugendlichen im Berufsbildungswerk Hamburg unterzubringen, das

der Stadt Hamburg gehört. Dort werden behinderte (auch lernbehinderte) Jugendliche in einem anerkannten Ausbildungsberuf ausgebildet.

### **Unterschiede zwischen den Bezirken**

Zwischen den Bezirken lassen sich Unterschiede in der Ausbildungseinstimmung der Schulabgänger\_innen feststellen. Relativ gut schneiden Eimsbüttel und Bergedorf, am schlechtesten Hamburg-Mitte und Altona ab. Die Höhe der Ausbildungseinstimmung kann von einer Vielzahl von Faktoren abhängen. Zu nennen sind hier: Branchenstruktur, Betriebsgrößenstruktur, Handwerksbesatz und Rekrutierungsverhalten der Betriebe, konjunkturelle Lage, soziodemographische Merkmale der Bewerberinnen und Bewerber (wie Alter, Geschlecht, Nationalität, Schulabschlüsse und Sozialstatus/Klassenzugehörigkeit) und das Bewerbungsverhalten der Jugendlichen. Welche davon für die Unterschiede verantwortlich sind, kann hier nicht untersucht werden, sondern wäre eine Aufgabe für die Schulbehörde.

### **Unterschiede zwischen den Stadtteilen**

Die Unterschiede zwischen den Stadtteilen in der Ausbildungseinstimmung sind größer als die zwischen den Bezirken. Schulabgänger\_innen aus der Neustadt oder Billstedt haben sehr selten eine Ausbildung aufnehmen können, dagegen aus Langenhorn und Rahlstedt relativ am häufigsten (siehe Abbildung 2;). Zu den Gründen für diese Unterschiede gilt auch hier das zuvor Gesagte für die Bezirke.

### **Unterschiede nach dem Sozialindex der Schule**

Schulabgänger\_innen aus Stadteilschulen mit einem höheren Sozialindex konnten eher eine Ausbildung beginnen als

solche aus Stadteilschulen mit einem niedrigen Sozialindex. Der Sozialindex misst die soziale Lage der Schülerschaft einer Schule. Während Schulabgänger\_innen aus einer Stadteilschule mit dem niedrigsten Sozialindex 1 (= stark belastete soziale Lage der Schülerschaft) nur zu 31,3 Prozent einen Ausbildungsplatz gefunden haben, sind es bei den Schulabgänger\_innen aus Stadteilschulen mit dem Sozialindex 4 (= tendenziell bevorzugte soziale Lage der Schülerschaft) 48,5 Prozent. Bei Stadteilschulen mit dem Sozialindex 5 (= eher bevorzugte soziale Lage der Schülerschaft) geht indessen die Einstimmungsquote in Ausbildung wieder etwas zurück auf 43,6 Prozent. Dies liegt vor allem an drei Stadteilschulen, die aus hier nicht zu klärenden Gründen unterdurchschnittlich abgeschnitten haben.

Insgesamt zeigt dies Ergebnis, dass für die Schulabgänger\_innen in Hamburg der Start in Ausbildung und Beruf nicht nur durch die schlechte Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt beeinträchtigt ist, sondern darüber hinaus auch von der sozialen Herkunft abhängig ist.

### **Unterschiede zwischen den Schulen**

Je nach Stadteilschule, aus der die Schulabgänger\_innen kommen, schwankt der Erfolg beim Übergang von der Schule in Ausbildung zwischen unter 10 Prozent bis über 60 Prozent, in der nur Stadteilschulen mit einer Fallzahl von mehr als 74 Schulabgänger\_innen wiedergegeben werden). Insgesamt nimmt die Einstimmungsquote in Ausbildung mit dem Sozialindex der Stadteilschule zu. Aber es gibt auch Ausnahmen. So ist das Ergebnis von 64 Prozent der Stadteilschule Altrahlstedt mit einem Sozialindex von 2 (für eine eher stark belastete soziale Lage der Schülerschaft) ungewöhnlich.

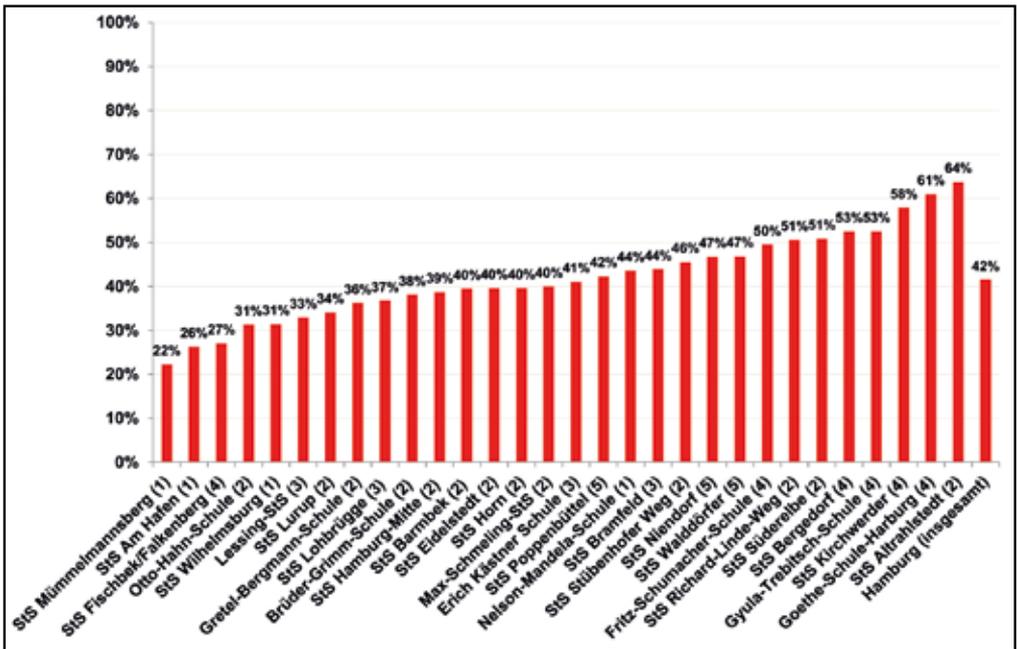


Abbildung 2: Schulabgänger\_innen (aus Klasse 10 der Stadtteilschulen), die in eine (schulische oder betriebliche) Ausbildung eingemündet sind, nach der Stadtteilschule; Schulabgängerbefragung 2018 (nur Stadtteilschulen mit einer Fallzahl der Schulabgänger\_innen > 74)

**Nur zusätzliche (staatliche) Ausbildungsplätze werden den Jugendlichen helfen**

Es kommt mithin nicht nur der Sozialindex einer Schule für den Einmündungserfolg der Schulabgänger\_innen in Frage. Zuvor sind eine Reihe von Faktoren dafür genannt worden. Wichtig dürften die Branchenstruktur, Betriebsgrößenstruktur, der Handwerksbesatz und das Rekrutierungsverhalten der Betriebe im Einzugsbereich der Schule sein. Von Bedeutung sind sicherlich auch die vielgenannten „Akteure“ vor Ort, die die Schulabgänger\_innen unterstützen sollen.

Bevor jetzt aber Schulsenator Rabe und die Schulbehörde die Losung ausgeben, es müssten nur alle es so machen wie die Stadtteilschule Altrahlstedt, sollte man die Grenzen dieser Strategie bedenken. Diese sind durch den Hamburger Ausbildungsmarkt gegeben. In Hamburg bilden nur 16,8 Prozent der Betriebe aus – Tendenz sinkend<sup>1</sup>.

Betriebe, die ausbilden, sind also die Ausnahme, nicht die Regel. Über 42,4 Prozent der Absolvent\_innen – Tendenz steigend<sup>2</sup>. Für Schulabgänger\_innen mit erstem oder mittlerem Schulabschluss wird es dadurch tendenziell schwieriger. Es fehlen Ausbildungsplätze. Mit immer mehr Berufsorientierung und immer mehr Vermittlungsaktivitäten der Jugendberufsagenturen werden keine Ausbildungsplätze geschaffen. Insgesamt würde es zu einem Nullsummenspiel kommen. Man löst auch nicht das Wohnungsproblem durch „Wohnorientierung“ und „Wohnungsagenturen“.

Die SPD und Olaf Scholz haben immer wieder versprochen, „dass alle jungen Erwachsenen in Hamburg entweder das Abitur machen oder eine klassische Berufsausbildung absolvieren“ sollen. Das stand 2011 in dem „SPD-Regierungsprogramm für Hamburg“. Übrigens verspricht die SPD dies in ihrem Europa-

wahlprogramm schon wieder, wenn „alle jungen Erwachsenen in Hamburg entweder das Abitur machen oder eine klassische Berufsausbildung absolvieren“ sollen, dann sind dies 100 Prozent. Bisher sind es nur 42,7 Prozent – Tendenz stagnierend.

Der Senat ist mit seiner Berufsbildungspolitik gescheitert. Für unsere Jugend darf der Start ins Berufsleben nicht – so wie für viele bisher – zum Fehlstart werden. Das ist nicht ihre Schuld. Deshalb ist eine Umkehr notwendig. Der Staat muss einspringen und Ausbildungsplätze schaffen. Diese können durch eine überbetriebliche Ausbildungsabgabe finanziert werden, so wie dies in der Altenpflege in Hamburg gilt.

KAY BEIDERWIEDEN

<sup>1</sup> Bundesinstitut für Berufsbildung (Hg.), Tabellen zum Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2018 im Internet, S. 24.  
<sup>2</sup> Bundesinstitut für Berufsbildung (Hg.), Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2018 S. 133.

## Herr Lenzen, haben Sie gehört?

Die Veranstaltung „Qualifizierte Lehrkräfte für eine gute Berufsausbildung“ im vollbesetzten großen Saal des Curiohauses hat allen Teilnehmenden vor Augen geführt, dass die Berufsschullehrer\_innenausbildung in Hamburg an einem Scheideweg steht.

Im Gesicht einiger Podiumsteilnehmer\_innen konnte man sehen, dass der Groschen gefallen war: Die Ausrichtung der Uni Hamburg auf Exzellenz bevorzugt die Forschung und lässt die Lehre in den Hintergrund treten. Dabei wird vernachlässigt, dass die Lehre selbst ein Forschungsgegenstand ist. Dies war traditionell genau die Stärke der Hamburger Berufsschullehrer\_innenausbildung. Zuletzt bei der Kompetenzorientierung und der Entwicklung der Kernpraktika.

Die Berufsbildung steht jedoch aktuell vor großen Herausforderungen, zum Beispiel im Bereich der Inklusion und der Neukonzipierung der Pflegeberufe. Diese müssen begleitend erforscht werden, um die zukünftigen Berufsschullehrkräfte adäquat vorzubereiten.

Was aber macht die Leitung der Uni HH mit Unterstützung der Wissenschaftssenatorin? Sie

setzt auf Exzellenz in der Forschung und streicht die notwendigen Professuren drastisch zusammen – von sechs Stellen auf drei Stellen 2019! Die Auswirkungen haben Tramm und Kuhlmeier in ihrem Artikel in der HLZ 12/18 deutlich herausgestellt. Bedauerlicherweise signalisiert die Uni-Leitung bisher keinerlei Dialogbereitschaft.

Während der Podiumsdiskussion wiesen insbesondere Staatsrat Rainer Schulz und die Geschäftsführerin des Bildungspolitischen Ausschusses des Unternehmerverbandes Nord, Doris Wenzel-O'Connor, darauf hin, dass das Vorgehen der Uni-Leitung als höchst fragwürdig empfunden wird. Genau dies drückte wenig später auch der Landesausschuss für Berufsbildung mit den Worten aus:

„Das Vorhandensein bestqualifizierter Lehrer\_innen ist eine zentrale Gelingensbedingung, um auch zukünftig die berufliche Ausbildung dringend benötigter Fachkräfte sicherstellen zu können.“

Alle Teilnehmer\_innen, auf dem Podium wie auch im Plenum, waren sich einig, dass nun der Ball bei Wissenschaftsbehörde und Uni-Leitung liegt und diese endlich in den Dialog eintreten müssen.

Fachgruppe Berufliche Bildung



# Ball paradox

Das populistische Instrument der Schuldenbremse erweist sich mehr als Falle denn als stabilitätsfördernd – Rede auf der Veranstaltung einer studentischen Initiative gegen die Austeritätspolitik der Regierenden an der Schulden- und Vermögensuhr am Uni-Hauptgebäude

In wenigen Tagen ist Europawahl. Dass viele Menschen in anderen Mitgliedsländern das Projekt EU weitaus skeptischer betrachten als die Leute hierzulande, hat auch mit dem zu tun, was sich hier auf der Schulden- und Vermögensuhr abbildet. Kurz gesagt: Deutschland hat sich auf Kosten anderer Länder Vorteile verschafft, was jetzt dazu geführt hat, dass die Bundesregierung die Schuldenquote weiter senken konnte auf derzeit um die 60 Prozent des Sozialprodukts. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Reduzierung um 53 Milliarden. *(Zum Vergleich: Italien hat sich derzeit zu 132, Griechenland 178, USA 110 und Japan 250 Prozent verschuldet.)*

Wie war das möglich?

- Im Gegensatz bspw. zu Frankreich, das sich an die Vereinbarung gehalten hatte, Lohnerhöhungen an den Produktivitätssteigerungen zu orientieren, betrieb Deutschland über Jahre hinweg Lohndumping. D. h., die Steigerungen lagen deutlich unterhalb der vereinbarten Größe, was entsprechend die internationale Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft stärkte und somit die Hauptursache für die derzeitigen riesigen Handelsbilanzüberschüsse darstellt.
- Durch den Wegfall des Wechselkursmechanismus als Korrektiv. Die anderen ökonomisch schwächeren EU-„Partner“ sorgen für einen niedrigen Kurs, von dem die deutsche Exportwirtschaft ebenfalls profitiert. Gäbe es die D-Mark noch, wäre

der Kurs unter die Decke gegangen, wie bspw. in der Schweiz. Die deutschen Produkte im Ausland würden teurer, was die Nachfrage zurückgehen ließe.

• Niedrige Zinsen als notwendige Maßnahme, um das System seit der Finanzkrise 2008 nicht kollabieren zu lassen, schufen und schaffen immense Entlastungen



**Keine Transferunion heißt es unisono – ein Spiel mit dem Feuer!**

aller staatlichen Haushalte, weil diese sich zu immer niedriger werdenden Zinsen refinanzieren können.

Und Deutschland als von den Investoren angenommener sicherster Schuldner zahlt die niedrigsten Zinsen (auch alle Häuslebauer\_innen und Eigentümer\_innen von Wohnungen profitieren).

Zentrale Botschaft in Bezug

auf die Schulden- und Vermögensuhr muss sein: Jeder Euro auf der Schuldenuhr taucht als Vermögen bei jemand anderem auf. Insofern steckt hinter dem Ganzen ein Verteilungsproblem. Und wie ihr wisst, setzt die Politik hierzulande alles daran, dass die Reichen immer reicher werden. Ein Skandal, dass es immer noch nicht wieder eine Vermögenssteuer gibt, nachdem das Bundesverfassungsgericht 1995 (!) einmal geurteilt hatte, dass die bis dato geltende Form mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei. Und auch die Erbschaftsteuer ist hierzulande ja wohl eher ein Witz – auch wenn man sie vergleicht mit anderen europäischen Ländern.

Der Anspruch bei Gründung der Währungsunion war einmal die Harmonisierung der Haushalts- und Finanzpolitik. Dies berührt also die Einnahmen und Ausgaben des Staates und damit auf der Einnahmeseite das Steuerrecht. Anders kann es gar nicht funktionieren. Wird dieser Grundsatz wie geschehen ständig verletzt, entstehen die Ungleichgewichte, die unweigerlich in der Krise des Gesamtsystems enden müssen. Konkreter auf die Verschuldungsquote bezogen heißt dies, dass bei unterschiedlicher Höhe sich die Ungleichgewichte automatisch verstärken, solange man nicht bereit ist, politisch gegenzusteuern. Diese Bereitschaft fehlt bekanntermaßen hierzulande.

Wenn man sich so ans Geld klammert wie die Deutschen, dann hat das etwas mit Angst

zu tun, Angst, Sicherheit zu verlieren. Nicht umsonst spricht man ja schon weltweit von der „German-Angst“. Das hat etwas mit den Weltkriegen zu tun, aber vielleicht mehr noch mit der Inflationserfahrung von 1923. So etwas würfelt eine Gesellschaft in der Tat ja ziemlich durcheinander. Aber man sollte nach nun schon fast 100 Jahren, die das her ist, die Dinge realistischer sehen.

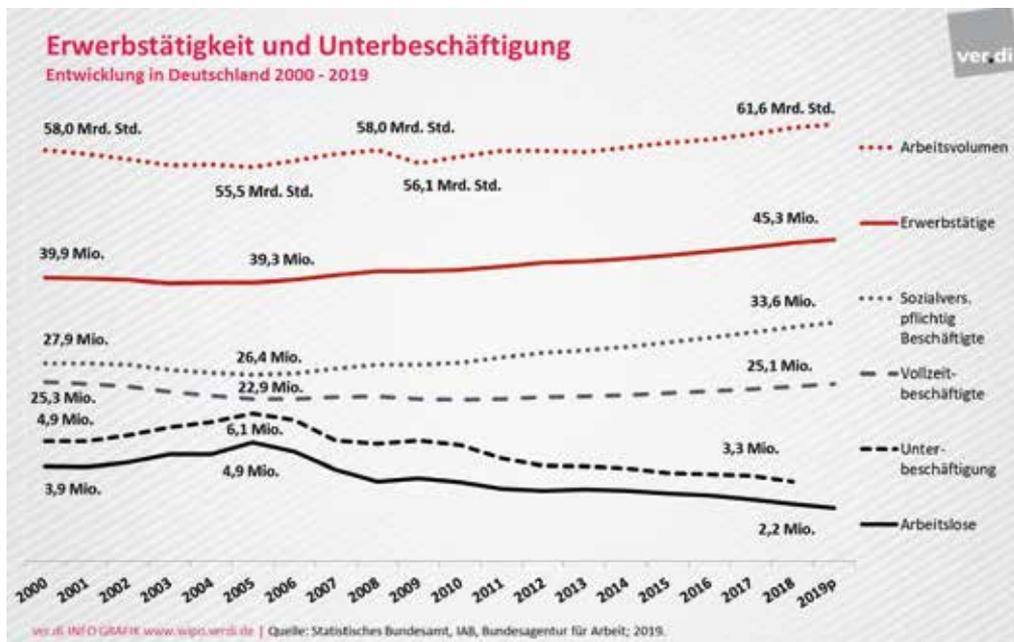
Realistisch wäre es nämlich, wenn alle europäischen Länder massiv investierten. Und zwar auch durch weitere Schuldenaufnahme. Oder Deutschland sollte die gesparten 53 Milliarden verwenden, um aus Ländern der EU etwas zu kaufen. Besser noch: Wir steckten das Geld in den von Macron phantasierten gemeinsamen europäischen Finanztopf. Das wäre das beste Konjunkturprogramm für die schwächelnden „Partner“länder im Süden. Dies böte die Chance, die Unterbeschäftigung, sprich: Arbeitslosigkeit, zu überwinden. Dies wäre nicht nur gerecht, sondern schüfe auch die Werte, die spä-

teres Schuldenabtragen ermöglichen. Nichts ist eigentlich unsinniger als Menschen zu Hause rumsitzen zu lassen, nur weil der Markt es nicht hergibt, so der Politiker\_innen-Sprech, sie in Arbeit zu bringen. Das ist die, wenn man so will, „Schizophrenie“ in unserer Gesellschaftsordnung, dank der wirkmächtigen Gesetze des Kapitalismus.

In diesem *Für Europa*, was zurzeit die Mehrheitsgesellschaft der Deutschen vor sich herträgt, steckt nicht nur Großmäuliges, sondern auch Hinterhältiges seitens der Regierenden. So tun, als wäre man bereit, Opfer zu bringen, indem man der Bevölkerung suggeriert, man sei als größter Nettozahler derjenige, der die Hauptlast für ein vereintes Europa trüge. Jeder, der sich mit der Sache näher beschäftigt, weiß, dass Deutschland in Wahrheit am stärksten von der Währungsunion profitiert und sich quasi hierdurch Undercover zu einer Vormacht entwickeln konnte, die alle anderen an die Wand drückt. Italien hat es gemerkt, was da läuft. In Frankreich ist es der

Linke Mélenchon, der dieses falsche Spiel nicht mehr mitmachen will. Und in Deutschland erlaubt man sich dreist zu sagen: die anderen seien schuld, weil sie über ihre Verhältnisse gelebt haben. Deshalb lehnt man jede Form des finanziellen Beistandes ab. „Keine Transferunion“ heißt es unisono! Wenn man sie fordert, wird einem entgegengehalten, dass es doch die 'no-bailout'-Klausel in den EU-Verträgen gebe – offiziell: Nichtbeistands-Klausel -, was so viel heißt wie eine ‚nicht-hau‘raus‘-Verpflichtung. Man könnte es auch anders formulieren: Solidarität gibt es nicht! Also, allzu weit ist es denn doch nicht her mit der Liebe zu Europa! Aber dies ist zugleich auch ein Spiel mit dem Feuer. Sollten sich die Widersprüche weiter zuspitzen, indem die jetzigen Verlierer nicht mehr mitspielen wollen, ist das Projekt EU gescheitert.

Aus meiner Sicht hat dieses Projekt nur dann eine Chance, wenn die deutsche Politik massiv Kompensationsmechanismen einführt und bereit wäre, durch



höhere Zahlungen als bisher diese zu bedienen; sei es über einen echten gemeinsamen Haushalt wie Macron ihn fordert oder über Eurobonds, wo der finanziell Starke für die Schwachen mithaftet.

In den USA gibt es zwischenzeitlich eine Bewegung, getragen von gar nicht so unbedeutenden Ökonomen und vor allem Ökonomeninnen, die eine solche Politik der Finanzierung durch Schulden fordern, bis Vollbeschäftigung erreicht ist. Ich zitiere einmal Stephanie Kelton, eine 49-jährige US-Ökonomin, die Spitzenpolitiker\_innen der Demokraten wie Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez berät. Sie ist Protagonistin einer neuen ökonomischen Denkschule und ist, so schreibt es auf jeden Fall DIE ZEIT, auf allen Fernsehkanälen zu sehen. Einen Begriff für diese Theorie mit Kürzel gibt es auch schon: NMT, in Langform: New monetary theory. Kelton sagt in dem ZEIT-Interview:

Wenn ein Politiker im Kongress sagt: »Ich brauche mehr Geld für das Klima, lasst uns dafür den Verteidigungsetat kürzen oder vielleicht die Steuern erhöhen«, dann gibt es sofort einen Aufschrei. Das Militär hat eine starke Lobby, und höhere Steuern sind politisch schwer durchzusetzen. Am Ende passiert dann oft gar nichts. Die Folge: Der Planet brennt weiter, und unsere Infrastruktur verrottet. Und das nur, weil wir die Fiktion aufrechterhalten wollen, wir hätten nicht genug Geld. Was für

ein Irrsinn! Ich zeige bei meinen Vorträgen gern das Bild, auf dem ein Biber einen Damm baut und frage: »Wo hatte der Biber das Geld her, um den Damm zu bauen?« Dann lachen alle. Daraufhin sage ich: »Er hat sich wahrscheinlich einfach gedacht: Da drüben gibt es Äste und Stöcke, die hole ich mir jetzt und baue meinen Damm. Und da sind wir Menschen, die Krone der Schöpfung. Wir haben Beton, wir haben Arbeitskräfte und wir sitzen herum und fragen uns, wo wir das Geld herbekommen. Ich frage Sie: Wer ist hier verrückt?«

Aus: *Die Zeit* Nr. 15/2019, S. 22 (Interview)

Letztendlich ist es also die zweckgebundene lebendige Arbeit, die Werte schafft. Die Finanzierung derselben ist nur der Transportriemen. Der ist in entwickelten Volkswirtschaften notwendig; aber es ist eben nur die notwendige, nicht aber die hinreichende Bedingung, damit Wert im Sinne von geronnener Arbeitskraft entsteht.

Dass die systemimmanenten Gesetze des Kapitalismus dazu führen, dass die Wirtschaft immer wieder in Krisen gerät und nur durch massive Interventionen wie u.a. durch Krieg vor dem Kollabieren ‚gerettet‘ werden kann, hat nicht nur Marx hinlänglich beschrieben. Viele der darüber hinausgehenden zeitgenössischen Irrationalitäten, die das System hervorbringt, gilt es aufzudecken. Dies ist die Voraussetzung, um letztendlich auch vor der Systemfrage nicht Halt zu machen und zu fragen:

Wie lange wird dieses nun vielleicht bereits 200 Jahre – über die genaue Zahl der Jahre lässt sich streiten, auf jeden Fall ist es nur ein Wimpernschlag in der Geschichte der Menschheit und erst recht dieses Planeten – den Planeten beherrschende System noch existieren? Hoffen wir mal, wie immer behauptet wird, dass der Mensch qua Vernunft erkennt, dass es bei einem ‚Weiter-so‘ auf einen Untergang der gesamten Zivilisation hinausläuft und es deshalb genügend Mutige geben wird, die bereit sind, dabei mitzuhelfen, den Schalter umzulegen.

Seien wir also realistisch: fordern wir das angeblich Unmögliche! Schluss mit jeglicher staatlicher finanzieller Restriktion! Schluss mit Austerität! Schluss mit der Schuldenbremse! Finanziert werden muss das, was gesellschaftlich notwendig ist. Und notwendig ist vor allem, dass alle Mitglieder der Gesellschaft nicht nur eine Chance haben, Nützliches zu tun, sondern eine Garantie darauf haben.

Zu eurem Vorhaben der Volksabstimmung hab' ich meine Zweifel, aber ich stehe hier nicht als Bedenkenträger. Euer Engagement in dieser Sache ist toll – ihr seid die Mutigen!

Ich danke fürs Zuhören!

JOACHIM GEFFERS

*(Rede gehalten am 9. Mai 2019; Abweichungen vom mündlich Vorgetragenen in dieser Schriftform-Fassung wie üblich)*

### **GEW ist keine Unterstützerin der „Volksinitiative Schuldenbremse“**

Die GEW lehnt die Schuldenbremse ab und hat das in der Vergangenheit auch mehrfach deutlich gemacht. [...] Dennoch hält die GEW Hamburg das Instrument der Volksinitiative aktuell nicht für den richtigen Weg, um die Schuldenbremse abzuschaffen. [...] Eine Unterstützung (der Initiative) war und ist im konkreten Fall aus verschiedenen Gründen nicht gegeben, daher hat die GEW Hamburg einen Antrag auf Unterstützung der ‚Volksinitiative Schuldenbremse‘ auf einer Landesvorstandssitzung im März 2019 abgelehnt. Näheres unter: (<https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/aktionen/leitlinien-buergerschaftswahl>).

Auszug aus: Presseerklärung vom 10.5.2019

# Gefährdungsbeurteilungen greifen nicht

Arbeits- und Gesundheitsschutz an Hamburger Schulen

Jede\_r dritte Beschäftigte an Schulen in Deutschland leidet unter Burnout und Erschöpfung (Gutachten des Aktionsrates Bildung, 2014). Die Zahl der Frühverrentungen wegen psychischer Erkrankungen hat zugenommen. Die Fehltagelast haben sich in Hamburg von 4,7 Prozent im Jahr 2003 auf 6 Prozent im Schuljahr 2016/17 erhöht (Bürgerschaft der FHH, Drucksache 21/14860).

---

*Mehr als 55 Prozent der Hamburger Lehrkräfte arbeiten in Teilzeit. Als Hauptgrund wurde die Belastung in einer Vollzeitstelle genannt*

---

Die GEW Hamburg hat die Kolleg\_innen befragt: Über 50 Prozent der Befragten fühlen sich stark oder zu stark durch die Arbeit belastet. Mehr als 55 Prozent der Hamburger Lehrkräfte arbeiten in Teilzeit. Als Hauptgrund wurde die Belastung in einer Vollzeitstelle genannt.

Bisher bleibt es jedem und jeder Einzelnen überlassen, für den eigenen Arbeits- und Gesundheitsschutz selbst zu sorgen. Mit Themen wie Gesundheitsprävention oder gar Berufskrankheiten wird der/die Einzelne in der Regel alleingelassen. Überhaupt wird das Thema Arbeitsbelastung und Gesundheitsprävention im Schuldienst seitens des Dienstherrn bislang bei weitem nicht ausreichend behandelt. Und das, obwohl gesetzliche

Regelungen zum Schutz der Beamt\_innen und Angestellten – wie auch in Industrie und Handel – für den Schuldienst vorhanden sind. Sie sollten zukünftig besser bekannt gemacht und dann vor allem auch angewendet werden.

## Noch zu wenig bekannt: das Arbeitsschutzgesetz gilt auch für Schulen

Seit 1996 besteht in Deutschland ein Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG). Es gilt für alle Arbeitnehmer\_innen, auch für Beamt\_innen. Das Gesetz wertet Beamt\_innen als Arbeitnehmer\_innen, weshalb verbeamtete Lehrkräfte wie Angestellte vom Geltungsbereich des Arbeitsschutzgesetzes umfasst werden.

Arbeitgeber, also die Schulleitungen, sind nach § 3 ArbSchG verpflichtet, kontinuierlich für einen modernen und angemessenen Arbeitsschutz zu sorgen. Ziel ist die Schaffung gesunder Arbeitsbedingungen und die Entwicklung geeigneter Maßnahmen zur Gesundheitsprävention.

Kommt das ArbSchG zur Anwendung, ist für den Arbeitsplatz des/der einzelnen Schul-Beschäftigten eine flächendeckende und systematische „Gefährdungsbeurteilung“ vorgesehen. Denn seit 2013 ist in § 4 des ArbSchG im § 4 festgeschrieben: „...die Arbeit ist so zu gestalten, dass eine Gefährdung für Leben sowie die physische und psychische Gesundheit möglichst vermieden wird“. Und weiter heißt es in § 5, Abs.3: „Eine Gefährdung kann sich insbesondere ergeben durch ... psychische

Belastungen bei der Arbeit“. Die Gefährdungsbeurteilung trägt damit der Tatsache Rechnung, dass gerade die psychischen Belastungen am schulischen Arbeitsplatz in den letzten Jahren besonders zugenommen haben.

## Die Erhebung der physischen und psychischen Belastungen im Schuldienst

Zur Ermittlung der Gefährdungen werden in den Bundesländern unterschiedliche Fragebögen in den Schulen eingesetzt. So kommen etwa in NRW ein Fragebogen von COP-SOQ (Copenhagen Psychosocial Questionnaire), in Hessen ein Fragebogen vom Gesamtpersonalrat der Lehrer\_innen (abrufbar beim Staatlichen Schulamt in Frankfurt/Main) zur Anwendung.

In Hamburg gilt seit 2012 der bereits in Niedersachsen verwendete Fragebogen bugis R-2011 („beteiligungsgestützte und umsetzungsorientierte Gefährdungsbeurteilung in niedersächsischen Schulen“). Bugis wurde schon 2004 in einem Pilotprojekt vom niedersächsischen Kultusministerium in Zusammenarbeit mit der Universität Hannover entwickelt, allerdings 2011 vom Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung als „bugis R-2011“ vollständig überarbeitet. Das Hamburger Landesinstitut für Lehrer\_innenbildung (LI) bietet diesen Fragebogen zur Gefährdungsbeurteilung an den Hamburger Schulen kostenlos an. In der Regel wird das LI von den Schulleitungen beauftragt, Pla-

nung, Erhebung und Auswertung entsprechend durchzuführen.

### **Auf den Fragebogen zur Gefährdungsbeurteilung kommt es an**

Bislang gilt die Anwendung des bugis-Fragebogens als Angebot der Schulbehörde. Jedoch obliegt es den Schulen darüber zu entscheiden, welchen Fragebogen sie zur Gefährdungsbeurteilung einsetzen wollen. An Hamburger Schulen wird in der Regel der bugis-Fragebogen eingesetzt. Bei der Anwendung sind die Schulleitung, der Personalrat, die Sicherheitsbeauftragten und der/die Gesundheitsbeauftragte gehalten, im gesamten Prozess miteinander zu kooperieren. Entscheidend ist jedoch, welcher Fragebogen die Belastungen am Arbeitsplatz am genauesten abbildet, den Gefährdungen am ehesten gerecht wird. Ob der bugis-Fragebogen, der bisher in Hamburg eingesetzt wird, dies angemessen leistet, ist fraglich.

### **Bugis wird den Zielen des Arbeitsschutzes nicht gerecht**

Die Frage, ob der bugis-Fragebogen für die oben genannten Erhebungen geeignet ist oder nicht, lässt sich nur nach Prüfung der wichtigsten Fragestellungen beantworten. Der Fragebogen umfasst insgesamt acht Bereiche zur schulischen Arbeit. Hier soll anhand eines Beispiels, der Arbeitszeit, eine kritische Bewertung vorgenommen werden.

Als Überschrift steht: „Wie organisieren Sie Ihre Arbeitszeit?“

Die Frage hebt ab auf die individuelle Fähigkeit des/der einzelnen Beschäftigten, wie er/sie die Arbeitszeit organisiert. Es geht hier offensichtlich weniger darum, die Arbeitsbelastung zu ermitteln, als die Selbsteinschätzung der eigenen Organisationskompetenz festzustellen. Und entsprechend wird in einer Skala von sieben weiteren Punkten eruiert, wie sich der/die der Beschäftigte selbst bewertet:

„Ich erledige meine Arbeit ohne Zeitdruck.“

Objektivierbare Erhebungsmerkmale zur Belastung durch Zeitdruck fehlen hier. Stattdessen wird in Form einer vorgegebenen positiven Antwort indirekt die Einschätzung der eigenen Kompetenz abgefragt. Die häufig durch Zeitdruck erzeugten Arbeitsbedingungen empfinden

der Unterrichtsbelastung erholen?“

Ein weiterer Bewertungspunkt im bugis-Erhebungsbogen: „Es gelingt mir, eine Grenze zwischen Arbeitszeit und Freizeit zu ziehen.“

Wieder wird der/die Einzelne zur Bewertung der eigenen Organisationskompetenz animiert. Denn nur darum kann es gehen,



Foto: Wolfgang Svensson

jedoch gerade Lehrer\_innen individuell sehr unterschiedlich und eher weniger durch eigene Fehlplanung verursacht.

Als sinnvollere Abfrage wäre beispielsweise angebracht: „Meine Wochenenden sind nur selten arbeitsfrei.“ Oder eben als echte Frage: „Kann ich mich in den Schulpausen ein wenig von

wenn auf das Gelingen abgehoben wird, zwischen Arbeitszeit und Freizeit eine Grenze zu ziehen. Die Arbeitsbedingungen, die oftmals massiv bis in die Freizeit hineinwirken und eben eine solche Grenzziehung erschweren, werden nicht angesprochen.

Nach aller Erfahrung aus

der Praxis wäre angemessener: „Meine Arbeit nimmt so viel Zeit in Anspruch, dass sich dies negativ auf mein Privatleben auswirkt.“ Oder: „In meiner Freizeit bin ich für Personen, mit denen ich beruflich zu tun habe, erreichbar.“

Allein die genannten Beispiele machen deutlich, dass der bugis-Erhebungsbogen nicht darauf abzielt, Gefahren und Belastungen an Schulen durch ungünstige Arbeitsbedingungen zu ermitteln. Es geht offensichtlich vielmehr darum, mit Hilfe der abgefragten Selbsteinschätzung das individuelle Verhalten der Kolleg\_innen zu bewerten. Zusätzlich wird der oder die jeweils Befragte durch die intendiert positiven Antworten einem suggestiven Erwartungsdruck ausgesetzt.

### **Zur richtigen Gefährdungsbeurteilung braucht Hamburg einen anderen Fragebogen**

Die mit bugis durchgeführten Gefährdungsbeurteilungen an Hamburger Schulen scheinen das Ziel zu verfolgen, vorrangig das Arbeitsverhalten des/der Einzelnen zu erheben und zugleich zu verändern.

Die Schulen erhalten den bugis-Bogen vom LI, das bekanntlich unter der Aufsicht der Schulbehörde steht. Erhebung, Auswertung und Speicherung der Daten wird also von einer Einrichtung des Arbeitgebers durchgeführt. Eine Position im Sinn des Arbeitsschutzgesetzes kann das LI nicht erfüllen. In der Beratung des LI geht es entsprechend darum, die Fähigkeiten der Lehrkräfte zu fördern, „mit sich selbst, mit anderen und mit den Belastungen des Arbeitsplatzes Schule in wirk-

---

*Die Beratungsziele des LI decken sich eben nicht mit Sinn und Ziel des Arbeitsschutzgesetzes*

---

samer, der Arbeitszufriedenheit und Gesundheit dienlicher Weise umzugehen.“ (Aus den News des LI-Referats Gesundheit, Januar 2019) Vorschläge für Seminare wie z.B. Achtsamkeitstraining oder Supervision werden den Kollegien gerne von den LI-Mitarbeiter\_innen unterbreitet.

Viele Kolleg\_innen empfinden diese Seminare aber als zusätzliche zeitliche Belastung und sie vermissen die Gewissheit, damit eine echte Verbesserung ihrer Arbeitssituation zu erreichen.

Die Beratungsziele des LI decken sich eben nicht mit Sinn und Ziel des Arbeitsschutzgesetzes. Der Arbeitsschutz hat vorrangig das Ziel, die Arbeitsbedingungen wie Zeitstress, Lärm oder Raumangel zu verbessern. Dabei geht es beispielsweise darum, Akustikschutz einzubauen, zusätzliche Arbeitsräume einzurichten oder Mehrarbeit abzubauen.

Es lohnt sich stattdessen, die Gefährdungsbeurteilungen anderer Bundesländer anzuschauen. In den Ländern Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg beispielsweise wurde von den Schulministerien ein Forschungsinstitut (Freiburger Forschungsstelle für Arbeitswissenschaften) beauftragt, für alle Schulen einen geeigneten Fragebogen zu entwickeln und auszuwerten. Dieser „COPSOQ Fragebogen“ ermöglicht eine Untersuchung der Arbeitssituation und kommt zu Ergebnissen, die zur Entlastung der Beschäftigten an den Schulen genutzt werden können (siehe Kasten). So kann gewährleistet werden, dass von den Kollegien auf der Grundlage brauchbarer Ergebnisse der Gefährdungsanalyse geeignete Maßnahmen zum Arbeitsschutz und zur Gesundheitsvorsorge ermittelt und umgesetzt werden.

Weitere Informationen über den Einsatz des COPSOQ-Fragebogens an Schulen sind über die AG Gesundheit in der GEW-Hamburg zu beziehen.

KARIN HUFERT  
Mitglied der GEW-AG Gesundheit  
Lehrerin an der  
Fritz-Schumacher-Schule (StS)

### **Vergleich von bugis-Fragebogen und COPSOQ-Fragebogen**

Bugis R-2011 an Hamburg Schulen

Der bugis-Fragebogen umfasst die Bereiche: Arbeitsorganisation, Zusammenarbeit im Kollegium, Raumsituation, Arbeitsmittel, Arbeitsumgebung, Unterrichtsarbeit, Arbeit mit Erziehungsberechtigten sowie Organisation der Arbeitszeit.

Die Erhebungsfragen suggerieren eine positive Zustandsbeschreibung wie z.B. die Arbeit mit der Schulleitung oder Kommunikation zwischen Schulleitung und Kollegium. Die Arbeitsbelastungen werden als persönliches Erleben abgefragt.

COPSOQ-2012 NRW-Schulen

COPSOQ (Copenhagen Psychosocial Questionnaire) mit Unterstützung der FFAS (Freiburger Forschungsstelle für Arbeits- und Sozialmedizin)

Der COPSOQ-Fragebogen zielt darauf ab, die Arbeitssituation von Lehrkräften in den Blick zu nehmen. Objektivierbare Kriterien wie Arbeitstempo, Arbeitsquantum und emotionale Belastung werden zum Maßstab der psychischen Belastung eingesetzt, nicht aber die individuelle Arbeitskompetenz der Beschäftigten untersucht.

# Kein ‚white privilege‘

Weitere Infos und Seminarangebote unter  
[gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung](http://gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung)



## Interkulturelle Kompetenz in Schule und Kita

Kulturenvielfalt an Schulen stellt Pädagog\_innen in Schulen und Kitas vor die Herausforderung, alle Kinder bestmöglich zu integrieren. Dabei geht es nicht allein um Kultur und Sprache. Insbesondere durch die weltweiten Fluchtbewegungen der letzten Jahre nimmt nicht nur die Kulturenvielfalt zu, häufig sind neu hinzukommende Kinder und ihre Familien psychisch belastet.

Ziel des Seminars besteht darin, Sensibilität für kulturelle Unterschiede und eine Dialogfähigkeit zu entwickeln, die es erlaubt, auf unterschiedlichste interkulturelle Situationen reagieren zu können. Darüber hinaus geht es um Strategien zum Umgang mit besonders belasteten Kindern. Die Teilnehmenden können durch viele Fallbeispiele aus der Praxis die Seminarinhalte direkt auf das eigene Arbeitsfeld anwenden.

*Freitag 24.5.2019, 9-16 Uhr  
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle,  
Rothenbaumchaussee 15  
Leitung: Julia Fischer-Ortman  
Kostenanteil: 10 € incl.  
Verpflegung  
(Nicht-Mitglieder 40 €)*

## Aktiv werden in der GEW Hamburg

Lust, gemeinsam etwas zu bewegen? Diskussionen und Aktionen für gerechtere Bildung anzustoßen und mit anderen gemeinsam spannende Projekte voranzutreiben, ist unser Mittel gegen Vereinzelung und Frust. An diesem Nachmittag stellt

sich die GEW Hamburg vor: Wie tickt die GEW? Wo bietet sich ein Einstieg? Wer sind die Ansprechpersonen? Welche aktuellen Themen und Diskussionen gibt's bei der GEW? Eine Veranstaltung in lockerer Atmosphäre, für leckere Snacks und Getränke ist gesorgt.  
*Dienstag 11.6.2019,  
17-19:30 Uhr  
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle,  
Rothenbaumchaussee 15  
Leitung: Anja Bensinger-Stolze,  
Frank Hasenbein  
kostenlos für GEW-Mitglieder  
incl. Speis und Trank*

## Kanutour (nicht nur) für neue Mitglieder

Gespräche und Infos rund um die GEW Hamburg, Entspannung auf dem und am Wasser mit gemeinsamer Restaurantpause. Eine Möglichkeit, die GEW und nette Leute kennenzulernen.

*Samstag 15.6.2019,  
10.30 – 17 Uhr  
Hamburg/Alster (Treffpunkt  
Nähe U-Bahn Ohlstedt  
Leitung: Julia Biermann,  
Jürgen Frehse  
Kostenanteil: 10 € incl.  
Verpfl. (kostenlos für  
Neumitglieder)*

## Tolpuddle: Gewerkschaftsfestival in England

Das Tolpuddle Martyrs Festival ist ein gesellschaftliches Ereignis in Südengland. Jahr für Jahr werden Menschen von diesem internationalen Camp angelockt, um an einem Wochenende Musik, Unterhaltung und Politik zu erleben. Es erinnert an die Märtyrer von Tolpuddle / Dorset, die bei der Entstehung von Gewerkschaften in Großbritannien eine wichtige Rolle gespielt haben. Die Unterkunft erfolgt in eigenen Zelten beim Festival. Wir treffen auch Kolleg\_innen der englischen Lehrer\_innengewerkschaften und organisieren bei Interesse einen Workshop. Wir unterstützen euch bei der Organisation der Anreise und organisieren den Transfer zum Festivalgelände.

*Do, 18.7.2019 - Mo, 22.7.2019  
Tolpuddle, Dorset, England  
[www.tolpuddlemartyrs.org.uk](http://www.tolpuddlemartyrs.org.uk)  
Leitung: Frank Hasenbein  
Kostenanteil: 20 € incl. Eintritt/  
Unterk. (erm. 10 €) für  
GEW-Mitgl. (Anreise u.  
Verpfl. müssen selbst  
getragen werden)*

### Anmeldung

Über die GEW-Website: [www.gew-hamburg.de/seminare](http://www.gew-hamburg.de/seminare) Ermäßigung gibt es für Erzieher\_innen, Referendar\_innen, Studis, Erwerbslose. Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

# Bundesweites Treffen lesbischer Lehrerinnen

## Einladung

Zum 26. Mal treffen wir uns, lesbische und queere Pädagoginnen\*, zum Kennenlernen, Netzwerken und Austauschen. Es ist ein Treffen von Frauen\* für Frauen\* in all unserer Vielfalt vom 30.05.-02.06.2019 (Himmelfahrt) in der Akademie Waldschlösschen bei Göttingen.

Das Themenfeld Bildung bietet für uns alle viele Herausforderungen und Chancen – wir wollen uns gerade in einer Zeit von steigendem Rechtspopulismus und christlich-fundamentalistischen Kräften gegenseitig stärken und auch inhaltlich miteinander dazu ins Gespräch kommen. Es gibt neben inhaltlichen und künstlerischen Workshops natürlich auch Raum für Austausch und Entspannung.

Anmeldung unter: [www.waldschloesschen.org](http://www.waldschloesschen.org)

Für Fragen stehen wir als Organisatorinnen\* gern über unsere Kontaktadresse [BuLeLe@posteo.de](mailto:BuLeLe@posteo.de) zur Verfügung. Ihr findet uns auch auf facebook: <https://www.facebook.com/LesbischeLehrerinnen/>

Gefördert von der GEW und dem Bildungs- und Förderungswerk der GEW im DGB



### Vielfaltspolitische Forderungen

Die Arbeitsgruppe Queere Lehrer\*innen in der GEW Hamburg fordert angesichts der nahenden Bürgerschaftswahl 2020:

- Eine auskömmliche Finanzierung des ehrenamtlichen Peer-Aufklärungsprojekts Soorum im Magnus-Hirschfeld-Centrum. Das bedeutet für uns eine Aufstockung der hauptamtlichen Mitarbeiter\*innen auf eine volle Stelle sowie einen weiteren Ausbau der Förderungen für Aus- und Fortbildungen sowie Supervision und auskömmliche Mittel für Übungsleiterpauschalen für regelmäßige Teamer\*innen.
- Die gezielte Förderung der Vielfalt an Schulen durch Schaffung von Vielfaltsbeauftragten an den weiterführenden Schulen, sowie Berufsschulen. Das bedeutet für uns die Schaffung von Lehrer\*innenstellen in herausgehobener Besoldung (A13/A14-Beförderungsstellen) mit einer auskömmlichen Würdigung in Form von Arbeitszeit für Vielfaltsthemen.
- Die Möglichkeit im Schulverwaltungsprogramm DIVIS, transgeschlechtlichen Schüler\*innen einen vom Personenstand abweichenden Geschlechts- und Vornamenseintrag zuordnen zu können. Für Schüler\*innen in der Transition – vor der finalen gerichtlichen Personenstandsänderung nach dem TSG – ist dieses Vorgehen besonders wichtig, um Akzeptanz in ihrem gelebten Geschlecht zu erhalten. Dieser Eintrag hat Auswirkungen auf Klassenlisten, Zeugnisse, Urkunden, Schulbescheinigungen etc. und eine manuelle Änderung wird derzeit von der Rechtsabteilung unterbunden.
- Eine Bürgerschafts- oder Senatsdrucksache im Verordnungsrang, die eine Nutzung gendergerechter Sprache (durch Berücksichtigung des dritten Personenstandes „divers“ durch Gendersternchen oder –Gap) als eine Ausdrucksoption ausdrücklich erlaubt.
- Die Schaffung einer Ombudstelle, die auch für Fragen geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in der Behörde für Schule und Berufsbildung zuständig ist.

# Es geht aufwärts

Eine Politik der konsequenten Interessenvertretung und engagiertes bildungs- und gesellschaftspolitisches Auftreten zahlen sich aus

Die Mitgliederentwicklung in der GEW Hamburg ist nach zwei Jahren mit leichtem Rückgang im letzten Jahr wieder positiv: Wir wachsen wieder wie in den Jahren zuvor! Diese positive Entwicklung liegt einerseits an den Tarifaueinandersetzungen im öffentlichen Dienst 2018, andererseits an der guten Arbeit der GEW.

Im Folgenden wird auf die Mitgliederentwicklung der DGB-Gewerkschaften, der GEW bundesweit sowie der GEW Hamburg eingegangen und abschließend werden verschiedene Aktivitäten der GEW Hamburg vorgestellt, die das Ziel verfolgen, die GEW auch organisationalpolitisch weiterzuentwickeln.

## Mitgliederentwicklung...

### ...in den DGB-Gewerkschaften

Die Mitgliederentwicklung in den DGB-Gewerkschaften ist leider leicht negativ. Einerseits konnten die Gewerkschaft der Polizei (GdP) um erfreuliche 3,13 und die IG Metall um 0,35 Prozent zulegen, zugleich haben die IG BCE, ver.di, IG BAU, NGG und EVG einen Mitgliederrückgang zwischen 0,82 (IG BCE) bis 2,89 Prozent (IG BAU) zu verzeichnen. Die GEW konnte ihren Mitgliederbestand leicht erhöhen und gewann bundesweit 0,41 Prozent Mitglieder hinzu. Der DGB insgesamt hatte 2018 einen leichten Mitgliederrückgang von 0,34 Prozent und organisiert nun 5.974.950 Beschäftigte, Studierende, Rentner\_innen und Pensionär\_innen.

### ...in der GEW bundesweit

Von den aktuell bundesweit 279.389 GEW-Mitgliedern sind 71,7 Prozent weiblich und 28,3 Prozent männlich. Die größte Gruppe stellen – wenig überraschend – die Beschäftigten mit 74,3 Prozent (75,9 Prozent weiblich / 24,1 Prozent männlich), davon sind 46,7 Prozent Angestellte (77,1w/22,9m) und 53,3 Prozent Beamt\_innen (74,9w/25,1m). Zu den Senior\_innen zählen mittlerweile 19,3 Prozent der Mitglieder (75,9w/24,1m), 4,5 Prozent sind Studierende (61,6w/38,4m) und 2 Prozent arbeitslos (68,8w/31,2m). Der Organisationsbereich Schule ist mit 62,7 Prozent der am stärksten vertretene (73,2w/26,8m), gefolgt vom Bereich Jugendhilfe und Sozialarbeit mit 14,9 (85,0w/15,0m), Berufliche Bildung und Weiterbildung mit 9,4 (55,6w/44,4m, wobei hier die Beruflichen Schulen einsortiert sind) und Hochschule und Forschung mit 7 Prozent (48,6w/51,4m). 6 Prozent entfallen auf Sonstige bzw. sind nicht zuzuordnen. Im Vergleich mit dem Vorjahr gab es kaum Verschiebungen zwischen den Proporzten.

### ... in der GEW Hamburg

Die GEW Hamburg hat nach zwei Jahren des leichten Mitgliederrückgangs erfreulicherweise wieder Zugewinne zu verzeichnen und konnte ihre Mitgliederzahl von 10188 (2017) auf 10489 (2018) steigern. Das ist ein erfreulicher Zuwachs um 2,95 Prozent.

Von den aktuell 10489 GEW Hamburg-Mitgliedern sind 7178 weiblich und 3311 männlich.

Die größte Gruppe stellen die Beschäftigten mit 8062, davon sind 3294 Angestellte (2472 Personen weiblich, 822 Personen männlich) und 4768 Beamt\_innen (3377w/1391m). Der Organisationsbereich Schule ist mit 6257 Mitgliedern der am stärksten vertretene (4504w/1753m), gefolgt vom Bereich Kinder- und Jugendhilfe mit 1430 (1155w/275m), Erwachsenenbildung mit 275 (171w/104m) und Hochschule und Forschung mit 271 Mitgliedern (132w/139m). Zu den Senior\_innen zählen 1910 (1008w/902m), zu den Studierenden 303 (178w/125m) Mitglieder.

## Organisationsentwicklung der GEW Hamburg

Einerseits verzeichnet die GEW Hamburg seit Jahren (abgesehen von 2016 und 2017) einen Mitgliederanstieg, andererseits schlägt sich dies nicht in gesteigerten Aktivitäten und einer erhöhten Beteiligung innerhalb der GEW nieder. Zur Weiterentwicklung der GEW Hamburg hat der Landesvorstand bereits 2016 eine Kommission eingesetzt, die sich mit Fragen rund um das Thema, wie wir die Beteiligung der Mitglieder stärken können, befasst und verschiedene Vorschläge entwickelt hat, die seitdem weiter vorangetrieben werden. Dazu gehörte, neue Beteiligungsstrukturen für Vertrauensleute in der GEW zu schaffen, weitere Vertrauensleute-Informationen und Arbeitshilfen anzubieten sowie die "aufsuchende" Arbeit zu verstärken. Aktuell läuft ein Projekt zur Organisation im Weiter-

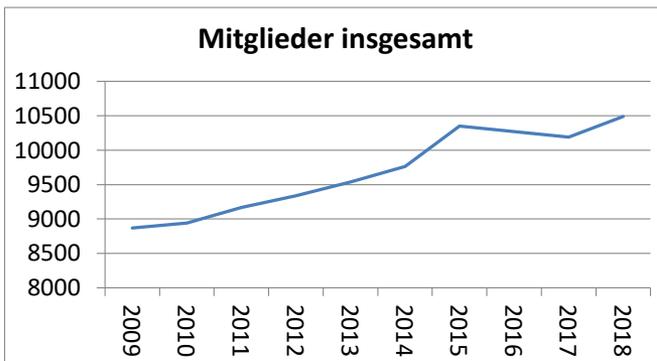
bildungsbereich, zudem wird die AG Weiterentwicklung in Zukunft enger mit der Gewerkschaftlichen Bildung verzahnt.

### Organisationsprojekt im Bereich Erwachsenenbildung

Wir haben seit vielen Jahren leicht sinkende Mitgliederzahlen in der Fachgruppe Erwachsenenbildung. Wir arbeiten in diesem Bereich in den letzten Jahren ab und zu kampagnenförmig, z.B. zum Thema Arbeitnehmerähnlichkeit bei der VHS und dies auch mit kleinen Erfolgen, aber ohne Kontinuität. Grund sind fehlende Arbeitskapazitäten in der Geschäftsstelle für die Fachgruppenarbeit. Die Ansprache der Mitglieder ist schwierig, da die Mitgliedschaft äußerst heterogen ist: ein paar Festangestellte, viele Freiberufler innen sowie Arbeitnehmerähnliche mit sehr unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten. Wir haben mit Detlev Zunker eine geeignete Person gefunden, die für einen Honorarauftrag die konkrete Organisationsarbeit übernimmt und mit der Geschäftsstelle zusammenarbeitet. Mittlerweile wurden die Beschäftigten zur gemeinsamen Fachgruppenarbeit eingeladen, um gemeinsame Themen, Interessen und Politikschritte herauszuarbeiten. Mit dem Projekt soll eine regelmäßige Fachgruppenarbeit, die es in Hamburg mindestens 15 Jahre nicht gegeben hat, wieder begonnen werden.

### Erweiterung des Referats F (gewerkschaftliche Bildungsarbeit) um die Bereiche Organisationsentwicklung und Mitgliederwerbung

Die GEW Hamburg arbeitet seit Jahren zu den Themen Organisationsentwicklung und Mitgliederwerbung, vorwiegend in Projekt- und Arbeitsgruppen. Viele Kolleg\_innen haben sich daran beteiligt, zuletzt in der vom Landesvorstand eingesetzten AG „Weiterentwicklung“



Mitgliederentwicklung GEW Hamburg 2009 bis 2018

(2016-2017), die unter anderem die Satzung entrümpelt und die Vertrauensleuteversammlung wieder eingeführt hat.

Es ist sinnvoll, an den Themenbereichen Organisationsentwicklung und Mitgliederwerbung nicht nur projektförmig, sondern kontinuierlich zu arbeiten. Daher planen wir, das Referat F (gewerkschaftliche Bildungsarbeit) neu aufzustellen und um die Bereiche Organisationsentwicklung und Mitgliederwerbung zu erweitern und – u.a. aus den bisherigen Projektgruppen – neue Interessierte für diese Arbeit zu gewinnen.

Das Referat F hat ohnehin dadurch, dass es eher gewerkschaftsstrategische Seminare (Vertrauensleuteseminare, Seminare für neue Aktive...) anbietet, Überschneidungen zu den Bereichen Organisationsentwicklung und Mitgliederwerbung. Auch in anderen GEW Landesverbänden werden diese Themen in einem gemeinsamen Referat bearbeitet.

Mittelfristig müsste sich der Auftrag eines so veränderten Referats auch in der Satzung wiederfinden. Zunächst planen wir, nach interessierten Mitgliedern für das „neue Referat“ zu suchen und in die Arbeit einzusteigen. Wenn das passiert, könnte zum Gewerkschaftstag 2020 ein satzungsändernder Antrag vorgelegt werden. Das entspricht auch dem Beschluss des GEW

Bundesgewerkschaftstages von 2017 „Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit der GEW“, in dem es heißt: „Gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist u.a. ein strategisches Instrument zur personellen und politischen Entwicklung auf allen Ebenen der GEW.“

Die Aufgabe der Mitgliederwerbung, -aktivierung, -bindung sowie die Weiterentwicklung der GEW als Organisation sind und bleiben Daueraufgaben der GEW auch in der Zukunft.

FREDRIK DEHNERDT,  
stellv. Vorsitzender GEW Hamburg

### Hinweis

In der letzten hlz 3-4/19 wurde ein Bericht über die Podiumsdiskussion der „68er“ – Veranstaltung „Was wir wollten, was draus wurde“ von F. Bernhardt veröffentlicht. Dabei ist es zu einer Verwechslung gekommen. Anstelle der Langfassung wurde die Kurzfassung abgedruckt. Die Langfassung ist im Online-Magazin „<https://www.magazin-auswege.de>“ unter dem Link: <https://www.magazin-auswege.de/2019/05/gew-veranstaltung-68er/nachzulesen>.



UNIVERSITÄT

# Kolossal kolonial

Interview anlässlich des 100jährigen Bestehens der Universität mit Professor Jürgen Zimmerer, Leiter der Forschungsstelle „Hamburgs (post-)koloniales Erbe/Hamburg und die (frühe) Globalisierung“

**hlz:** 1969 gab der AStA zum 50-jährigen Jubiläum der Universität ein Buch mit dem Titel „Das permanente Kolonialinstitut“ heraus. Welche Beweggründe führten Ihrer Meinung nach zur Gründung der Universität?

**Jürgen Zimmerer:** Das ist eine komplexe Frage. Das Hamburger Bildungsbürgertum wollte eigentlich schon im 19. Jahrhundert eine Universität errichten, konnte das aber politisch nicht durchsetzen, weil die Kaufmannschaft dagegen war. Stattdessen gründete man 1908

das Kolonialinstitut, was deutlich mehr auf praktische Erfordernisse ausgerichtet war. Das war ein für alle Seiten gangbarer Kompromiss.

**hlz:** War dies baulich denn das, was wir heute als Uni-Hauptgebäude ansehen?

**Jürgen Zimmerer:** Ja, das heutige Hauptgebäude der Universität war das 1911 eröffnete Gebäude des Kolonialinstituts.

**hlz:** Und wer hat das finanziert?

**Jürgen Zimmerer:** Hier wird es wirklich interessant. Vorangegangen war dem Kolonialinstitut die Gründung einer ‚Wissenschaftlichen Stiftung‘. Diese gibt es bis heute. Sie finanzierte einen Teil des Kolonialinstituts, aber auch Professuren im Allgemeinen Vorlesungswesen, die in die dann 1919 gegründete Universität übergingen.

Mehr als die Hälfte des Geldes kam von Alfred Beit. Er stammte aus einer Hamburger Bankiersfamilie. Der 1853 geborene Beit ging schon in jungen Jahren nach Antwerpen, später nach Südafri-



Foto: Jürgen Zimmerer

ka und machte sehr erfolgreich in Diamanten und Gold. Er wurde so etwas wie die rechte Hand von Cecil Rhodes – dem Inbegriff eines Imperialisten, der u.a. die eigentlich treibende Kraft hinter den Entwicklungen in Südafrika war, die 1899/1900 zum südafrikanischen Krieg, zum so genannten Burenkrieg führten. Und nicht nur dies: Beit war auch einer der Finanziers jener Privatarmee, mit deren Hilfe es Rhodes gelang, das Territorium nördlich des Limpopo zu erobern, das man ihm zu Ehren dann Rhodesien nannte, das heu-

tige Simbabwe und Sambia.

Werner von Melle, damaliger Präses der Oberschulbehörde und später zeitweilig Bürgermeister der Stadt, ein Schulfreund Beits und engagierter Streiter für die Schaffung einer Universität in Hamburg, schreibt

in seinen Erinnerungen, dass zunächst niemand richtig bereit gewesen sei, größere Summen zu stiften. Erst als Beit als einer der wohlhabendsten Männer seiner Zeit einzahlte – man würde ihn heute wahrscheinlich als Oligarchen bezeichnen –, änderte sich

---

Foto: **Wissmann am Boden** – hier bei einer Ausstellung im Deutschen Historischen Museum in Berlin: Hermann von Wissmann, Kolonialgouverneur in Ostafrika, kann als Symbol für die Verbrechen des deutschen Kolonialismus gelten. Gestürzt durch studentische Aktionen 1967 und 1968\* wurde das Denkmal seitdem im Keller der Sternwarte Bergedorf gelagert und mehrmals öffentlich gezeigt. Bei einer Ausstellung an den Landungsbrücken wurde das Denkmal mit Farbe versehen (siehe [www.afrika-hamburg.de](http://www.afrika-hamburg.de)). \*siehe der Film "Landfriedensbruch - Protokoll einer Denkmalsentweihung" bei youtube

das. Von Melle wollte eigentlich zehn Millionen von ihm haben. Die hat er nicht bekommen, sondern nur zwei. Das war immer noch eine riesige Summe, die auch dazu führte, dass nun auch andere seinem Beispiel folgten.

Dieses Stiftungsvermögen ist dann letztlich auch mit der

*gerät, das über den Hamburger Hafen dahin transportiert wurde, war bekanntlich ein einträgliches Geschäft. Die Familie Woermann hatte ja das Monopol darauf. Inwieweit haben diese Profiteure neben Alfred Beit eine Rolle gespielt?*

**Jürgen Zimmerer:** Woermann war auch einer der Stifter. Aber nicht nur von Beit und Woermann kam Geld aus kolonialen Unternehmungen, und es profitierte auch nicht nur die Wissenschaftliche Stiftung. Auch die Lipperts gaben Geld, sie stifteten zum Beispiel für die Sternwarte in Bergedorf, sie gaben auch für die Kunsthalle Geld. Die Lipperts waren ebenfalls im Gold- und Diamantengeschäft tätig, allerdings als Konkurrenten und Gegner von Beit, etwa als Unterstützer der ‚burischen‘ Seite.

*hlz: Inwieweit ist dies ein Forschungsgegenstand von Ihnen?*

**Jürgen Zimmerer:** Wir stehen erst am Anfang, diesen Geldströmen zu folgen. Edmund Siemers, wie Sie wissen auch ein Gönner des Kolonialinstituts und damit der Universität, ist mit Salpeter aus dem Lateinamerika-Handel reich geworden. Gehört das zum kolonialen Erbe? Da gibt es Fragen über Fragen.

*hlz: Der Name „Kolonialinstitut“ sagt es ja schon: Was man dort forschte und lehrte, sollte dem Kolonialismus dienen, im südlichen Afrika und anderswo. Wie beurteilen Sie denn das Erbe des Kolonialismus im Anschluss an diese Gründerjahre, also in der Weimarer Republik und später?*

**Jürgen Zimmerer:** Das Kolonialinstitut wurde ja im Grunde personell 1:1 in die Universität überführt. Die Professuren und damit auch die Arbeitsschwerpunkte blieben erhalten. Im Dritten Reich erlebt die Idee

des Kolonialinstituts dann eine Wiederauferstehung. Damit verbunden ist der Name des Historikers Adolf Rein, ein überzeugter Nationalsozialist, der als Rektor ein ‚Zweites Kolonialinstitut‘ gründet, als internen Verbund aller an kolonialen Themen Arbeitenden.

Rein ist es auch, der schon gleich zu Beginn der nationalsozialistischen Ära die jüdischen Lehrstuhlinhaber herausdrängt. So lässt er den berühmten Lehrstuhl des Philosophen Ernst Cassirer in einen ‚Lehrstuhl für Rassenbiologie‘ umwidmen. Gerade dies hat ja außerordentliche Symbolkraft.



**...und Oligarch Alfred Beit kam dem Wunsch seines Schulfreundes von Melle nach.**

*hlz: Kann man hierzu eine Verbindung zu diesem bis heute vorherrschenden Narrativ, die Deutschen seien die guten Kolonisatoren gewesen, herstellen?*

**Jürgen Zimmerer:** Das ist schon früher angelegt. Die Deutschen sehen sich selbst schon während der ersten Kolonialphase als bessere Kolonisatoren als der Rest der Welt. Sie wollen der Welt beweisen, dass sie die besten Kolonisatoren sind. Das führt, so meine These – ich bin ja eigentlich ein Spezialist für Namibia und für Deutsch-Südwestafrika –, geradezu zu diesen

Foto: Wikipedia



**Werner von Melle – bohrte seinen Schulfreund Alfred Beit wegen einer Spende zwecks Gründung einer Lehr- und Forschungseinrichtung an...**

Universitätsgründung eng verbunden. Es ist also massiv koloniales Geld hierzu eingebracht worden.

Dieselbe Stiftung finanzierte dann auch 1907 die große Südsee-Expedition, die im Grunde einen wichtigen Grundstock für die ethnologischen Sammlungen des Völkerkundemuseums legte, heute Museum am Rothenbaum, MARKK, das übrigens auch zu den Nutznießern von Beits Stiftertätigkeit gehörte und das heute in der Debatte im Zusammenhang mit den Problemen kolonialer Raubkunst in der Diskussion steht.

*hlz: Es gab Profiteure, insbesondere durch den Krieg, den die Deutschen gegen die Herero und Nama im damaligen Deutsch-Südwest, also dem heutigen Namibia, geführt haben. Die Truppentransporte, das Militär-*

Foto: Wikipedia

enormen Zerstörungen, die der deutsche Kolonialismus in sehr kurzer Zeit hinterlassen hat. (s. *Kasten; die Red.*)

„Wir kolonisieren besser als die anderen Kolonialmächte“ bedeutet nämlich in erster Linie, wirtschaftlich effizienter zu kolonisieren. Und das wird gemacht, indem einfach keine Rücksicht genommen wird auf irgendwelche lokalen, traditionellen Strukturen. Stattdessen plant man, das ganze Land neu zu gestalten, von Grund auf. Das ist auch eine wichtige Parallele zum Zweiten Weltkrieg, insbesondere zum Eroberungs- und Vernichtungskrieg im Osten. In gewisser Weise steht letzterer in der Tradition deutschen kolonialen Bestrebens, der geografische Ort hat sich allerdings geändert. Also, das ist das Erste.

Dann passiert es aber im Frieden von Versailles, also genau vor 100 Jahren, dass Deutschland seine Kolonien abgeben muss wegen – so die Argumentation der Sieger – erwiesener Kolonialunfähigkeit. Das heißt, die Kolonisatoren, die besonders stolz waren und der Welt beweisen wollten, dass sie besonders gute Kolonisatoren sind, müssen unterschreiben, dass sie eigentlich unfähig zur Ausübung von Kolonialherrschaft sind. Und da-



Foto: h/z

**Es ist massiv koloniales Geld in die Universitätsgründung eingebracht worden (Jürgen Zimmerer)**

gegen wehrt sich ein breiter Teil der deutschen Gesellschaft.

Vielleicht kann man es als Trotzreaktion auf die als ungerecht empfundenen Regelungen des Versailler Vertrages werten. Auf jeden Fall lässt sich damit an das ursprünglich geschaffene Bild anknüpfen: *Wir* waren die besseren Kolonisatoren! In diesem Zusammenhang sind auch die Askari zu nennen. Die Askari waren im Grunde afrikanische Söldner, vor allem in Deutsch-

Ostafrika, die dann auch im Ersten Weltkrieg auf deutscher Seite kämpften. Das nutzte man als Argument gegen die Kolonialkritik des Vertrages von Versailles. Das Argument lautet: Die hätten ja nicht für uns gekämpft, wenn wir so schlimme Kolonisatoren gewesen wären.

Als Andenken an diese vordergründig gute Kooperation mit Afrikanern wurde dann etwa im Zuge der militärischen Wiederaufrüstung durch das Nazi-Regime hier in Hamburg die Lettow-Vorbeck-Kaserne in Wandsbek errichtet, an deren Eingangstor die so genannten ‚Askari-Reliefs‘ standen. (*Heute stehen sie nicht öffentlich zugänglich auf einem Gelände der Stadt am Rande der nicht mehr existierenden Kaserne; Anm. der Red.*)

Über dieses Verbrecherische und extrem Gewalttätige des deutschen Kolonialismus hat man lange Zeit einfach nicht mehr gesprochen. Interessanterweise war dies zur Zeit der Geschehnisse ganz anders. Man sprach ganz offen darüber, weil man ja davon überzeugt war, dass es sich um ein legitimes

**Jürgen Zimmerer** ist Professor für Globalgeschichte (Schwerpunkt Afrika) an der Universität Hamburg und seit 2014 Leiter der Forschungsstelle „Hamburgs (post-)koloniales Erbe/Hamburg und die frühe Globalisierung“.

Von 2005 bis 2017 amtierte er als Gründungspräsident des Weltverbandes der Genozidforschenden „International Network of Genocide Scholars (INoGS)“. Von 2005 bis 2011 war er Herausgeber des „Journal of Genocide Research“.

Zu seinen wichtigsten Publikationen gehören: *„Deutsche Herrschaft über Afrikaner. Staatlicher Machtanspruch und Wirklichkeit im kolonialen Namibia“*, Münster 32004 (2001); *„Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg in Namibia (1904-1908) und die Folgen“* (Hrsg.), Berlin 2016 (2003); *„Von Windhuk nach Auschwitz? Beiträge zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust“*, Münster 2011 und *„Kein Platz an der Sonne. Erinnerungsorte der deutschen Kolonialgeschichte“* (Hrsg.), Frankfurt/M. 2013



Foto: Staatsarchiv

**1922 – Einweihung des Wissmann-Denkmal vor der Uni Hamburg: Zur Ehrung des deutschen Kolonialhelden Hermann von Wissmann stand die Statue zuvor seit 1909 in Daressalam (damals Deutsch-Ostafrika)**

Vorgehen gegen Aufständische handelte.

**hlz:** *Ein Askari ist ja auch Bestandteil des Wissmann-Denkmal, das früher auf dem Universitätsgelände stand. In den 1960er Jahren wurde hierzu erstmals von studentischer Seite Kritik laut, was dazu führte, dass 1968 dieses Wissmann-Denkmal gestürzt wurde.*

**Jürgen Zimmerer:** Drei Mal.

**hlz:** *Ja, im dritten Versuch ist es dann gelungen, dass das Denkmal nicht wieder aufgestellt wurde. Waren diese Denkmalsturzaktionen Ihrer Meinung nach gerechtfertigt?*

**Jürgen Zimmerer:** Das Interessante ist, dass sich die Studentenschaft erstmals dagegen wendet und sagt: Wir müssen diese Geschichte aufarbeiten und wir

müssen den Imperialismus kritisch hinterfragen.

Ob ein Denkmalsturz gerechtfertigt ist, das ist eine schwierige Frage. Man muss vorsichtig sein, damit das Verschwinden eines problematischen Objekts oder Denkmals nicht auch die kritische Erinnerung daran zum Verschwinden bringt.

Die weit wichtigere Frage ist, wie man eine Universität oder eine Stadt oder ein Museum dekolonisiert. Das erschöpft sich ja nicht in der Umbenennung des Völkerkundemuseums, jetzt: *Museum am Rothenbaum – Kulturen und Künste der Welt (MARKK)* oder im Entfernen eines Denkmals. Es gab jetzt im Zusammenhang mit dem Uni-Jubiläum sogar die Idee, dieses Denkmal in gewisser Form wieder öffentlich zu machen - als Zeichen, dass es auch ein Teil der Geschichte der Universität Hamburg ist.

Dies betrifft im Übrigen viele Disziplinen hier an der Uni und Forschungseinrichtungen in der Stadt – vom Institut für Tropenmedizin bis zum UKE. Da sind wir jetzt mit dem Kollegen Osten vom UKE dran, seit sie im Lager vor zwei Jahren Human Remains aus kolonialen Kontexten gefunden haben. All das muss mit aufgearbeitet werden.

**hlz:** *Wurden denn durch die damaligen Auseinandersetzungen auch Impulse gesetzt, die die Gründung Ihrer Forschungsstelle begünstigten?*

**Jürgen Zimmerer:** Seit der Jahrtausendwende gibt es eigentlich eine immer stärker werdende öffentliche Diskussion in Hamburg um die Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe, weit über die Geschichte der Universität hinaus, vor allem ökonomisch, in Bezug auf den

Hafen, die Handelskammer.

Von der Handelskammer geht 1883 das Schreiben an Bismarck, staatliche Legitimation für das zu erwirken, was dann zur Gründung deutscher Kolonien führt. Obwohl Bismarck bekanntermaßen ein Gegner von Kolonien war, gibt er aus innenpolitischen Gründen nach. Hierbei spielt Hamburg eine gewisse Rolle: es löst die Initialzündung des deutschen Kolonialismus mit aus.

Eine öffentliche Debatte über das Thema insgesamt begann dann über die ‚Askari-Reliefs‘, die man eigentlich in einem ‚Tansania-Park‘ aufstellen wollte. Auch als in Wandsbek ein Schimmelmann-Denkmal aufgestellt wurde, gab es dagegen Widerstand, weil man darauf hinwies, dass Schimmelmann nicht nur Wohltäter von Wandsbek gewesen sei, sondern eben auch ein Sklavenbesitzer in der dänischen Karibik, einer der größten seiner Zeit. Für diese zivilgesellschaftlichen Fragestellungen suchte die Politik – so ist meine Lesart – Antworten und beschloss 2014 eine Senatsdrucksache zu erlassen, in der gesagt wird: Hamburg muss sein koloniales Erbe aufarbeiten und ein gesamtstädtisches Erinnerungskonzept entwickeln. Begleitend wurde dann eine Forschungsstelle eingerichtet, die die Aufgabe hat, die Faktenbasis zu erarbeiten. Deren Leitung wurde mir übertragen.

**hlz:** Und wer finanziert das jetzt?

**Jürgen Zimmerer:** Es gab von der Stadt eine Förderung in Form einer Ansubfinanzierung und letztes Jahr wurde die Forschungsstelle für fünf Jahre verlängert. Eine Vielzahl der Projekte ist jedoch auch ganz klassische Drittmittelfinanzierung, die wir bei Stiftungen wie der Gerda-Henkel-Stiftung oder der Zeit-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius eingeworben haben.

**hlz:** Wenn ich Sie richtig verstehe, kam der Hauptimpuls, der zur Gründung der Forschungsstelle führte, also nicht aus der Universität selbst, sondern durch die öffentliche Diskussion. Deshalb will ich noch einmal an eine studentische Aktion von 1977 erinnern. Da wurde die Büste vom Uni-Mitbegründer Werner von Melle abtransportiert und später in kleine Stücke zerteilt. Die wurden verkauft und der Erlös sollte dem anticolonialen Befreiungskampf in Simbabwe zugutekommen. Ich erinnere, dass die Universität das in offiziellen Veröffentlichungen nicht zum Anlass genommen hat, um sich mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen. Stattdessen wurde diese Aktion ausschließlich verurteilt.

**Jürgen Zimmerer:** Das kann man so sehen und sicherlich wäre es gut gewesen, wenn man dies schon damals als Impuls begriffen hätte, sich mit der kolonialen Geschichte der Universität auseinanderzusetzen. Aber ich zögere aus meinem Verständnis der Universität als Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden heraus zu sagen: Nur, wenn das Präsidium oder die Verwaltung der Universität etwas entscheiden, ist es das, was Sie jetzt mit



Eine Kopie der 1977 von Student\_innen zerstückelten Büste von Melles darf schon seit 1978 wieder im Foyer des Uni-Hauptgebäudes an das glänzende koloniale Geschäft erinnern

Universität meinen. Ich würde schon den Anspruch erheben, dass nicht nur die Kritik an diesem Denkmalsturz zum universitären Erbe gehört, sondern der Denkmalsturz selbst ebenfalls eine Aktion der Universität oder eines Teils der Universität war, nämlich der Studierenden.

**hlz:** Zu Ihren Zielen gehört nach der Beschreibung auf Ihrer Homepage auch, die Klärung der Voraussetzungen für die



Ich würde schon den Anspruch erheben, dass nicht nur die Kritik an diesem Denkmalsturz zum universitären Erbe gehört, sondern der Denkmalsturz selbst ebenfalls eine Aktion der Universität oder eines Teils der Universität war, nämlich der Studierenden

Rückgabe der geraubten Kolonialgüter.

**Jürgen Zimmerer:** Sie müssen aber unterscheiden, was ich als Wissenschaftler oder als politischer Mensch sage und was ein Ziel der Forschungsstelle ist. Ich würde nicht sagen: ein Ziel der Forschungsstelle ist die Rückgabe von Objekten. Ein Ziel einer Forschungseinrichtung ist im Grunde, die wissenschaftliche Grundlage zu schaffen, auf der in einem politischen Prozess Entscheidungen getroffen werden können, wie man in einem großangelegten Projekt, wie beispielsweise dem über die Benin-Bronzen (siehe Titelbild dieser *hlz*; die *Red.*), damit umgeht nachzuweisen – und das machen wir jetzt –, wie diese über den Hamburger Hafen und über führende Hamburger Museumsleute

1898 eigentlich verteilt wurden, obwohl alle wussten, dass es im Grunde Raubobjekte waren. Wenn es zweifelsfrei nachgewiesen und nachgezeichnet wurde, dann kann die Politik sich ja dazu positionieren und möglicherweise sagen: Wir geben zurück, was zweifelsfrei gestohlen ist.

*hlz:* Wobei Sie sich an dieser Stelle mit dem Humboldt-Forum gerade reiben...

**Jürgen Zimmerer:** Deutschland hat ja durch das Herumgeiere um das Humboldt-Forum hier die innovative, die avantgardistische Position verloren. Man sagt: wir verleihen geraubte Objekte zurück – das geht natürlich gar nicht. Wenn ich Ihnen Ihr Auto klauge und Sie mich dabei ertappen, dann kann ich ja auch nicht sagen: ich leihe es



...und „Unsere Geldgeber“ fehlt eigentlich

Ihnen wieder zurück, sondern wenn etwas gestohlen ist, muss es zurückgegeben werden. Mein Vorschlag wäre zu sagen: ein Teil der Objekte bleibt in Europa als Leihgabe aus Afrika, und wir benennen das Humboldt-

## FILMTIPP

# "Unter Herrenmenschen"

Der deutsche Kolonialismus in Namibia

Die Geschichte des deutschen Kolonialismus in Namibia ist kurz, aber grausam. 30 Jahre lang herrschte Deutschland über die Völker Namibias, und noch heute leidet das Land unter dieser Vergangenheit. Als es 1904 zu einem Aufstand der Herero kam, erließ der deutsche General Lothar von Trotha den Befehl, alle Herero zu erschießen oder zu vertreiben.

Als bei der Berliner Afrikakonferenz 1884 die europäischen Kolonialmächte über Grenzen verhandelten, erhielt auch Deutschland seinen „Platz an der Sonne“. Doch die deutschen Siedler in Namibia gerieten bald in Konflikt mit den Einheimischen um Land. Die deutschen „Herrenmenschen“ kamen mit der Bibel, aber ihr Gebaren gegenüber den Völkern Namibias war alles andere als christlich. Betrügerische Vertragsabschlüsse, Gewalt und Missbrauch führten dazu, dass der Herero-Chief Samuel Maharero sagte, der Krieg könne nicht schlimmer sein als das, was die Herero und Nama unter den neuen Herren erleiden müssten.

Es kommt zum Aufstand, am 12. Januar 1904 fallen die ersten Schüsse. Büros der deutschen Verwaltung, Bahnhöfe und Geschäfte werden

überfallen und zerstört, weiße Farmer ermordet. Ihre Frauen und Kinder werden verschont.

Das Deutsche Reich reagiert mit größter Grausamkeit. Nach der berühmten Schlacht vom Waterberg 1904 werden die Aufständischen und ihre Familien in die Omaheke-Wüste getrieben, die einzigen Wasserstellen werden vergiftet oder von deutschen Soldaten abgeriegelt. 85.000 Menschen verdursteten und verhungerten qualvoll bei diesem ersten offiziell geplanten Völkermord der Geschichte.

Nach dem Aufstand regieren die Deutschen mit eiserner Faust. Ländereien werden enteignet, in Konzentrationslagern müssen willkürlich inhaftierte Einheimische unter Bedingungen schuften, die Tausenden das Leben kosten.

Die Wunden der Vergangenheit prägen das Land bis heute – und die betroffenen Volksgruppen Namibias kämpfen noch immer um die Aufarbeitung durch den deutschen Staat.

Zu sehen unter:

<https://www.arte.tv/de/videos/081667-000-A/unter-herrenmenschen/?xtor=EPR-18>

Forum um, zum Beispiel in Benin-Forum, um zu zeigen, dass die berühmtesten Kunstwerke aus Afrika, die Benin-Bronzen, eben geraubt wurden und jetzt aufgrund der Großzügigkeit von Benin und des Königshauses von Benin und der nigerianischen Gesellschaft und des nigerianischen Staates nun in Berlin gezeigt werden, statt dass wir uns groß in Pose setzen und großzügig einige Stücke, die wir wahrscheinlich selbst auswählen, dann nach Afrika zurückgeben.

*hlz: Sie sprechen von Beweisen, fordern aber, dass die Beweislast umgekehrt wird. Wie hoch sehen Sie die Chance, dass sich dies durchsetzen lässt?*

**Jürgen Zimmerer:** Es ist eine politische Entscheidung notwendig. Ich sehe nicht ein, warum der Bundestag oder die Bürgerschaft oder wer auch immer das nicht in die Wege leiten können sollte und festlegt: Okay, ihr, die ihr jetzt im Besitz der Objekte seid, müsst beweisen, dass es rechtmäßig war.

Sie haben es vorhin angesprochen im Zusammenhang mit dem Nebengebäude des Curiohauses (*Ro19; die Red.*): Wenn irgendein jüdischer Eigentümer 1936, 1937 oder 1938 etwas verkauft hat, wäre eigentlich der Käufer in der Pflicht nachzuweisen, dass alles korrekt gelaufen ist. Es besteht ja die berechtigte Grundannahme, dass die Eigentumsübertragung nicht fair und freiwillig zustande gekommen ist. Das heißt ja nicht, dass es vielleicht im Einzelfall so gewesen sein kann, aber im Gros der Fälle wohl nicht.

So ähnlich ist es eigentlich mit kolonialen Objekten in den Museen. Man kann mit hoher Wahrscheinlichkeit sagen: Bei den Objekten, die aus kolonialen Kontexten nach Europa gekommen sind, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie den Besitzer nicht fair und freiwillig



**Jubiläumfest – Einiges ausgeblendet bei der Traditionspflege**

gewechselt haben, was auch hier heißt, dass dies für ein einzelnes Objekt natürlich gelten kann. Im Fall der Benin-Bronzen, die die bedeutendste Gruppe von Raubobjekten ist, hatten wir hier vor kurzem einen Workshop mit Kolleg\_innen aus Nigeria, bei dem eine\_r der Kolleg\_innen sagte: Mit 95-prozentiger Sicherheit stammen alle Benin-Objekte in Europa aus der Plünderung von 1897. Das heißt, wenn es 4.000 Objekte insgesamt gibt, kann man es sich ja ausrechnen, wie viel nicht widerrechtlich ‚uns‘ gehören. Wenn man weiß, dass das Humboldt-Forum 550 und das MARKK 200 hat, wäre allein da klarer Handlungsbedarf.

*hlz: Sie hatten eben schon die Kolleg\_innen aus Nigeria erwähnt. Arbeiten Sie als Forschungsstelle mit diesen oder mit Einrichtungen aus ehemaligen Kolonien zusammen?*

**Jürgen Zimmerer:** Ja, eigentlich in all unseren Projekten, und zwar wo immer es möglich ist auch als ganz normaler Bestandteil der Forschungsteams. Das heißt, dass wir von Anfang an diese Teams so aufsetzen, dass immer auch Kolleg\_innen aus den ehemaligen Kolonien dabei sind, damit wir einfach schon

von Anfang an vermeiden, dass wir diesen eurozentrischen Blick perpetuieren und wieder nur über Afrika oder was auch immer forschen, statt mit den Kolleg\_innen dort. In den Projekten, die ich beantrage, ist das konstitutiv. Das gelingt nicht immer, aber in der Mehrheit der Fälle ist es so. Das verändert auch die gesamte Dynamik in so einer Forschungsstelle.

Nehmen Sie das Beispiel unseres Projektes mit namibischen Künstlerinnen. Wenn Vitjitua Ndjiharine, eine junge Herero, die mit uns an einem Projekt und einer Ausstellung zu kolonialen Photographien im MARKK arbeitete, sagt: „Ich sollte diese Fotos nie sehen. Ich wäre nämlich ein Opfer des Genozids gewesen und dass ich jetzt hier bin und in diesem kolonialen Gebäude bin, im kolonialen Archiv und diese Fotos anschau, ist im Grunde auch ein Sieg über diesen Genozid“, dann ist das ein sehr, sehr faszinierender Gedanke und Ansatz ...

*hlz: ... und zugleich berührend. Wir danken Ihnen für das Gespräch.*

Das Interview führten  
MANNI HEEDE und  
JOACHIM GEFFERS

# Hetzen als politisches Programm

Rechte Medien rüsten auf. Auch die Gewerkschaften und ihre Mitglieder sind Ziel des Angriffs. Beispielhaft stellen wir die Zeitungen bzw. Magazine „Junge Freiheit“, „eigentümlich frei“ und „compact“ vor

Die AfD übt starken politischen Druck auf die GEW und andere Gewerkschaften im DGB aus. Unterstützt wird sie dabei publizistisch von den Zeitschriften „Junge Freiheit“, „eigentümlich frei“ oder „compact“. Es gibt Mitglieder in unserer GEW, die schätzen diese Postillen – und zwar wegen der dort publizierten ‚unkonventionellen Positionen‘. „eigentümlich frei“ nennt sich „freisinnig“. Zum Markenkern wird das „sich bekennen“ zu rechtsnationalen Positionen und politisch brisanten Tabubrüchen. Nutzt das unseren gewerkschaftlichen Aktivitäten?

Immerhin sind hier Akteur\_innen wie Beatrix von Storch aus dem Bundesvorstand der AfD am Werk (anarchistische Rechtsschreibprüf-Programme zaubern schon mal ein „I“ zusätzlich in ihren Namen – verflixter Buchstabensalat!) oder Bruno Bandulet, ein alter Freund der Rassisten Südafrikas, die Nelson Mandela und den ANC mit Gefängnisstrafen und Terror bekämpften. Er arbeitet in der Redaktion von „eigentümlich frei“. Es gibt auch Figuren wie z.B. Prof. Dr. Erich Weede, der Mitglied im Redaktionsbeirat von „eigentümlich frei“ ist und gleichzeitig Autor der „Jungen Freiheit“.

„eigentümlich frei“ positioniert sich unverhohlen offen: „Wir sind auf dem besten Wege in den totalitären Sozialismus. Ein Symptom ist die politisch gewollte Massenzuwanderung aus Vorderasien und Afrika in

den Sozialstaat – der 'große Austausch'“. Die Redaktion dieser 'Zeitung' stehe auf der Seite der „libertären Gegenwehr“. Und ohne große Umschweife verortet sie ihre Gegner\_innen: „Es gibt aber auch Leute, die 'eigentümlich frei' nicht mögen: ... Gewerkschafter, Gesundheitsstalinisten, Ökofaschisten, Gender-Mainstreamer ... und Sozialdemokraten.“

## Gewerkschaften und „Junge Freiheit“

Die Suche nach Artikeln in der online-Ausgabe der „Jungen Freiheit“ mit Stichworten wie „Gewerkschaft“, „DGB“, „Tarifverhandlungen“, „Tarifvertrag“, „1. Mai“ ergab eine magere Ausbeute. Am 30.4.2018 titelte die Zeitung: „1. Mai: CDU-Demo gegen Linksextremismus muß ausfallen“. Im Jahr zuvor war die Schlagzeile: „1. Mai-Demo: Antisemitismusstreit in linksextremer Szene“, „Jutta Ditfurth verläßt Bündnis“. Die Zeitung berichtet über „Linksextremisten“, die in Räumlichkeiten des DGB für ihre Zwecke würben und die AfD bekämpfen wollten. Schon vor sechs Jahren „hatte der ehemalige Vorsitzende der GdP, Bernhard Witthaut den DGB aufgefordert, mehr Distanz zu Linksextremisten zu halten“. Die „Junge Freiheit“ zitierte am 21.10.2017 in einem Artikel ein Interview, dass Witthaut der Zeitung damals gegeben habe.

Die antigewerkschaftliche Haltung wird genüsslich zeleb-

riert. Gewerkschaftliche Anliegen, Forderungen, gesellschaftspolitische Aktivitäten werden ignoriert. Statt dessen werden Gewerkschaften als die wahren Arbeiterfeinde dargestellt: 'Natürlich' „verweigert verdi eigenen Mitarbeitern Tarifvertrag“ (1.9.2015). Wir haben diese Behauptung nicht nachgeprüft. Angenommen, die Behauptung stimmte. Gewerkschaftsmitglieder würden darauf bestehen, solche Verträge sofort zu verändern. Darum geht es der „Jungen Freiheit“ aber nicht. Bei der Berichterstattung über Gewerkschaften und Tarifverhandlungen geht es der Zeitung nicht um die Hebung des Lebensstandards, Inflationsausgleich, Abbau der Einkommensunterschiede bei den Beschäftigten: „Ob jedoch die pure Erhöhung der Nominallöhne den öffentlichen Dienst in Deutschland wirklich attraktiver machen wird, steht auf einem ganz anderen Blatt.“ (17.4.2018) So werden Zweifel an gewerkschaftlichen Strategien geschürt.

Die „Junge Freiheit“ hat angeblich den Königsweg zur Hebung des Lebensstandards gefunden: „Lebensqualität steigt nicht automatisch mit steigenden Einnahmen. Sie steigt nur dann wirklich effektiv, wenn Preise deutlich sinken. Doch der einzige Weg zu sinkenden Preisen besteht wiederum in einer Steigerung der Produktion pro Mitarbeiter. Eine solche steigende Produktivität führt dazu, daß das Angebot an Gütern und Dienst-

leistungen im Verhältnis zum Angebot an Arbeitskräften, die sie produzieren, steigt. Auf diese Weise werden die Preise im Verhältnis zu den Löhnen gesenkt und damit die Reallöhne und der allgemeine Lebensstandard erhöht.“ Wer Lohnerhöhung fordert, solle erst einmal produktiver werden. Schlussfolgerung: „Tatsächlich laufen ... die Bemühungen der Gewerkschaften, Geldlöhne anzuheben, gegen ihr eigenes Ziel, die Reallöhne und damit den Lebensstandard der Angestellten anzuheben.“

Zu dem Artikel „Die Macht der Elite-Gewerkschaften“ von Andreas Harlaß (20.10.2014), der vor den „übermächtigen“ Gewerkschaften warnt, darf eine Person, die sich „Kersti Wolnow“ nennt, ihren Kommentar abgeben: „Die Lehrgewerkschaft hat für uns Lehrer in HH nichts, aber auch gar nichts getan. Im Gegenteil, sie kungelten mit Senat und Bürgerschaft gemeinsam und setzten das unmögliche Arbeitszeitmodell durch, ließen unterrichtsfremde Tätigkeiten zu, die eigentlich die Sekretärinnen und Putzleute zu erledigen hätten, so daß für Bildung und Pädagogik kaum noch Zeit verblieb, abgesehen von den linksversifften Schulbuchinhalten.“ Harlaß' Weltbild ist so einfach gestrickt wie das seiner Leserin. Er schreibt: „Die allmächtige Bergarbeitergewerkschaft und andere gaben der britischen Industrie in diesen Jahren und davor bereits den wirtschaftlichen Todesstoß.“

Die Leserbriefe, die die „Junge Freiheit“ abdruckt, spiegeln die Meinung der Redaktion – einer sorgfältig arbeitenden Redaktion wäre aufgefallen, dass die Arbeitszeitverordnung nicht Idee der GEW war! Die Redaktion holt zum Rundumschlag aus: „Steinzeitgewerkschaftler“, „Raubrittertum“, „das kommunistische DGB-Dach“, „Kleiner Tipp, wer sich seinen

Gewerkschaftsbeitrag spart, der hat für sich selbst die größte Lohnerhöhung heraus geholt.“ Der AfD-Stammtisch brüllt vor Vergnügen. Ein weiterer Leser darf verkünden: „Würden die großen Gewerkschaften wie Verdi & Co einfach ihren Aufgaben nachkommen, anstatt mit der Konzernspitze den nächst besten Puff zu besuchen um dort die nächste Lohnerhöhung auszuklüngeln ...“ Das erregt den Kleinbürger!



Diesen Sticker können Sie nicht entfernen lassen ...

### Gewerkschaften und „eigentümlich frei“

„Klare Worte“ sind in dieser Postille zu lesen: „De facto kommt der Gewerkschaft nämlich die Rolle eines Monopolisten zu, der über den Kartellpreis der Ware Arbeitszeit bestimmen kann, ohne sich mit irgendwelchen lästigen Konkurrenten konfrontiert zu sehen. ... Denn entweder es gilt der von der Gewerkschaft diktierte Preis der Arbeit oder gar keiner ... Das Diktat der Gewerkschaftsbunzen ... Die Gewerkschaft besitzt mithin die Macht, Menschen daran zu hindern, ihren Lebensunterhalt zu verdienen (solche nämlich, die bereit sind, zu niedrigeren Löhnen zu arbeiten). ... Gewerkschaften sind aus-

schließlich gut für ihre Funktionäre.“ (21.11.2018) Wer wollte bei diesen Tönen abstreiten, dass es sich bei diesem Presseorgan um ein Hetzblatt handelt?

### Gewerkschaften und „compact“

Im Dezember 2015 konnte man noch in dieser Zeitung über das Thema „Mindestlohn“ lesen: „Genau deshalb war und ist die Umsetzung des Mindestlohns weiterhin sehr wichtig...“ Spätestens mit der „compact-Oppositionskonferenz“ am 25.11.2017 in Leipzig änderte sich der politische Standpunkt dieses Presseorgans von Jürgen Elsässer, dem Herausgeber. Neben Podiumsgästen wie Björn Höcke, Martin Sellner und Jürgen Elsässer trat auch der Daimler-Betriebsrat Oliver Hilburger auf, der mit der Parole „Alle Räder stehen still, wenn der blaue Arm es will“ für seine Liste „Zentrum Automobile e.V./ Stuttgart“ warb (vgl. auch hlz 3-4/2018, S. 50). Seither schreibt „compact“ über eine „patriotische Offensive auf die Betriebe“ (März 2018). „Nach dem Vorbild von Hilburger und seiner Liste sollen [sic!] in möglichst vielen Betrieben oppositioneller Wind wehen.“ „compact“ zitiert einen Bericht von „einprozent.de“. Diese Internet-Organisation ist eine Hilfstruppe der rechten AfD-Freunde um Kubitschek/ Institut für Staatspolitik, die Hilburger und Co. tatkräftig unterstützen. Es gehe jetzt nicht mehr um Arbeitnehmer-Rechte, sondern um den Kampf gegen die DGB-Gewerkschaften wie zum Beispiel das „linke(n) Klassenkampfprogramm von ver.di“ (März 2017, wie ein Marc Dasen in dem Artikel „Die verdi-Stasi“ schreibt). Mit der Pose, etwas genüsslich offenlegen zu wollen, wird behauptet: „So geht es also zu, bei der allmächtigen IG Metall: Einer ihrer hochrangigen Betriebsräte wechselt die

Quelle: <https://twitter.com/AntifaAltonaOst>

Seiten“, „in den VW-Vorstand ...“ (Januar 2018). Es wird glatt unterstellt, die Gewerkschaft habe einen Betriebsrat zum Wechsel in einen Betriebsrat ermutigt. Ob oder aus welchem Grund der Betriebsrat überhaupt wechselte, ist an dieser Stelle von der hIz nicht recherchiert worden. Die Skandal-Konstruktion erfüllt für „compact“ allerdings einen Zweck, der sich in der rhetorischen Frage ausdrückt: „Kann aus dem patriotischen Widerstand gegen die Systemgewerkschaften eine Bewegung werden?“

Elsässer schrieb im Oktober 2017: „Warum sind dann Sozials und Gewerkschaften so krieche- risch islamophil?“ Er jammert: „... seitdem der Killervirus der 68er Ideologie die vaterländischen Traditionen der Linken vernichtet hat ...“ „Vor allem in der Automobilbranche gärt es, hier fährt das grünversifftes Establishment über die Diesel-Lüge

einen zusätzlichen Frontalangriff, eine Million Jobs sind bedroht.“

Und im September 2017 pöbelte er „gegen die grünversifftes IG Metall.“ Elsässer war früher



... und diesen Sticker auch nicht, Herr Wolf!

selber in einer Stuttgarter K-Gruppe tätig, deren Mitglieder sich am Anti-Atom-Kampf beteiligten. Er hat offenbar von Horst Mahler gelernt, dessen 'politische Karriere' ist wohl wegweisend.

## Fazit

Alle untersuchten Medien nutzen ihre Internet-Präsenz, um gewerkschaftliche Positionen zu bekämpfen. Die abgefragten Stichworte offenbarten Textstellen, die antik-gewerkschaftliche Forderungen und Aktivitäten widerspiegeln. Die „Junge Freiheit“ versucht, die Gewerkschaften zu schwächen, indem sie deren angebliche linksradikale Unterwanderung anklagt. Sie versteht sich hauptsächlich als Kampfmaschine für die AfD. „Eigentümlich frei“ und „compact“ sind hauptsächlich daran interessiert, antigewerkschaftliche Formationen zu unterstützen und deren Wirkungskreis zu vergrößern. Alle genannten Organisationen und Medien sind gewerkschaftsfeindlich, gewerkschaftsschädigend, spalterisch und setzen sich nicht für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein.

WOLFGANG SVENSSON  
hIz-Redaktion

## RECHSTRADIKALE

# Braun, das wie blau aussieht

## Die Junge Alternative als Verdachtsfall

Im Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) vom Januar 2019 werden die Junge Alternative (JA) und der sogenannte Flügel der Alternative für Deutschland (AfD) zum „Verdachtsfall“ erhoben. Es liegen – so das BfV – hinreichend gewichtige Anhaltspunkte dafür vor, dass es sich um extremistische Bestrebungen handelt. Die Einstufung als Verdachtsfall ermöglicht nach den Regelungen des Bundesverfassungsschutzgesetzes die Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mitteln wie V-Leuten etc.

Seit 2013 gibt es die JA. Nach eigenen Angaben hat sie knapp zweitausend Mitglieder bundesweit, wobei diese Zahl seit der Beobachtung durch den Verfassungsschutz stark sinkt. Laut Bundessatzung der AfD (§ 17) dient die JA „als Innovationsmotor der AfD und hat das Ziel, das Gedankengut der Partei in ihrem Wirkungskreis zu verbreiten sowie die besonderen Anliegen der Jugend innerhalb der AfD zu vertreten.“ Wenn die JA das gleiche Gedankengut wie die Mutterpartei darstellen soll, was heißt das dann umgekehrt für die

Gesamtorganisation? Sind die Vorstellungen der JA zum „Bevölkerungsaustausch“, zur Bevorzugung von „ethnisch deutschen“ Familien, zur „Festung Europa“, zu Massenabschiebungen, zur Verunglimpfung des Islam, zur Herabsetzung und Verhöhnung des deutschen Widerstands gegen das NS-Regime identisch mit denen der Mutterpartei oder werden sogar von dieser eingefordert?

Nach der offiziellen Einstufung des Verfassungsschutzes als „Verdachtsfall“ versucht der Hamburger Landesverband der AfD, sich von seiner regulären Jugendorganisation – ähnlich wie andere Landesverbände –

Hinweis: Die Farben des JA-Emblems entsprechen denen des AfD-Emblems – also: blau (mit rot)

förmlich zu distanzieren. Die bisherigen Landesvorsitzenden der JA Hamburg, Krzysztof Walczak und Marco Schulz, zugleich Funktionäre in der Hamburger AfD, sprechen sich gegen die Erkenntnisse aus dem Gutachten des BfV aus. Sie hätten doch immer einen „klugen und disziplinierten Kurs“ gefahren. Diese „Argumente, die der Verfassungsschutz gegen die JA ins Feld führt, (sind) absurd und unhaltbar.“ Sachlich können sie den BfV aber nicht widerlegen. Sie gehen bspw. nicht darauf ein, ob es eine inhaltliche Übereinstimmung oder eine Zusammenarbeit mit Rechtsextremen wie denjenigen der sogenannten Identitären Bewegung gibt. Obwohl angeblich in ihrem Landesverband alles in Ordnung ist, erklärten die Hamburger JA-Vorsitzenden Anfang Februar 2019 ihren Austritt aus der eigenen Organisation, deren Vorsitzende sie doch zuvor noch waren und deren Ziele sie vertreten haben. Sie hätten sich – so heißt es jetzt – mit ihren Vorstellungen in den eigenen Reihen nicht durchsetzen können. Dabei fällt erneut auf, dass sie sich nicht eindeutig von rechtsextremen Positionen und ihren Protagonisten abgrenzen. Damit liefern sie – ob sie das nun selber so sehen wollen oder nicht – zugleich ein weiteres Argument für die Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Walczak und Scholz handeln eher so, wie es der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD im Niedersächsischen Landtag, Klaus Wichmann, in einem Strategiepapier angesichts der Beobachtung der JA durch den niedersächsischen Verfassungsschutz vorgeschlagen hat. Dessen Papier soll AfD-Mitgliedern vermitteln, was und wie auf Grundlage der Verfassung erlaubt ist zu sagen, wie in sozialen Netzwerken zu kommunizieren ist bzw. nicht, damit der Verfassungsschutz die Partei nicht unter Beobachtung stellt. Der NDR hat diese Aus-

führungen veröffentlicht ([https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg\\_ostfriesland/Die-AfD-Strategie-gegen-den-Verfassungsschutz,afd1850.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/Die-AfD-Strategie-gegen-den-Verfassungsschutz,afd1850.html)). Für das in dieser Frage koordinierte Vorgehen mit der Mutterpartei, sich als angeblich verfassungskonform darzustellen, bedanken Walczak und Scholz sich besonders bei dem Landes- und dem Fraktionsvorsitzenden. „Danken möchte ich dem AfD-Landesvorsitzenden Dirk Nockemann und dem AfD-Fraktionsvorsitzenden Alexander Wolf. Beide haben den Hamburger JA-Landesvorstand unter großem persönlichem Einsatz bei dem Versuch unterstützt, einen sauberen Schnitt hinzubekommen.“ Dieser behauptete Schnitt sollte beim Landesparteitag der AfD im Bürgersaal Wandsbek am 24.3.19 umgesetzt werden, wenn schon nicht inhaltlich, dann zumindest satzungsrechtlich. Bereits beim Bundeskongress der JA in Magdeburg Mitte Februar stimmten die dortigen Delegierten für eine Satzungsänderung, um leichter missliebige Mitglieder ausschließen zu können. Inhaltlich veränderte sich nichts. Die ZEIT vom 19.2.2019: „Die Junge Alternative hat auf ihrem Bundeskongress ihr Programm in Teilen entschärft. Doch eine Analyse zeigt: Ihr Kern-Problem hat die AfD-Jugend nicht gelöst.“ Wie beim JA-Bundeskongress in Magdeburg wollte man es auch in Hamburg machen. Es wurde die Satzung so geändert, dass nunmehr der Landesvorstand die bestehende JA auflösen kann, obwohl Landeschef Nockemann zum wiederholten Male betonte, in Hamburg habe es keine rechtsextremistischen Tendenzen in der JA gegeben. Trotzdem wurde nun der AfD-Vorstand ermächtigt, über eine mögliche neue Jugendorganisation zu entscheiden. Ein durchsichtiges, taktisches Vorgehen. Die Hamburger AfD will sich gerade

nach dem Rücktritt ihres ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Jörn Kruse als „Rechtsstaatspartei“ darstellen, wobei offensichtlich die Betonung auf der ersten Silbe liegt. Kruse hatte seinen Austritt aus der AfD mit deren Rechtentwicklung begründet. „Wir teilen seine Aussagen über einen angeblichen ‚Rechtsruck‘ der AfD in keiner Weise. (...) Es gibt – entgegen anderslautender Presseberichte und offenkundig interessegeleiteten Behauptungen von Politikern der Altparteien – keinen ‚Schulterschluss mit Rechtsaußen‘,“ so lassen sich Nockemann und Wolf im NDR zitieren. In der Öffentlichkeit soll der Eindruck erweckt werden, man habe alles im Griff, man sage sich von Rechtsradikalen los. Nockemann auf dem Hamburger Parteitag: Dieses sei „kein Einknicken vor irgendjemanden, vor dem Verfassungsschutz oder unseren politischen Konkurrenten“.

Der JA laufen die Mitglieder weg, die als Angehörige des öffentlichen Dienstes Nachteile in ihrer persönlichen Karriere befürchten, so der Ex-Vorsitzende der JA Schulz: „Unsere Mitgliederstruktur in Hamburg war schon immer von Beamten, Soldaten und Angestellten geprägt, die aufgrund der bundesweiten Erhebung der Jungen Alternative zum Verdachtsfall um ihre berufliche Existenz fürchten.“

Mit zahlreichen Anfragen in der Hamburger Bürgerschaft versucht die AfD, vom Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit auch und gerade ihrer Jugendorganisation abzulenken, indem sie andere als mögliche Verfassungsfeinde darstellt wie bspw. den AStA der Uni Hamburg, die DGB-Jugend und die GEW als Organisatoren und Unterstützer des Kongresses „Emanzipatorische Perspektiven unter Druck von Rechts“ (12.-14. April 2019 an der Uni Hamburg). Aus der Kleinen Anfrage des Fraktionsvorsitzenden der AfD, Alexander

Wolf (Drucksache 21/16575 vom 19.3.19): „Die GEW unterstützt den Kongress nach Angaben des AStA ‚inhaltlich und finanziell‘ und sendet mit Fredrik Dehnert am 12. April einen hochrangigen Funktionär (stellvertretender Vorsitzender) zu dem Kongress. Ebenfalls bewirbt die GEW Hamburg die Veranstaltung auf ihrer Internetseite, in ihrem Newsletter und auf ihrer Facebook-Seite unter Verlinkung auf den Veranstaltungsflyer, auf dem das Logo der GEW direkt neben dem Logo der Interventionistischen Linken prangt. Betrachtet das Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg – auch unabhängig von diesem konkreten Vorgang um die GEW – eine solche organisatorische, personelle und ideologische Verflechtung als einen Anhaltspunkt für eine Bestrebung, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gemäß § 4 Hamburgisches Verfassungsschutzgesetzes (HmbVerfSchG) richtet?“ Der Kongress befasste sich vor allem mit der AfD in verschiedenen Politikfeldern.

Mit der Denunziationsplattform und Anfragen in der Bürgerschaft will die AfD ihre Kritiker mundtot machen. Der AfD-Landesvorsitzende Nockemann beschreibt die gewählte Taktik: „Ich kann dem Bundesamt für Verfassungsschutz nur Folgendes empfehlen: wenden Sie sich in Ihren Aktivitäten zukünftig von der AfD ab und wenden Sie sich vielmehr den Linksextremisten zu, den Dschihadisten, den Salafisten und denjenigen aus der SPD, die sich mit der sogenannten Antifa im Kampf gegen die AfD verbündet haben.“ Hintergrund seiner Aussage ist der Beschluss des Verwaltungsgerichtes Köln vom 26. Februar 2019, das dem Bundesamt für Verfassungsschutz untersagt, die Partei Alternative für Deutschland (AfD) als „Prüffall“ zu bezeichnen. Der Fraktionsvorsitzende der AfD,

Alexander Wolf, versucht, seinem Landesvorsitzenden zu assistieren: „Die Prangerwirkung des Verfassungsschutzes verurteilt vom Gericht! (...) Der Versuch der Altparteien, die AfD in eine Ecke zu stellen, ist gescheitert.“ Der Jurist Wolf hat die Pressemitteilung des Verwaltungsgerichtes Köln zum Az 13 L 202/19 offensichtlich nicht gelesen. „Gegenstand des Verfahrens war dabei allein die Frage, ob eine Rechtsgrundlage für das Vorgehen des Bundesamtes besteht; die inhaltliche Bewertung der Positionen der AfD war nicht verfahrensrelevant. (...) Maßgeblich für die Entscheidung der Kammer war insbesondere, dass das Bundesverfassungsschutzgesetz für die Mitteilung, eine Partei werde als „Prüffall“ bearbeitet, keine Rechtsgrundlage enthalte.“ Das Verwaltungsgericht Köln erwähnt in seiner Entscheidung die Einstufung der Jungen Alternative und der Teilorganisation „Der Flügel“ als sogenannte Verdachtsfälle. Hierzu äußern sich Nockemann und Wolf bewusst nicht. Sie betonten auf dem Landesparteitag, dass es in Hamburg keine rechts-extremistischen Bestrebungen in der JA gegeben hätte. Sie befürworteten einen Vorratsbeschluss zur möglichen Auflösung der JA. Sie versuchen permanent in der Öffentlichkeit - wie Eltern der Ida-Ehre-Schule nach dem Wirbel um Anti-AfD-Aufkleber in der Schule ihrer Kinder formulieren – „den politischen Diskurs gesamtgesellschaftlich zu verschieben und die eigenen Positionen zu normalisieren, das gesellschaftskritische Engagement an Schulen ... zu behindern ... sowie strukturiert Daten politischer Gegner innen zu sammeln, letztere einzuschüchtern...“ Wenn bei der Frage der Verfassungsfeindlichkeit über andere geredet wird, müssen – so das Kalkül - die Verantwortlichen der AfD in Hamburg, der Landesvorsitzende Nockemann

und der Fraktionsvorsitzende Wolf, keine Stellung zur Verfassungsfeindlichkeit der JA und anderer Gliederungen der Partei beziehen. Auch zum zweiten Verdachtsfall des Bundesamtes für den Verfassungsschutz, den „Flügel“, kommt kein Kommentar von Nockemann und Wolf, obwohl der „Flügel“ mit dem „Kyffhäuser-Manifest“ und der „Erfurter Resolution“ sich auch in Hamburg für eine Öffnung nach Rechtsaußen ausspricht. „Wir zeigen zu oft jenen vorseilenden Gehorsam, der die Verhältnisse, gegen die wir angetreten sind, nicht verändert, sondern zementiert.“ Der „Flügel“ versteht die AfD als „Bewegung unseres Volkes gegen Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit)“ und als „Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands.“ Der Hamburger „Flügel“ sieht sich als „eine Gruppe von besorgten Bürgern, denen die Missstände in der Politik immer bewusster werden und die etwas dagegen unternehmen wollen.“ Sie stellen sich bewusst gegen political correctness: „Die politische Korrektheit liegt wie Mehltau auf unserem Land. Die AfD ist der Garant für die freie Rede und die schonungslose, ehrliche Analyse der Lage.“ Der Hamburger Parteitag wählte just die führende Vertreterin des „Flügels“, Nicole Jordan, zur Spitzenkandidatin im Bezirk Hamburg-Mitte. Für sie – so der NDR am 24.3.19 – sei klar, dass die Migration die „Mutter aller Probleme“ sei und es keine Wohnungsknappheit gäbe, wenn alle abgelehnten Asylbewerber abgeschoben würden. Im Oktober letzten Jahres hatte besagte Nicole Jordan den damaligen Vorsitzenden der AfD in Sachsen-Anhalt und Gründer des „Flügels“, André Poggenburg, offiziell nach Hamburg eingeladen.

Die MOPO am 19.10.18: „Brauner als seine Krawatte ist nur seine Gesinnung.“ Poggenburg forderte auf dem Treffen, das in Jordans Haus in Wilhelmsburg stattfand, einen „Rechtsruck“ der Gesellschaft und kritisierte die Förderung linker Vereine und Projekte mit Steuermitteln. Fraktionschef Wolf erklärte im NDR zum Auftritt des Rechtsaußen Poggenburg windelweich: „Wenn Persönlichkeiten einen gewissen Namen haben, dann ist es durchaus sinnvoll im Sinne der Außenwirkung, die das Ganze möglicherweise für die Gesamtpartei hat, das auch mit

den Gremien wie Landesvorstand abzustimmen,“ was Nicole Jordan offensichtlich nicht getan hatte. Mit diesem Statement wollte Wolf in der Öffentlichkeit eine anscheinend kritische Haltung zum AfD-Hardliner Poggenburg vermitteln. Poggenburg ist nach rassistischen Äußerungen aus der AfD ausgetreten. Er gründete eine neue Partei, um weiter „Klartext“ reden zu können. Der „Flügel“, dessen Spitzenmann er lange war, arbeitet auch in Hamburg weiter. Nicole Jordan wird Aushängeschild der AfD in Hamburg-Mitte. Sie redet auch „Klartext“. Die von

Poggenburg eingeforderte Offensive gegen linke Vereine und Projekte übernimmt Alexander Wolf als Fraktionschef in der Hamburger Bürgerschaft selbst. Seine tatsächliche Einstellung und seine fehlende Abgrenzung zu Verfassungsfeinden in der eigenen Partei vernebelt er, wobei er provokativ ihm widersprechende Begriffe für sich zu vereinnahmen versucht – so zuletzt in der Aktuellen Stunde der Bürgerschaft am 27.3.2019 zum „Petz- und Denunziationsportal“: „Antifaschistisch sind wir alle.“ Nein. Er nicht.

STEFAN ROMEY

ANZEIGE

## Profitieren Sie von unserer Leistungsstärke

Debeka – Der Versicherer für Beamte und Angestellte im Öffentlichen Dienst

Debeka

Krankenversicherungsverein a. G.



[www.debeka.de/socialmedia](http://www.debeka.de/socialmedia)

Landesgeschäftsstelle Hamburg  
Holzdamm 42  
20099 Hamburg  
Telefon (0 40) 24 82 18 - 0

# Am Ball bleiben

Geflüchtete und Unterstützer\_innen brauchen mehr denn je unsere Hilfe – Interview mit Franz Forsmann vom Flüchtlingsrat e.V. Hamburg

*hlz: Das Beratungsstellen-Projekt des Flüchtlingsrats Hamburg hat sich mit der Bitte u.a. um finanzielle Unterstützung an die GEW gewandt. Hat sich eure finanzielle Situation verändert, so dass ihr auf unserer Hilfe hoffen müsst?*

**Franz:** Im Jahr 2015/2016, als die Grenzen der Bundesrepublik zumindest eine Zeitlang für Flüchtlinge geöffnet wurden, gab es eine sehr breite Solidarität in der Bevölkerung mit den Menschen, die zu uns kamen. Es gab zahlreiche Unterstützungs- und Hilfsangebote für die geflüchteten Menschen, aber es wurde auch schnell klar, dass viele Unterstützer\_innen gerade bei rechtlichen Fragen, die immer wieder von den Flüchtlingen gestellt wurden, überfordert waren und Hilfe brauchten. Der Flüchtlingsrat Hamburg e.V. hat

sich deshalb dazu entschlossen, Menschen, die in unabhängigen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen mit Flüchtlingen arbeiten, zum einen in ihrer konkreten Arbeit durch Rechtsanwält\_innen zu unterstützen und zum anderen, öffentliche Fortbildungen und Informationsveranstaltungen zu relevanten Themen der Flüchtlingspolitik anzubieten. Da das aus Eigenmitteln des Flüchtlingsrats Hamburg nicht zu finanzieren war, haben wir uns 2015 entschlossen, zur Finanzierung dieses Projektes, das wir kurz Beratungsstellenprojekt genannt haben, einen Antrag an „Aktion Mensch“ zu stellen. Dieser wurde aber, wie auch Anträge anderer Flüchtlingsräte zu verschiedenen weiteren Projekten, nach langem Hin und Her Anfang 2016 abgelehnt. Begründet wurde das formal damit, dass „Aktion Mensch“ nur

lokale Projekte fördern könne, Flüchtlingsräte aber landesweit arbeiten würden. Wir als Flüchtlingsrat Hamburg vermuten allerdings, dass die Ablehnung eher politisch motiviert war.

In dieser Situation haben wir uns dann an Pro Asyl e.V. und die UNO Flüchtlingshilfe gewandt, die sich bereit erklärt haben, für eine begrenzte Zeit von drei Jahren einen wesentlichen Teil der Projektmittel zu finanzieren. Als weitere Förderer für das Projekt konnten die Stiftung *do* Hamburg, die dm Drogeriemarktkette und 2017 das Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) gewonnen werden.

Im April 2019 ist nun die auf 3 Jahre begrenzte Förderung durch Pro Asyl und die UNO-Flüchtlingshilfe ausgelaufen. Das Projekt war in den vergangenen drei Jahren sehr erfolgreich und hat wesentlich zu einer Stabilisierung und Vernetzung der unabhängigen Unterstützungs- und Beratungsstrukturen beigetragen. Wir haben uns daher entschlossen, das Projekt über den ursprünglichen Projektzeitraum von 3 Jahren hinaus weiter fortzuführen. Das setzt aber voraus, dass andere Förderer, wie u.a. die GEW, bei der wir jetzt den Antrag auf finanzielle Unterstützung gestellt haben, gewonnen werden. Wichtig ist uns aber neben der finanziellen Unterstützung auch, dass das Projekt bekannt gemacht wird und wir so, wie das 2015/2016 der Fall war, mehr Menschen für die Unterstützung von Flüchtlingen gewinnen können.

*hlz: Ja, zum Beispiel waren*



**Wichtig ist uns aber neben der finanziellen Unterstützung auch, dass das Beratungsstellenprojekt bekannt gemacht wird und wir so mehr Menschen für die Unterstützung von Flüchtlingen gewinnen können. (Franz Forsmann)**



**Die Förderung durch Pro Asyl und die UNO-Flüchtlingshilfe läuft aus – wie wär's mit finanzieller Unterstützung durch die GEW?!**

*unter den Unterstützer\_innen damals viele Lehrerinnen und Pensionär\_innen...*

**Franz:**... und Ärzt\_innen, Jurist\_innen. Es wurde ja fast ein Aufnahmezentrum am Hamburger Hauptbahnhof gegründet, wo auch viele dabei waren, die sich zum ersten Mal in dieser Weise engagiert haben. Da gab es wirklich eine große Solidarität mit den Flüchtlingen und es herrschte das Gefühl, dass wir die Flüchtlinge willkommen heißen. Wir wollten sie hier haben, weil sie aus guten Gründen geflohen waren und wir wollten, dass sie hier eine Heimat finden. Es haben sich viele aktive Gruppen gegründet. Diese haben politische Arbeit geleistet, Deutschunterricht gegeben, Kaffeemittage veranstaltet und Cafés eröffnet. Das war wirklich ein richtiges Aufwachen von Menschenrechts- und Flüchtlingsaktivist\_innen, die sich einfach gefunden haben. Dann haben wir aber erlebt, dass parallel zu der Öffnung der Grenzen und der Aufnahme der Flüchtlinge eine rasante Verschärfung der Asylgesetzgebung eingesetzt hat. Zuerst wurde 2015 das Asylpaket 1, kurz danach das Asylpaket 2 verabschiedet.

**hlz:** Das war also gleichzeitig?

**Franz:** Das war fast gleichzeitig. Es fing bereits 2014 an, ging 2015/2016 weiter und setzt sich bis heute fort. Wir haben mit diesen Gesetzen eine erhebliche Verschärfung der Situation für Geflüchtete erleben müssen. Das begann bei den Herkunftsländern, als u.a. die Nachfolgeländer von Ex-Jugoslawien zu sicheren Herkunftsländern erklärt wurden.

**hlz:** Ich weiß noch aus meiner Arbeit mit Roma-Familien, die plötzlich aus "sicheren Herkunftsländern" kommen sollten, wie wichtig es ist, Hilfe, also juristische Hilfe zu bekommen. In der Ausländerbehörde – wenn ich mit den Familien nach langem Warten in eines der Büros gehen konnte – wurden ganz schnell irgendwelche Fragen gestellt, deren Beantwortung dann "Fakten" schuf.

**Franz:** Ganz genau. Es ging plötzlich nicht mehr nur darum: Wo kommt jemand her? Was hat sie bzw. er gemacht, was erlebt? Immer mehr Flüchtlinge waren und sind von den Gesetzesverschärfungen betroffen, gerade

auch Menschen, die schon lange hier sind, die plötzlich abgeschoben werden sollen, wie die Roma aus Ex-Jugoslawien. Uns und vielen anderen Unterstützer\_innen stellt sich bis heute die Frage: wie können wir damit umgehen? Bei Beratungen, bei politischen Aktionen und gerade auch bei Besuchen in Flüchtlingsunterkünften erleben wir, dass die Geflüchteten zu uns kommen und uns ihre Bescheide vorlegen. „Was machen wir denn dagegen?“ „Was können wir tun?“ Es bleibt manchmal nur eine Woche Zeit, um gegen einen Bescheid Widerspruch einzulegen oder Klage einzureichen. Die Klage hat aber bei Menschen aus „sicheren Herkunftsstaaten“ keine aufschiebende Wirkung, da die Anträge als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt werden.

**hlz:** Und dann war es ja auch so, dass Jurist\_innen sich erst einmal einarbeiten mussten in die Fragen. Es gab wenige Büros, die darauf spezialisiert waren und die waren dann überlaufen.

**Franz:** Ja und neben den „sicheren Herkunftsländern“ gibt es ja diese unsägliche Dublin-Verordnung, wonach Geflücht-

tete, die in die EU einreisen, in den Staaten ihr Asylverfahren durchführen müssen, in die sie eingereist sind. Sie haben aber zum Beispiel, wenn sie nach Griechenland oder nach Italien kommen, überhaupt keine Perspektive. Die Behandlung in den Ländern und die Versorgung ist so schlecht, dass sie dort eigentlich gar nicht leben können und sie dann weiterreisen und u.a. nach Deutschland kommen. Aufgrund dieser Dublin-Verordnung wird dann das Asylverfahren hier als „unbeachtlich“ abgelehnt. Das bedeutet, wir „befassen“ uns erst gar nicht damit. Es sind ja laut Dublin-Verordnung andere Länder zuständig. In denen haben die Flüchtlinge, wie schon gesagt, aber oftmals keine Perspektive oder sind von Abschiebung bedroht, wie Menschen aus Afghanistan u.a. in Norwegen, Schweden oder Dänemark.

**hlz:** *Deswegen sind die Lampedusa Flüchtlinge hierher gekommen.*

**Franz:** Genau und sie stellen sich seit Jahren einer Rückführung nach Italien entgegen, was viele Menschen in Hamburg unterstützt haben. Auch als die Geflüchteten 2015 und 2016 zu uns gekommen sind, gab es, wie ich schon sagte, eine breite Unterstützung aus der Bevölkerung, aber viele Menschen, die versucht haben zu helfen, waren nicht zuletzt aufgrund der ständigen Verschärfung der Asylpolitik in rechtlichen Fragen oftmals überfordert. Wir haben darüber mit Rechtsanwält\_innen gesprochen und die haben an uns herangetragen, dass wir da unbedingt aktiv werden müssen. Unterstützer\_innen sollten genau wissen, worum es geht und wie in entsprechenden Situationen reagiert

werden muss.

**hlz:** *Daraus ist dann dieses Beratungsprojekt entstanden?*

**Franz:** Ja, wir sind zu der Überzeugung gelangt, dass Menschen, die Flüchtlinge unterstützen, mehr Beratung von gut ausgebildeten Rechtsanwält\_innen und Fortbildungen benötigen. Die Idee ist 2015 geboren worden. Das war quasi der Ausgangspunkt für das Beratungsstellenprojekt. Direkt danach haben wir begonnen, Aktivist\_innen aus dem Café Exil, der Antira-Horst-AG, dem Willkommensbündnis Harburg (später Harburg Solidarisch) und der Refugee Law Clinic Hamburg anzusprechen und über unsere Idee zu informieren.

**hlz:** *Zuerst waren diese Gruppen da und dann habt ihr die Rechtsanwält\_innen dazu geholt?*

**Franz:** Ja, ganz genau. Wir haben gemeinsam beschlossen, dass bei den Beratungen im Café Exil und bei Harburg Solidarisch einmal wöchentlich ein\_e Rechtsanwält\_in anwesend sein soll und auch die Beratungen der Antira-Horst-AG im Lager Nostorf/Horst durch ein\_e Rechtsanwält\_in unterstützt werden sollen. Danach haben wir bei Rechtsanwält\_innen, die über fundierte Erfahrungen im Asyl- und Migrationsbereich verfügen, angefragt, ob sie bei dem Projekt mitarbeiten wollen.

**hlz:** *Das Lager Nostorf/Horst befindet sich außerhalb von Hamburg.*

**Franz:** Ja, das ist die Wohnaußenstelle der Zentralen Erstaufnahme (ZEA) Hamburg in Mecklenburg-Vorpommern. Das heißt, Geflüchtete, solange sie in der ZEA wohnen müssen, können auch nach Nostorf/Horst geschickt werden und sind da ohne



Die Fortbildungsangebote des Flüchtlingsrates sollten regelmäßig von und in der GEW veröffentlicht werden. (Ursula Sapel)

jede Rechtsberatung.

Wir sind schon seit 2006 vor Ort, haben die Unterstützung aber Jahre lang ohne Rechtsanwält\_innen durchgeführt. Nur in einigen speziellen Situationen waren Rechtsanwält\_innen dabei, dann aber auf ehrenamtlicher Basis. Die Beratungsfahrt nach Nostorf/Horst nimmt aufgrund der weiten Entfernung einen halben Tag in Anspruch, was regelmäßig von Rechtsanwält\_innen auf ehrenamtlicher Basis nicht geleistet werden kann. Nach der Genehmigung des Beratungsstellenprojektes haben wir die Beratungsinitiative 14-tägig eingerichtet und haben uns in der Folgezeit auch mit „Pro Bleiberecht“ in Mecklenburg-Vorpommern vernetzt.

**hlz:** *Neue Asylpakete wurden und werden von der Regierung seit 2015 in einem rasanten Tempo erlassen.*

**Franz:** Ja, es gab die Zeit, wo die Gruppen aufgrund der Verschärfungen in der Asylgesetzgebung und Behördenpraxis viele Mitglieder verloren haben, weil das Unvermögen, nicht antworten zu können, sich nicht auszukennen, immer größer geworden ist. Wir schaffen langsam, das wieder aufzufangen. Die Gruppen erhalten so eine gewisse Sicherheit und Leute trauen sich wieder, mit Geflüchteten zu arbeiten, auf ihre Fragen zu antworten. Aber es ist immer noch ein Prozess, der sehr schwierig ist.

**hlz:** *Welchen Nutzen können z.B. wir in der GEW von eurem Projekt haben?*

**Franz:** Wir bieten regelmäßige Fortbildungen zu den verschiedenen Themen an. Das geht von Basisschulungen zum Asylrecht über Schulungen zur Begleitung. Es geht u.a. um spezifische Frauenrechte, um „Dublin“, um Fluchtursachen in den

Herkunftsländern. Es geht um minderjährige Unbegleitete, um die Abschiebehaft. Es gibt die Fortbildung von Aktivist\_innen oder auch Unterstützer\_innen, ehrenamtlich arbeitenden Menschen. Das haben wir eigentlich in diesen drei Jahren regelmäßig gemacht, im Durchschnitt zwölf Fortbildungen im Jahr und vier Veranstaltungen.

**hlz:** *Ich denke, dass durch Ankündigungen in der HLZ, im GEW Newsletter und auf der GEW Homepage eure Fortbildungsangebote regelmäßig veröffentlicht werden sollten und ihr auch im Rahmen des GEW Bildungsprogramms für die Kolleg\_innen extra Fortbildungen anbieten könntet.*

**Franz:** Ja. Und ich finde es wichtig, dass Lehrer\_innen, die mit Geflüchteten arbeiten, auch Sozialarbeiter\_innen, wenigstens grundlegende Kenntnisse im Asylrecht und der Behördenpraxis haben, dass sie wissen, wie sie reagieren müssen, wenn z.B. eine Abschiebung ansteht. Dass sie auch ihre Schüler\_innen fragen müssen: Wie ist denn euer Stand? Was für einen Aufenthalt habt ihr? Wie sieht es bei euch aus?

Als Lehrer\_in oder Sozialarbeiter\_in muss ich wissen, unter welchen Umständen Geflüchtete leben müssen. Leben sie in einer Wohnung? Sind sie im Kreis von Bürger\_innen integriert oder leben sie abgeschottet in irgendeinem Lager, wo sie zum Beispiel gar keine Möglichkeiten haben, Deutsch zu lernen und zu praktizieren? Müssen sie unter Umständen leben, wo es laut ist, wo Kinder nicht lernen können und unausgeschlafen in die Schule kommen usw.. Ich glaube, es ist einfach wichtig, dass sich Lehrer\_innen und Sozialarbeiter\_innen mit dem Thema „Aufenthalt von Geflüchteten“ beschäftigen. Unter welchen Bedingungen leben sie? Was steht an? Wer hel-



fen will, muss wissen, wie sie oder er zu reagieren hat, auch in der GEW und bei Ver.di. Es ist einfach nicht mehr umkehrbar, dass wir Einwanderungsland sind.

**hlz:** *Kannst du etwas sagen über die Menschen, die in den Projekten arbeiten?*

**Franz:** Also, wir haben ja jetzt drei Jahre lang diese Vorfinanzierung von der UNO Flüchtlingshilfe und von Pro Asyl erhalten. Wir haben beschlossen, da wir in diesem Projekt wirklich gut zusammenarbeiten, weiterzumachen: z.B. mit New Hamburg, die in Wilhelmsburg eng mit Romani Kafava zusammenarbeiten, mit der Refugee Law Clinic Hamburg, die junge Jurastudent\_innen im Asylbereich ausbildet. Der Studiengang der Jurist\_innen sieht eigentlich keine Ausbildung im Asylrecht vor.

**hlz:** *Echt?*

**Franz:** Das gibt es nicht in diesem Studiengang. Deswegen

haben sich an vielen Universitäten Refugee Law Clinic(en) gegründet. Hier gibt es ein wirkliches Interesse der Student\_innen, weil das Ausländerrecht und das Flüchtlingsrecht immer wichtiger werden. Wenn der Gesetzgeber und das Bildungsministerium nicht reagieren, dann versuchen sie das auf andere Art und Weise. Sie haben dort eine richtige Ausbildung, haben Vorlesungen, Seminare und Supervisionen durch Anwäl\_t\_innen.

**hlz:** *Das ist die Bucerius Law School und die Uni?*

**Franz:** Das ist die Refugee Law Clinic an der Universität. Die Bucerius Law School macht etwas Ähnliches. Dort gibt es ein Projekt mit dem Namen we.inform, in dem Materialien zum Ausländer-Recht ausgearbeitet und in verschiedene Sprachen übersetzt werden. Die Student\_innen, die bei we.inform engagiert sind, bieten auch Informationsveranstaltungen für die Geflüchteten in den dezentralen Unterkünften an. Es gibt also Tendenzen an den Universitäten, das Thema wirklich in die Hand zu nehmen. Unsere Vernetzung im Beratungsstellenprojekt bedeutet: Wir können mit Anwäl\_t\_innen vor Ort sein und ihr könnt bei den Beratungen in diesen Strukturen gleichzeitig lernen, wie Anwäl\_t\_innen beraten, wie sie das in der Praxis angehen.

**hlz:** *Also, das heißt, euer Beratungsstellenprojekt steht und es ist wichtig, dass viele Leute davon Gebrauch machen, auch und gerade Referendar\_innen oder für das Lehramt Studierende.*

**Franz:** Es besteht die Möglichkeit, sich mit den Anwäl\_t\_innen, die im Beratungsstellen-Projekt arbeiten, zusammenzusetzen. Einige sind erst seit wenigen Jahren tätig, haben aber bereits einen beachtlichen Er-

fahrungshintergrund. Es wächst im Augenblick eine Generation von Anwäl\_t\_innen heran, die im Asylrecht aktiv werden und die eine ziemlich gute Vernetzung untereinander haben. Lange Zeit waren da wenige, die neu dazu gekommen sind, aber im Augenblick gibt es viele junge Menschen in diesem Bereich, die auch politisch aktiv sind.

**hlz:** *Das sieht man ja auch an den Demos, zum Beispiel organisiert von „Seebrücke“ oder auch die Demo „United Against Racism“ letztes Jahr. Da gibt es viele junge Leute.*

**Franz:** Diese Gruppen, mit denen wir zusammenarbeiten, bestehen zu einem großen Teil aus jungen Leuten. Sie finden sich in dieser praktischen Arbeit mit politischer Orientierung. Die jungen Leute gehen ins Café Exil, engagieren sich u.a. in der Antira-Horst – AG, bei Break Isolation Rahlstedt, der Refugee Law Clinic Hamburg oder auch bei NINA-Frauen in Aktion, einem Frauenprojekt, das sich in Wilhelmsburg gegründet hat. Das sind junge Leute, die gerne auch mit Lehramtsstudierenden und Lehrer\_innen zusammenarbeiten würden. Wir können gerne auch Informationsveranstaltungen zu dem Beratungsstellen-

Projekt in der GEW anbieten. Ich sehe da vielfältige Möglichkeiten der Zusammenarbeit.

**hlz:** *Jetzt, da die Anlauffinanzierung durch Pro Asyl und die UNO-Flüchtlingshilfe wegfällt, seid ihr zur weiteren Finanzierung an Verbände herangetreten. Denkt ihr noch an andere Möglichkeiten?*

**Franz:** Ja, auf jeden Fall. Wir würden gerne Dauerspender\_innen finden, die das Beratungsstellenprojekt des Flüchtlingsrates mit monatlichen Geldspenden unterstützen. 10 Euro pro Monat wären da völlig ausreichend. Das würde, wenn wir genug Spender\_innen finden, das Projekt längerfristig absichern, woran uns sehr gelegen ist. Als gemeinnütziger Verein können wir am Ende jedes Jahres Spendenbescheinigungen ausstellen.

Unsere Bankverbindung lautet: Flüchtlingsrat Hamburg e.V., Stichwort: Beratungsstellenprojekt, Postbank Hamburg, IBAN: DE20 2001 0020 0029 3022 00, BIC: PBNKDEFF

**hlz:** *Danke für das Gespräch.*

Das Interview führte  
URSULA SAPEL/  
GEW Bleiberechtsausschuss

2016 wurde das Beratungsstellenprojekt des Hamburger Flüchtlingsrats e.V., in dem z.Zt. die Refugee Law Clinic Hamburg, we.inform, das Café Exil, die Antira-Horst-AG, Break Isolation Rahlstedt, das Kulturzentrum Bürgerhaus in Meiendorf, Romani Kavafa, New Hamburg, Nina – Frauen in Aktion und der Flüchtlingsrat Hamburg e.V. zusammenarbeiten, gegründet. In diesem Projekt leisten Jurist\_innen zum einen direkte rechtliche Hilfe bei der Arbeit mit Flüchtlingen in den Unterstützungsstrukturen und unabhängigen Beratungsstellen. Zum anderen werden im Rahmen des Beratungsstellenprojektes auch öffentliche Fortbildungen und Informationsveranstaltungen angeboten, bei denen Jurist\_innen und sonstige Fachkräfte als Referent\_innen zum Einsatz kommen. Ziel des Beratungsstellenprojektes ist es, mit Hilfe der Unterstützung von Rechtsanwält\_innen eine unabhängige Beratungsstruktur in Hamburg zu schaffen, die gut vernetzt ist und sich bei der Beratung und Unterstützung von Flüchtlingen auf die professionelle rechtliche Beratung von Jurist\_innen stützen kann.

# Zyklon-Opfer

Unserer Schwestergewerkschaften in Südostafrika brauchen Hilfe

Beschädigte Häuser und Schulgebäude, zerstörte Infrastruktur und Trinkwasserversorgung und damit große gesundheitliche Bedrohung der Überlebenden, hunderttausende obdachlose Menschen und viele Tote, das alles sind die Begleiterscheinungen des Zyklons Idai in Südostafrika.

Die schweren Stürme und sintflutartigen Regenfälle, die vor allem in Mosambik, Zimbabwe und Malawi zu Zerstörung und Überflutungen führten, spülten die Habseligkeiten und Nahrungsvorräte der Menschen weg, vernichteten die Felder und damit die für April vorgesehene Ernte.

Zu den Opfern, die jetzt mit leeren Händen dastehen, gehören auch Lehrerinnen und Lehrer mit ihren Familien und Schutzbefohlenen.

Elizabeth Mahiyana ist aktives Gewerkschaftsmitglied der ZIMTA und unterrichtet an der Chimana Primary School in Chipinge, einem der Katastrophengebiete in Zimbabwe. Als das Internet wieder funktionierte berichtete sie mir wenige Tage nach dem Sturm: „Es ist ruhig jetzt, aber die Stimmung ist gedrückt, denn der Zyklon hat in beiden Provinzen Chipinge und Chimamimani viele Leben gefordert. Idai hat Hütten und Häuser weggespült und Menschen ohne ihre Habseligkeiten, ohne ein Dach über dem Kopf und ohne einige ihrer

nahen Verwandten zurückgelassen.“

## **Weltweiter Spendenaufruf – Gewerkschaften der Lehrkräfte helfen**

Um ihre Mitglieder und deren Angehörige und Schulgemein-

Menge Sachen neu, aber am dringendsten ist die Versorgung mit sauberem Trinkwasser. Die beiden Bohrlöcher, aus denen unsere Schule, das Waisenhaus und die Dorfgemeinschaft mit Trinkwasser versorgt wurden, sind durch den Sturm vollständig zerstört und wir sind auf Wasser aus dem Fluss angewiesen. Ebenso dringend brauchen wir Lebensmittel, denn das Dach unseres Vorratsspeichers wurde abgedeckt, die Vorräte komplett weggespült und unsere vier Hektar Maisfelder, die unsere Versorgung und die der Waisen für das kommende Jahr absichern sollten, sind vernichtet.“

Auch das gemeinsame Projekt der Gewerkschaften PTUZ und ZIMTA zur Schaffung kinderarbeitsfreier Zonen, das die GEW-Stiftung fair childhood finanziell unterstützt, liegt im Katastrophengebiet

Chipinge.

## **Der Heinrich Rodenstein Fonds der GEW unterstützt den Aufruf der Bildungsinternationalen und bittet um Spenden für die Opfer der Katastrophe.**

*Spendenkonto: Heinrich-Rodenstein-Fonds, Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, IBAN: DE88 5005 0000 0084 0001 24, BIC: HELADEF F Stichwort: Opferhilfe Zyklon Idai*

BRUNI RÖMER



schaften in dieser schwierigen Lage so gut wie möglich unterstützen zu können, haben die Gewerkschaften ZIMTA und PTUZ in Zimbabwe und ONP in Mosambik die Bildungsinternationalen, ihre weltweite Dachorganisation, über die Not der Lehrkräfte in den betroffenen Gebieten informiert.

Die Bildungsinternationalen ruft deshalb ihre Mitglieds-gewerkschaften und Lehrerinnen und Lehrer weltweit zur Solidarität und zum Spenden auf.

„Sicherlich brauchen wir eine

# Rente – Pension

Seit den 90er Jahren sind die Renten aus der Gesetzlichen Rentenversicherung (RV) deutlich reduziert worden. Die Verschlechterungen wurden meist analog auf das Versorgungsrecht übertragen. Jetzt müssen die aktuellen Verbesserungen im Rentenrecht Eingang im Versorgungsrecht finden

## Mütterrente

Für Kinder, die nach dem 01.01.1992 geboren wurden

Für die Mütter (ausnahmsweise auch Väter) dieser Kinder ist das Renten- und Versorgungsrecht nahezu identisch. In der Rentenversicherung werden für drei Kindererziehungsjahre drei Entgeltpunkte (EP) für jedes Kind zur Rente hinzugerechnet.

Ein EP wird gegenwärtig mit 32,03 € (West) bewertet, das macht für jedes Kind einen Zuschlag zur Rente von 96,09 € aus.

Dieser Betrag wird auch als Kindererziehungszuschlag zusätzlich zur erarbeiteten Pension gewährt. Das ist eine gute Lösung, die dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes entspricht.

Anmerkung: Bundesinnenminister Seehofer hat dem DGB unlängst mitgeteilt, dass der Kindererziehungszuschlag für vor dem 1.1.1992 geborene Kinder inhalts- und wirkungsgleich zum Rentenrecht auf die Bundesbeamten\_innen übertragen wird. Für Hamburg hat der DGB gefordert, diese Regelung auch auf Landesbeamten\_innen anzuwenden.

## Zurechnungszeit

Mit der Zurechnungszeit im Renten- und Versorgungsrecht soll erreicht werden, dass Kolleg\_innen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, dennoch meist eine angemessene Alterssicherung erhalten. Es gibt aber erhebliche

Unterschiede zwischen dem Renten- und dem Versorgungsrecht.

### Rentenrecht

Im Rentenrecht umfasst die Zurechnungszeit die Zeit vom Beginn der Rente (z.B. 40. Lebensjahr) bis zum 65. Lebensjahr (Übergangsbestimmungen bis 2024) und bis zum Jahre 2031 sogar bis zum 67. Lebensjahr. Nach der jetzigen Übergangsbestimmung werden den Rentenversicherten 25 Jahre (vom 40. bis zum 65. Lebensjahr) „geschenkt“.

### Versorgungsrecht

Im Versorgungsrecht wird die Zurechnungszeit lediglich bis zum 60. Lebensjahr berücksichtigt. Zudem wird diese Zeit nur zu zwei Dritteln angerechnet. Entsprechend dem obigen Beispiel wird die Zurechnungszeit vom 40. bis zum 60. Lebensjahr (20 Jahre) mit zwei Drittel berechnet, macht also 13 1/3 Jahre, die als ruhegehaltstfähige Dienstzeit angerechnet wird.

Die Reduzierung auf 2/3 ist nachvollziehbar, weil dadurch die finanziellen Auswirkungen bei der Pensionsberechnung in etwa dem Rentenrecht entsprechen. Die Anpassung vom 60. Lebensjahr auf die für die Rentenversicherung geltende Grenze sollte dringend auf das Versorgungsrecht übertragen werden.

### Abschläge auf Rente und Pension

Ab dem 63. Lebensjahr ist eine Pensionierung oder ein Rentenbeginn auch ohne ge-

sundheitliche Gründe möglich. Wer jedoch vor der Regelaltersgrenze (ab 2024 das 67. Lebensjahr) in den Ruhestand gehen will, hat Abschläge auf die Rente bzw. Pension hinzunehmen.

Wer beispielsweise mit dem 63. Lebensjahr Rente bzw. Pension beantragt, dem werden Abschläge für den Zeitraum vom 63. Lebensjahr bis zur Regelaltersgrenze (demnächst das 67. Lebensjahr) von der Rente bzw. Pension abgezogen. Bei vorzeitigem Renten- bzw. Pensionsbeginn von vier Jahren sind es 14,4 Prozent (3,6 Prozent x 4 J.).

### Ausgleich der Abschläge im Rentenrecht

Seit einiger Zeit können Kolleg\_innen ab dem 50. Lebensjahr freiwillige Beiträge in die Gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, um die Abschläge auszugleichen. Diese freiwilligen Beiträge sind steuerlich als Sonderausgaben absetzbar. Bei der Deutschen Rentenversicherung sollte man sich informieren, in welchem Umfang und unter welchen finanziellen Bedingungen die Abschläge ausgeglichen werden können.

Eine solche Regelung fehlt im Versorgungsrecht bisher.

### Abschlagsfreie Rente oder Pension nach 45 Jahren

Für Arbeitnehmer\_innen, die 45 Jahre Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt haben, ist eine Übergangsregelung in Kraft getreten (Flexirente). Die Jahrgänge 1952 und früher konnten und können deshalb mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente

## Für Kinder, die vor dem 01.01.1992 geboren wurden

### Rentenversicherung (seit 01.01.2019)

Je Kind werden 2,5 EP gutgeschrieben, d.h.  $2,5 \text{ EP} \times 32,03 \text{ €} = 80,08 \text{ €}$ .

Es kann eine Begrenzung aufgrund der Beitragsbemessungsgrenze in der RV geben, diese Begrenzung tritt jedoch nur ein, falls die Mutter während der dreijährigen Kindererziehungszeit (KEZ) berufstätig ist und das monatliche Arbeitsentgelt den Betrag von ca. 3400 € brutto überschreitet.

### Beamtenversorgung (Hamburg)

Als KEZ werden sechs Monate, gerechnet vom Tage der Geburt, als ruhegehaltfähige Dienstzeit pensionswirksam.

Die ersten zwei Monate (acht Wochen) dieser Zeit werden im Rahmen des bisherigen Arbeitsumfanges ohnehin berücksichtigt, da die Bezüge während der Mutterschutzfrist weiter gezahlt werden. Es bleiben also effektiv noch vier Monate. Diese wirken sich aber nur in dem Rahmen aus, den die Kollegin nicht voll gearbeitet hat.

Mit einem vollen Jahr ruhegehaltfähiger Dienstzeit wird ein Ruhegehaltsatz von 1,79375 Prozent erworben, dies entspricht bei maximal vier Monaten rund 0,6 Prozent.

Für eine Kollegin mit Endstufe A 13 und Familienzuschlag Stufe 1 (brutto 5182 €), bedeutet dies eine Erhöhung der Pension von 31,10 € je Kind.

Hat die Kollegin nach der Mutterschutzfrist ihre Berufstätigkeit voll ausgeübt, wirkt sich die KEZ auf die Pension gar nicht aus.

gehen. Und der Jahrgang 1958 kann im Jahr 2022 immerhin noch mit 64 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen.

Diese flexible Regelung ist bisher nicht auf die Beamtenversorgung übertragen worden. Hier gilt die grundsätzliche Regelung, dass nach 45 Jahren ruhegehaltfähiger Dienstzeit erst ab dem 65. Lebensjahr ein Pensionseintritt ohne Abschläge möglich ist (nach noch geltendem Übergangsrecht 40 Dienstjahre). Bei diesen 45 Jahren werden im Beamtenrecht neben den regulären Dienstzeiten auch Zeiten des Studiums (bis zu drei Jahren), Pflichtbeitragszeiten und Pflege-

zeiten in der Rentenversicherung sowie Kindererziehungszeiten bis zum 10. Lebensjahr des Kindes angerechnet.

Für unsere Kolleg\_innen ist diese Regelung irrelevant, da diese 45 Jahre kaum jemand erfüllen kann:

Beginn des Studiums mit 20 Jahren, Referendariat mit 25 Jahren dann sind es bis zum 65. Lebensjahr maximal 43 Jahre (drei Jahre Studium, 40 Jahre Dienstzeit).

### Forderungen

Selbstbewusst sollten die Gewerkschaften Anpassungen im Versorgungsrecht fordern:

- Für die Kindererziehung sollten für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die gleichen Regelungen gelten wie im Rentenrecht.
- Der Endzeitpunkt der Zurechnungszeit sollte analog zum Rentenrecht festgelegt werden.
- Abschläge bei der Pension sollten identisch mit dem Rentenrecht sein. Das Studium ist mit der Dauer der Mindeststudienzeit zu berücksichtigen.

GERHARD BRAUER

# Aus der Pensions- und Rentenberatung der GEW

ZPD wimmelt Anfragen zur Pensionsberechnung ab

Seit Anfang des Jahres bietet die GEW Hamburg wieder eine Renten- und Pensionsberatung für alle Beschäftigten im Schuldienst an. Hauptklagepunkt der Kolleg\_innen: Das ZPD (Zentrum für Personaldienste) lehnt die vorläufige Berechnung der

Pensionsansprüche immer häufiger ab und verweist stattdessen auf einen Online-Versorgungsberechner. Seit 2018 können künftige Ruhegehälter online berechnet werden. Nach der Anleitung der ZPD-Website ist die eigene Berechnung der Versorgungs-

bezüge ganz einfach. Alles, was man braucht, heißt es dort, seien eine zeitliche Aufstellung der Tätigkeiten seit Schulabschluss und die aktuelle Bezüge-Mitteilung.

Jedoch: Ganz so einfach ist es nicht. Wer hat schon die Daten

seiner beruflichen Tätigkeiten vollständig? Überdies ist die eigene Berechnung anhand der eigenen Daten meist unvollständig und nur selten fehlerfrei. Das kam spätestens bei der GEW-Beratung heraus. In der Regel verfügt nur das ZPD über die kompletten Daten aller Tätigkeiten der oder des Beschäftigten. Nur auf dieser Grundlage kann das Ruhegehalt tatsächlich korrekt berechnet werden.

Im Notfall hilft es der oder dem Kolleg\_in auch nicht, sich die Pensionsbezüge von einem

privaten Berater ausrechnen zu lassen (Mindest-Honorar: 100 Euro!). Denn nach unseren Erfahrungen ist auch dort eine korrekte Berechnung nicht garantiert. Über die kompletten Daten für eine korrekte Berechnung verfügt eben letztlich nur das ZPD.

Nach unseren Informationen hat das ZPD die Berechnungen der Versorgungsanwartschaften erheblich reduziert. Grund soll ein Personalmangel sein, wahrscheinlicher ist eine Personaleinsparung. Deshalb werden

die Kolleg\_innen gerne an den Online-Rechner verwiesen oder die Berechnung dauert oft mehrere Monate. Häufig zu lang für Kolleg\_innen, die kurz vor der Pensionierung stehen.

Die GEW Hamburg hat Gespräche mit den Verantwortlichen des ZPD geführt und wird sich künftig dafür einsetzen, dass Auskünfte zur Pensionsberechnung ab dem 55. Lebensjahr jedem zustehen.

KARIN HUFERT  
Beratung „Gesund in den  
Ruhestand“

## KOSTENDÄMPFUNGSPAUSCHALE

# Beamten-gesetz (HmbBG)

Gespräche über Kostendämpfungspauschale (KDP) und Beihilfeverordnung ...

Neben den „harten Auseinandersetzungen“, bei denen gegebenenfalls die gewerkschaftlichen Argumente z.B. bei

me“ zu tun. GEW, GdP und ver.di besprechen und koordinieren deshalb regelmäßig unter dem Dach des DGB ihre gemeinsa-

unseren Vorstellungen im Zusammenhang mit den Gesprächen zur Übertragung des letzten Tarifergebnisses auf die Beamt\_innen bzw. problemlos zum 1.1.2020 durch eine entsprechende Änderung des HmbBG § 80 umgesetzt werden.

Stattdessen aber will der „Dienstherr“ die Abschaffung der KDP nur mit einer schon länger anstehenden, in der Sache aber höchst komplexen Neuordnung des Beihilferechts verknüpfen. Das Beihilferecht soll, wie bei den gesetzlichen Kassen (GKV), am SGB V orientiert und zur Vereinfachung / leichteren Bearbeitung der Anträge in Abstimmung mit dem Beihilferecht der benachbarten Länder angeglichen werden. Zur Debatte stehen dabei gegen unseren Widerstand die vergleichsweise großzügigen Heilpraktikerleistungen. Die Gespräche werden fortgesetzt und wohl noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Wir werden erneut berichten.

HOLGER RADTKE  
BG Ruheständler\_innen



Tarifverhandlungen nicht nur am Verhandlungstisch, sondern auch auf der Straße vorgetragen werden, finden im Alltag immer wieder auch Gespräche zwischen Vertretern\_innen der Gewerkschaften und den Arbeitgebern in kleineren Runden statt, um Absichten und Forderungen zu erörtern und sachgerechte Lösungen auszuloten. Auch im Bereich der Beamt\_innen versuchen die DGB-Gewerkschaften dies mit möglichst „einer Stim-

men Anliegen bzw. Positionen und Forderungen, um gegenüber dem „Dienstherrn“ erfolgreicher auftreten zu können. So konnten auch in der jüngeren Vergangenheit durchaus einige kleinere Erfolge erzielt werden – z.B. in der Information über Beihilfefragen oder teilweise in der Direktabrechnung mit einigen Krankenhäusern.

Derzeit finden erneut Gespräche im Personalamt statt. Die von uns stets und vehement vorgetragenen Argumente zur Abschaffung der sogenannten „KDP“ sind angekommen. Das ist erfreulich und könnte nach

## Nachruf auf Axel Schildt (1951-2019)

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft trauert um Prof. Dr. Axel Schildt. Am 5. April 2019 starb er im Alter von 67 Jahren.

Von 2002 bis 2017 Professor für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg, Direktor der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg und bis zu seinem Tod jahrzehntelang Mitglied der GEW, war Axel Schildt einer der herausragenden und zugleich innovativsten Historiker der Bundesrepublik Deutschland. Er verband die Sozial-, Kultur- und Intellektuellengeschichte zu einem faszinierend neuen Blick auf die Bundesrepublik. Seine zeitgeschichtlichen Forschungen erweiterten unseren Blick auf die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts. Dabei verharrte er nicht im akademischen Elfenbeinturm, sondern verbreitete sein Wissen klug und unterhaltsam in öffentlichen Vorträgen. Er arbeitete nicht nur in vielen nationalen und internationalen Gremien mit, sondern auch als Jurymitglied des Schülerwettbewerbs der Körber-Stiftung um den Preis des Bundespräsidenten. Als er 2018 einen Vortrag über Hitler und dessen Auftreten im Hotel Atlantic vor dem konservativen Hamburger Bürgertum hielt, belegte er im Detail und kenntnisreich die engen Verbindungen zwischen wesentlichen Teilen des Hamburger Bürgertums und den Nationalsozialisten. Hitler hielt seine Rede im Übrigen bereits 1926, als die Hamburger NSDAP, wie Axel Schildt betonte, noch eine kleine Splitterpartei darstellte. Wehret den Anfängen!, war die implizite Warnung an uns, die wir ihm vor eineinhalb Jahren zuhörten. (Eine Zusammenfas-

sung seines Vortrags kann im Anschluss an diesen Nachruf nachgelesen werden.)

1980 promovierte er in Marburg zum Thema „Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General Schleicher am Ende der Weimarer Republik“. Das Phänomen der Querfront beginnt gegenwärtig wieder eine unheilvolle Rolle zu spielen.



**Axel Schildt: „Die konservativen Hanseaten sahen im (Antisemitismus Hitlers) überhaupt kein Hindernis, dem radikalen Agitator zuzujubeln.“**

Die Heinrich Böll Stiftung schrieb in ihrem Nachruf auf Axel Schildt, seine Stimme sei auch auf „seinem letzten“ Historikertag 2018 laut vernehmlich gewesen. Angesichts des wachsenden Rechtspopulismus mit der Gefährdung der Demokratie hätten sich seine Beiträge zur Freiheit der Wissenschaft und zur Rolle der Geschichtswissenschaft durch einen aufklärerischen Impetus und eine klare Haltung gegenüber rechten Anfeindungen ausgezeichnet.

2017 bekannte er, in der Frühzeit der Grün-Alternativen Liste in Hamburg habe er ein Faible für den „Lederjacket-

rockerstil“ von Thomas Ebermann und der GAL-Spitze gehabt. Das passte. In der 1968er Zeit hatte er sich als Oberstufenschüler der Ahrensburger Stormarschule in der ersten Reihe und – nicht eben zur Freude des Lehrkörpers – lautstark an den Protesten beteiligt. So erzählen es noch heute seine Mitschüler\_innen.

Die ihn näher kannten, erinnern sich an den Menschen Axel Schildt, der humorvoll und kollegial allen begegnete, die ihn um seinen Rat oder um einen Vortrag oder um Betreuung ihrer wissenschaftlichen Arbeiten baten. Auch die GEW Hamburg hat ganz direkt von ihm profitiert. Als er im Februar 2008 gefragt wurde, ob er an dem GEW-Symposium „Verantwortung für die Geschichte übernehmen“ teilnehmen würde – es wurde damals in der Hamburger GEW die Frage diskutiert, wie mit dem gewerkschaftseigenen Haus Rothenbaumchaussee 19 umzugehen sei, das bis 1935 einer jüdischen Erbengemeinschaft gehört hatte - sagte er spontan zu. Auf dem Podium erklärte er, bei der Debatte um Recht und Unrecht dürfe der Umgang mit der NS-Verfolgung in den Nachkriegsjahrzehnten nicht ausgeklammert werden. Nach 1945 seien die meisten Deutschen weder zur Empathie gegenüber den Juden und anderer Verfolgten fähig gewesen, noch hätten sie sich ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung gestellt.

Axel Schildt war anders. Empathie mit Menschen war die Richtschnur seiner Tätigkeit als Hochschullehrer. Er hat sich seiner gesellschaftlichen Verpflichtung als deutscher Historiker gestellt. Wir vermissen ihn schon jetzt.

BERNHARD NETTE

Foto: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZ/H)

# Mahnung statt Wiederholungszwang

1926: Frenetischer Beifall für Hitler im Hotel Atlantic

Was den Aufstieg der Hitler-Partei anging, so wird noch heute gerne kolportiert, das gute Bürgertum, die Unternehmer ebenso wie das Bildungsbürgertum, habe sich auch in Hamburg erst spät, also vielleicht im Frühjahr 1933, seine konservativen Ideale verrätend, den Nationalsozialisten angeschlossen, wobei sie sich dann, als alles in einem monströsen Menschheitsverbrechen zugrunde gegangen war, als missbrauchte Idealisten sahen.

Es begann aber alles viel früher. 1926 war die NSDASP auch in Hamburg noch eine Splitterpartei. Bei der Bürgerschaftswahl 1924 – Hitler war kurz nach Weihnachten aus der Festungshaft entlassen worden – erreichten die Nationalsozialisten in einem Bündnis mit anderen völkisch-antisemitischen Kräften gerade einmal 2,5 Prozent der Stimmen. Zur Bürgerschaftswahl 1927 trat die NSDAP alleine an und erhielt nur noch 1,5 Prozent. Der Durchbruch zur Massenpartei gelang der NSDAP erst 1930. Am 28. Juni 1926, also in der für die Nazis wählerfolgsmäßig noch dünnen Zeit, hielt Adolf Hitler eine Rede im Festsaal des Hamburger Hotels Atlantic, aber nicht vor der damals schwachen Hamburger NSDAP-Ortsgruppe mit ihren gerade mal 200 gestiefelten Anhängern, sondern vor 500 hochmögenden hanseatischen Mitgliedern und Gästen des Nationalklubs von 1919. Die eigene Partei war von Hitler nicht einmal über seiner Anwesenheit in Hamburg informiert worden. Er trat auch nicht in Uniform auf, sondern im dunklen Anzug. Das

gute bürgerliche Publikum hörte dem 37-jährigen Politiker zweieinhalb Stunden zu, unterbrach ihn immer wieder mit „Sehr richtig!“ und „Bravo!“-Rufen und jubelte ihm danach minutenlang frenetisch zu. Wie gesagt: es war das Jahr 1926.

Die Rede wurde damals mitstenografiert, von Hitler autorisiert und an die Mitglieder des Klubs verschickt. 1960 erstmals veröffentlicht, kann sie auf der Homepage der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg als digitalisierte Version heruntergeladen werden. Am 30. Januar 2018 hielt Prof. Axel Schildt, bis zu seiner Emeritierung 2017 Leiter der Forschungsstelle, im Hamburger CVJM-Haus einen Vortrag, in dessen Zentrum diese Hitler-Rede stand. Axel Schildt hat die folgende Zusammenfassung seines Vortrags autorisiert.

Axel Schildt: „Das Hamburger Bürgertum und der Nationalsozialismus“.

„Die jubelten, waren in erster Linie Unternehmer, Bankiers, höherer Offiziere und Beamte, keine kleinbürgerlichen Krawallbrüder“, bemerkte Schildt. Er zitierte die Begrüßungsworte eines Dr. Carl Vorwerk vom Vorstand der Handelskammer: „Meine Herren! (Im Nationalklub waren Damen nicht zugelassen; A.S.) Worte der Einführung sind eigentlich unnötig bei dem Gast, den wir heute abend bei uns zu sehen die Ehre haben. (...) Sein mannhaftes Eintreten für seine Überzeugungen hat ihm in den weitesten Kreisen Achtung, Bewunderung und Verehrung eingetragen.“ Damit bezog sich der Vertreter der Handelskammer

auf den Oktoberputsch 1923 in München mit Hitler und Ludendorff an der Spitze und auf Hitlers Auftreten vor dem Münchener Gericht ein Jahr später. Ein Gesinnungsgenosse war zu Besuch nach Hamburg gekommen.

Wer oder was war der Hamburger Nationalklub von 1919? Begründet wurde er u.a. durch Max von Schinkel, Bankier und einer der reichsten Bürger Hamburgs, 1917 von Kaiser Wilhelm II in den Adelsstand erhoben, etliche Jahre Präses der Handelskammer und bereits im Kaiserreich und dann in der Weimarer Republik rechtsgerichtetes Bürgerschaftsmitglied (ab 1919 DNVP). Das Ziel des Nationalklubs war, so von Schinkel, die Republik zu beseitigen, wenn nötig mit Waffengewalt. Eine weitere zentrale Figur des Nationalklubs war Wilhelm Cuno, extrem wirtschaftsliberaler Generaldirektor der HAPAG, parteilos, rechtskonservativ, demokratiefeindlich, 1922/23 sogar kurzfristig Reichskanzler, eng vernetzt mit der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr, also mit Hugo Stinnes, Fritz Thyssen, Paul Reusch etc.. Der Hamburger Nationalklub war Teil eines reichsweiten Netzwerkes von rechtsintellektuellen Herrenklubs. „Die Feinde der Republik waren gut vernetzt“, so Schildt lakonisch. Man habe sich im konservativen Bürgertum auf die Suche nach dem richtigen Führer gemacht, man habe die richtigen Methoden ermitteln wollen, um eine Diktatur zu errichten. Kein simpler Rechtsputsch wie der am Generalstreik gescheiterte Kapp-Putsch durfte es mehr sein

und auch kein an Mussolinis Vorgehen angelehnter deutscher Marsch auf die Hauptstadt wie der misslungene Münchener Oktoberputsch. „Hitler“, so Schildt, „gestand seinen Fehler übrigens in der Hamburger Rede selbstkritisch ein. Hitler galt als Protagonist derjenigen, die aus den Fehlern gelernt hatten und wussten, dass es jetzt darum ginge, der künftigen Diktatur durch eine geduldige und sorgfältig geplante Propagandaarbeit eine Massenbasis zu schaffen, den Kampf auf der Straße und in den Parlamenten zu führen. Das konnte nur gelingen, wenn man sich als neue und revolutionäre Bewegung inszenierte. (...) Zu diesem Neuen gehörte die Adaption bzw. die Enteignung des populären Begriffs „Sozialismus“ aus dem Arsenal der marxistischen Arbeiterbewegung.“ Das erklärte Hitler seinen Zuhörern ausführlich, denn sie waren bei diesem Teufelswort denn doch enorm zusammengezuckt.

Das bürgerliche Publikum habe sicher gehen wollen, so Schildt, dass die notwendige soziale Demagogie nicht in gefährliches, tatsächlich sozialistisches Denken mündete. Das konnte Hitler in Hamburg versprechen, auch in Abgrenzung zum Strasser-Flügel seiner Partei. Vor allem aber las er dem Bürgertum gehörig die Leviten. Im Weltkrieg sei das Bürgertum zu schwach gewesen, sei zu liberal und tolerant mit dem Marxis-

mus, ihrem Todfeind, umgegangen. „Die Frage der deutschen Wiederherstellung ist eine Frage der Vernichtung der marxistischen Weltanschauung in Deutschland.“ (Heftiger Beifall) Er forderte innenpolitisch die terroristische Ausschaltung der Arbeiterbewegung, sowohl der Sozialdemokraten als auch der Kommunisten, mit dem Ziel der Wiederherstellung eines Staates mit freier Unternehmerinitiative. Außenpolitisch versprach er Revanche für Versailles und die Revision der Grenzen, also Krieg. Er wurde besonders bejubelt, als er mehrfach heiser ankündigte, für diese Ziele „mit aller Brutalität“ zu kämpfen.

Die Sozialdemokratie hatte auch in Hamburg ihre Tradition aus dem Kaiserreich fortgesetzt und bis zuletzt auf ein Bündnis mit dem (erodierenden) liberalen Bürgertum gesetzt, im Kampf gegen die NSDAP und zugleich gegen ihre eigene linke Schwester, die KPD – wie im übrigen auch umgekehrt die Kommunisten in der Sozialdemokratie einen ihrer Hauptfeinde sahen. Es kam zu keiner Koalitionsregierung der beiden Arbeiterparteien, als dies 1927 rein rechnerisch noch möglich gewesen wäre.

Schildt wies immer wieder darauf hin, dass es in Hamburg „von Anfang an starke Bastionen rechtskonservativen, antidemokratischen, antimarxistischen und antisemitischen Denkens in der Universität, in der Richter-

schaft, unter den Gymnasiallehrern, in der evangelisch-lutherischen Landeskirche und nicht zuletzt unter Kaufleuten und industriellen Unternehmern“ gab. Es sei der rechtskonservativen Wirtschaftselite zum Zeitpunkt der Hitler-Rede darum gegangen, „die NSDAP sozusagen als Abteilung für Propaganda unter den Arbeitern einer größeren Rechtsfront anzugliedern.“ Dieses Vorgehen wurde bekannt als Zähmungs- bzw. später als Einrahmungskonzept, was beides grandios misslang. Umgekehrt sei es Hitler noch 1926 darum gegangen, die Nazis als bürgerlich-respektable Organisation darzustellen – bis sich die Kräfteverhältnisse ändern würden. Kurz: Das konservative Bürgertum und die Nazi-Führung kamen sich immer näher. Schildt ging auch auf den Beraterkreis von Wirtschaftsführern für Hitler ein, der 1932 eingerichtet wurde. Dieser sog. Keppler-Kreis (Wilhelm Karl Keppler, 1882-1960, mittelständischer Unternehmer, seit 1927 NS-Mitglied, SS-Obergruppenführer, neben vielen anderen Kriegsverbrechen Beteiligung am Raub von polnischen und sowjetischen Firmen) setzte sich beim Reichspräsidenten Hindenburg Ende 1932 letztlich erfolgreich dafür ein, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Später institutionalisierte sich diese Gruppierung als Freundeskreis des Reichsführers SS bzw. kurz des Himmler-Kreises. Der wich-



<p><b>Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)</b></p> <p>Beim Schump #1 20166 Hamburg</p>	<p><b>Wissenschaftliche Einrichtung an der Universität Hamburg</b></p> <p>Telefon: +49 40 431397-0 Telefax: +49 40 431397-40</p>
--	--

1960 wurde die „Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg“ gegründet, 1997 wurde diese in eine von der Freien und Hansestadt Hamburg getragenen Stiftung umgewandelt und in „Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg“ umbenannt. Seit 2000 ist die FZH eine wissenschaftliche Einrichtung an der Universität Hamburg. Der Direktor/die Direktorin der FZH ist zugleich Professor/Professorin am Historischen Seminar der Universität Hamburg. Unter dem Vorsitz des Präses der Behörde für Wissenschaft und Forschung beaufsichtigt ein Kuratorium die Arbeit der FZH. Beratendes Gremium der FZH in Fragen der Forschung ist ein international zusammengesetzter Wissenschaftlicher Beirat.

### Hättet ihr's gewusst?

Von wegen – die hanseatische Zurückhaltung hätte auch Hitler gegolten! So die Legende, die sich hartnäckig bis heute in den Köpfen festgesetzt hat. Wenn man eine Umfrage startete, wie oft der GröFaZ (Größte Führer aller Zeiten) wohl die Hamburger\_innen beglückt hat, würde – dessen bin ich mir sicher – eine Zahl im einstelligen Bereich herauskommen. Aber es war 33 Mal (!), insgesamt 75 Tage, die es Hitler an die Elbe zog. Dies hat ein Hobby-Historiker, Harald Sandner, über Jahre erforscht und mittlerweile gilt die Zahl als wissenschaft-



**Wahlkampf, Urlaub oder Staatsakt: Adolf Hitlers Besuche in Hamburg haben vielfältige Gründe gehabt – hier ist Reichsstatthalter Karl Kaufmann, der ab 1936 auch das Amt des Bürgermeisters übernommen hatte, an seiner Seite. © NDR/ Staatsarchiv Hamburg**

lich gesichert. Da müssen also Viele über einen langen Zeitraum an der Legende, die Ham-

burger\_innen seien gegenüber Hitler weitgehend resistent geblieben, mitgestrickt haben. JG

tigste Hamburger Repräsentant schon im Keppler-Kreis war der Bankier, Aufsichtsrat der HAPAG und Südostasienskaufmann Emil Helfferich.

So viel zur These von der abendländisch gesonnenen und gebildeten Elite, die lange nicht auf Hitler hereingefallen sei, anders als „die“ Masse, die sich – so eine wohlfeile Theorie – von totalitären Bewegungen einfangen ließ oder die – nach einer anderen, wenn auch verwandten Theorie – sich nihilistischerweise von Gott abgewendet hätte, nur um sich von modernen Dämonen verführen zu lassen und eine säkularisierte Orientierung – Sozialismus oder Faschismus – zu suchen. In jedem Fall werde solcherart das Thema des Zusammenhangs von bürgerlicher Gesellschaft und der NS-Bewegung weitgehend ausgeklammert, so Schildt. Er zitierte Max Horkheimer, der 1939 im US-Exil die bekannte Formulierung gebrauchte: „Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ Aber die Thematisierung des Zusammenhangs Kapitalismus-Faschismus sei seit den 1980er Jahren bis heute für deutsche Historiker nicht

mehr karrierefördernd gewesen. Und auch die holzschnittartige Deutung Hitlers und Mussolinis als Marionetten des Monopolkapitals, eine Vorstellung, wie sie in der DDR gepflegt wurde (Dimitroff-Doktrin, wonach das Monopolkapital aus Angst vor der sozialistischen Revolution die faschistische Bewegung förderte bzw. erst aus der Taufe hob, die dann mit sozialer Demagogie kleinbürgerliche Schichten gegen die Arbeiterbewegung mobilisierte), habe die Anziehungskraft der NS-Bewegung auf alle Schichten der Bevölkerung nicht erklären können. Jürgen Falter's Formel von der NSDAP als „Volkspartei mit Mittelstandsbauch“, d.h. mit einer Anziehungskraft auf alle Bevölkerungsschichten, aber mit stärkerer Prägung durch den alten Mittelstand wie Ladenbesitzer, Landwirte etc., sei inzwischen weitgehend konsensual. Die Arbeiterschaft freilich, auch darauf wies Schildt hin und konterkarierte bis zu einem gewissen Grad Falter's Formel, wählte bis zur Machtergreifung der Nazis weiterhin SPD und KPD, wobei es nur zu Verschiebungen hin zur KPD kam. Die relative Autonomie der NDSAP nach ihrer

Machtergreifung aber habe mit der Dimitroff-Doktrin nicht erklärt werden können, geschweige denn der Holocaust.

Und damit kommen wir zurück zum 28. Juni 1926. Schildt: „Im Festsaal des Atlantic befand sich ein weißer Elefant. Jeder sah ihn, niemand sprach über ihn. Der weiße Elefant hieß Antisemitismus. Hitler kam in einer Rede von 2 ½ Stunden ohne jeden Halbsatz zu diesem Thema aus, nicht einmal die Worte 'Jude' oder 'jüdisch' nahm er in den Mund.“ Hitler habe sein reaktionär-bürgerliches Publikum in diesem Punkt nicht getäuscht, so Schildt, sondern es sei wahrscheinlich so gewesen, „dass an jenem Abend etwas anderes interessierte. Hitlers bekannter Antisemitismus störte dabei nicht, die konservativen Hanseaten sahen darin überhaupt kein Hindernis, dem radikalen Agitator zuzujubeln. Die konservativen bürgerlichen Eliten waren selbst fanatische Gegner der Demokratie, sie wollten nur wissen, dass die Diktatur für sie ohne soziale Risiken errichtet würde.“ Gegen die Juden war man sowieso.

Zusammenfassung:  
BERNHARD NETTE

**Referat F**

Referat B/C Bildungspolitik, -finanzierung  
GEW Studies

**Junge GEW**

FG Grundschule

AG Vorschule

FG Stadtteilschulen

FG Berufliche Schulen

FG Gymnasien/AG LAZ

FG Kinder- und Jugendhilfe

Kita Netzwerk

Bildung ohne Bundeswehr

FG Sonderpädagogik und Inklusion

FG Hochschule u. Forschung

AfGG Gleichstellungs- u. Genderpolitik

AG Flucht u. Bleiben

Bleiberechtsausschuss

AG Bildung statt Kinderarbeit

Friedensplattform

AG Drohnen

AG Rüstungsexporte

Ausschuß für Friedenserziehung

Ruheständler

FG PTF soz.-päd. Personal an Schulen

AG Schulleitungen

Sportausschuss

AG Kindheitspädagogik

AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien

Bildungsclub

AG Queere Lehrer\_innen

FG Erwachsenenbildung

**Gruppe Gewerkschaftliche Bildung**

Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv.

Wir freuen uns über die Teilnahme von

Interessierten. Info: Roland Stolze,

mailto:rolandstolze@gwhmail.de

In der Geschäftsstelle nachfragen

In der Geschäftsstelle nachfragen

21.05.2019, 18.30-21.00 Uhr, Raum GBW

12.06.2019, 18.30-21.00 Uhr, Raum C

20.06.2019, 18.30-21.00 Uhr, Raum B

23.05.2019, 17.00-20.00 Uhr, Raum GBW/B

09.05.2019, 17.00-19.00 Uhr, Raum A

28.05.2019, 17.30-19.30 Uhr, Raum GBW

12.06.2019, 16.30-19.00 Uhr, Raum GBW

In der Geschäftsstelle nachfragen

In der Geschäftsstelle nachfragen

In der Geschäftsstelle nachfragen

28.05.2019, 19.00-21.00 Uhr, Raum B

23.05.2019, 17.00-20.00 Uhr, Raum GBW/B

25.06.2019, 17.00-19.00 Uhr, Raum C

03.06.2019, 18.00-20.00 Uhr, Raum C

01.07.2019, 18.00-21.00 Uhr, Raum C

In der Geschäftsstelle nachfragen

23.05.2019, 18.00-21.00Uhr, Raum A

05.06.2019, 18.00-21.00 Uhr, Raum C

03.07.2019, 18.00-21.00 Uhr, Raum C

28.05.2019, 19.00-21.00 Uhr, Raum C

25.06.2019, 19.00-21.00 Uhr, Raum GBS

In der Geschäftsstelle nachfragen

20.05.2019, 19.00-22.00 Uhr, Raum C

In der Geschäftsstelle nachfragen

11.06.2019, 19.00-21.00 Uhr, Raum C

19.06.2019, 19.00-21.00. Uhr, Raum B

06.06.2019, 19.00-21.00. Uhr, Raum C

05.06.2019, 10.15-12.30 Uhr, Raum A

23.05.2019, 17.00-19.30 Uhr, Raum GBW/B

27.05.2019, 17.00-19.00 Uhr, Raum C

13.06.2019, 17.00-19.00 Uhr, Raum A

03.06.2019, 18.00-20.00 Uhr, GA Zimmer

In der Geschäftsstelle nachfragen

In der Geschäftsstelle nachfragen

03.06.2019, 18.30-21.00 Uhr (Fakultät EPB PI)

von-Melle-Park 8, 20146 Hamburg, Raum 009

In der Geschäftsstelle nachfragen

23.05.2019, 18.30-21.00 Uhr, Raum C

20.06.2019, 19.00-21.30 Uhr Raum A

**Für aktuelle Termine bitte auch auf unsere website unter: <https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine> gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen.**

**ANZEIGEN 04 101-842 671  ANZEIGEN 04 101-842 671**

**Schul-Organisation**

Lehrerkalender

Zensurenhefte

Gemeinsames Lernen

Förderpläne und  
Dokumentationen

Elterngespräche

Aufgabenhefte

[www.schulorganisation.com](http://www.schulorganisation.com)

**FL** SCHULORGANISATION  
Verlage Flöttmann & Langenkämper



**albersdesign**  
Mediengestaltung  
+ Druckproduktion  
Anzeigenverwaltung

04101-842 671  
ca@albers.design



So leben  
Lehrer/innen leichter

**Schulplaner 2019/2020**



Verschiedene  
Ausführungen und  
Größen. Für jeden  
der passende  
Planer dabei.

ab **5,95 €**

**Gutschein** Versandkostenfreie Lieferung  
Code: **VERS319** Gilt nur für Büchersendungen (Planer + Hefte)  
Gültig bis 15.09.2019 - nshere.info@www.timetex.de/VERS319

TimeTEX Hermedia Verlag GmbH  
93339 Riedenburg · Tel. 09442 92209-0  
[www.timetex.de](http://www.timetex.de)

# Oscar Toepffer – „An führender Stelle in jeder Beziehung bewährt“ (Teil 1)

Oscar Toepffer gehört zu jenen, die trotz erstaunlicher Karriere in der NS-Zeit formal nur mäßig durch NS-Mitgliedschaften belastet waren. Er wurde Leiter des Rechtsamtes und später zeitweilig sogar Senator im Schulbereich. Erst 1937 trat er der NSDAP bei und war solange auch nicht in anderen NS-Organisationen aktiv. Dennoch hatte er sich bei Bürgermeister Krogmann und NSDAP-Gauleiter Kaufmann unentbehrlich gemacht. Nach 1945 wurde er auf Anordnung der britischen Militärregierung entlassen. Aus privaten Briefen geht hervor, dass er mit den Nazis ideologisch verweben war.

Foto: Staatsarchiv



**Oscar Toepffer**

Oscar Toepffer wurde am 4.11.1896 in Hamburg als Sohn des Kaufmanns Karl Johannes Oscar Toepffer und seiner Ehefrau Elisabeth geboren. Er besuchte von 1905 bis 1914 das Realgymnasium des Johanneums, wo er am 3.8.1914 das Abitur bestand. Sein Vater war schon während Oscar Toepffers Schulzeit gestorben. Toepffer war ein ausgezeichnete Schüler, im Reifezeugnis hatte er für Fleiß, Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Mathematik und Biologie die Note „sehr gut“ erhalten.

Schon vor der Reifepfung hatte sich Oscar Toepffer freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet.

Am 24.8.1914 wurde er eingezogen und hat, wie er in seinem Lebenslauf schrieb, „bis Januar 1919 ... am ersten Weltkriege als Soldat ausschließlich in Frontverwendung teilgenommen“.

Toepffer war am Ende des Krieges Leutnant und startete ab 1919 ein relativ kurzes Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Jena und Hamburg, das er schon am 7.5.1921 mit dem ersten Staatsexamen abschließen konnte.

Das Referendariat absolvierte Toepffer an verschiedenen Stationen, jeweils mit besten Rückmeldungen. So arbeitete er einige Monate bei den Landherrenschaften, der Aufsichtsbehörde für das hamburgische Landgebiet, was später noch einmal bedeutsam werden sollte. Dort bescheinigte man ihm: „Da er allen Sachen großes Interesse und reifes Verständnis entgegengebracht hat, ist es ihm gelungen, sich in kurzer Zeit in den vielseitigen Verwaltungsbetrieb der Landherrenschaften und die besonderen Verhältnisse des Landgebietes hinein zu finden. Die ihm zur Prüfung übertragenen Sachen wurden von ihm mit Fleiß, anerkennenswertem

Geschick und gutem Erfolg bearbeitet, so daß ihm ohne Bedenken größere Selbständigkeit überlassen werden konnte. Seine Leistungen haben gezeigt, daß er besondere Fähigkeiten für den Verwaltungsdienst besitzt.“

Die Staatsanwaltschaft bestätigte dem Rechtsreferendar: „Vom ersten Tage seiner Tätigkeit an zeigte er gute Kenntnisse, regen Fleiß und eine für Referendare immerhin seltene Fähigkeit in der Beurteilung und praktischen Bearbeitung der ihm zugewiesenen Akten.“

Hervorragend war auch die Rückmeldung über seine Tätigkeit beim Landgericht: „Referendar Toepffer besitzt erheblich über den Durchschnitt hinausgehende Rechtskenntnisse, besonders auch auf dem Gebiete des öffentlichen Rechtes, dem er ein besonderes Interesse entgegenbringt.“

Toepffer schloss den Vorbereitungsdienst im Juli 1923 ab. Ihm wurde bescheinigt, die Ausbildungszeit „ersichtlich sehr gut ausgenutzt“ zu haben.

## Karriere im Staatsdienst

Oscar Toepffer trat nach dem Referendariat als Jurist in den

hamburgischen Staatsdienst ein und wurde der Landherrenschaft, der Aufsichtsbehörde für das hamburgische Landgebiet, überwiesen. Nach seiner Assessorenzeit wurde er am 1.1.1925 zum Regierungsrat und am 1.2.1929 zum Oberregierungsrat befördert.

Am 1.3.1933 wechselte Toepffer in die Wohlfahrtsbehörde und ab 7.2.1934 setzten ihn die neuen Machthaber im hamburgischen Staatsamt ein. Schon am 9.11.1934 gelang ihm dort die Beförderung zum Regierungsdirektor:

Nach späteren eigenen Angaben lag das Schwergewicht seiner folgenden Arbeit bis 1945 „auf organisatorischem Gebiete, vor allem in der Planung und Durchführung des Groß-Hamburg-Gesetzes“.

Da er dies am 13.8.1946, im Rahmen seiner Entnazifizierung, schrieb, war er natürlich bemüht, zu marginalisieren, wie sehr er in die personellen Interna des nationalsozialistischen Staates einbezogen war.

Im Zusammenhang mit dem Groß-Hamburg-Gesetz hatte sich Oscar Toepffer allerdings sowohl bei Carl Vincent Krogmann, Hamburgs Bürgermeister in der NS-Zeit, als auch bei Reichsstatthalter Karl Kaufmann profiliert. Nach der Neuregelung der hamburgischen Verfassung durch das neue Gesetz wurde Toepffer als Beigeordneter mit der Amtsbezeichnung „Stadtrechtsrat“ und später auch als Senator Mitglied der Hamburger Regierung. Er war dadurch Leiter des Rechtsamtes und der Organisationsabteilung, des späteren Personalamts in Hamburg und damit eine entscheidende Instanz bei allen personenbezogenen Einstellungen und Beförderungen.

Bürgermeister Krogmann, der in dieser Zeit täglich Tagebuch führte, erwähnt Toepffer in seinen Aufzeichnungen. Darin wird deutlich, dass Oscar Toepffer

alle 14 Tage an den Lagebesprechungen des Bürgermeisters teilnahm, vortragen musste und dabei entscheidende personalpolitische Inputs gab sowie Aufträge mitnahm.

Gleichermaßen besaß Toepffer das Vertrauen von Reichsstatthalter Karl Kaufmann. Zu ihm hatte er auch einen persönlichen Kontakt, nachdem Kaufmanns Familie ganz in der Nähe des Privathauses von Oscar Toepffer und seiner Familie wohnte. Die späteren Briefwechsel Toepffers mit seiner Frau Gretchen belegen dies eindeutig.

Auf welcher Ebene Toepffer angesiedelt war, geht auch aus dem Schreiben von Karl Kaufmann an das Reichsinnenministerium vom 22.12.1937 hervor:

„Die Berufung der Beigeordneten für die künftige Verwaltung der Hansestadt Hamburg ist außerordentlich dringlich, weil die Umorganisation der Verwaltung zum 1.4.1938 nur dann reibungslos vonstatten ge-

---

*„Auch nach 1933 blieb meine Einstellung zur NSDAP kritisch.“*

---

hen wird, wenn die künftigen Beigeordneten verantwortlich in die Vorarbeiten eingeschaltet werden. Ich habe mich daher des Einverständnisses des Stellvertreters des Führers darüber versichert, daß ich schon heute berechtigt bin, als Beauftragter der NSDAP im Sinne der Deutschen Gemeindeordnung tätig zu werden. In dieser Eigenschaft bitte ich Sie, sich mit der Berufung der folgenden Persönlichkeiten zu hauptamtlichen Beigeordneten einverstanden zu erklären:

Regierender Bürgermeister Krogmann als Erster Beigeordneter,

- Senator von Allwörden,
- Senator Dr. Nieland als Stadtkämmerer,
- Senator Richter,

• Präsident Senator a.D.

Dr. Offerdinger,

• Präsident Senator a.D. Witt,

• Präsident Dr. Werdermann,

• Präsident Martini,

• Regierungsdirektor Toepffer.“

Abschließend schreibt Kaufmann noch, er habe „nur solche Persönlichkeiten vorgeschlagen.., die sich in der bisherigen hamburgischen Verwaltung an führender Stelle in jeder Beziehung bewährt haben.“

An diesem Schreiben wird nicht nur deutlich, welche Macht der Reichsstatthalter der NSDAP hatte, der die Regierungsmitglieder nach Absprache mit dem Stellvertreter von Adolf Hitler, dem für Personalfragen zuständigen Rudolf Heß, benannte. Es zeigt auch, welche erstaunliche Karriere Oscar Toepffer in der NS-Zeit machen konnte, obwohl er erst 1937 Mitglied der NSDAP geworden war.

Nach einem weiteren Schreiben Karl Kaufmanns vom 7.3.1938 an den Reichsinnenminister benannte er Bürgermeister Krogmann und die Senatoren von Allwörden, Nieland und Richter als Mitglieder der Hamburgischen Landesregierung zu Beigeordneten auf Lebenszeit und die anderen fünf Personen, die schon vorher Beigeordnete waren, unter anderem Oscar Toepffer, zu hauptamtlichen Beigeordneten auf zwölf Jahre.

Wie anerkannt Toepffer auch auf Reichsebene war, dokumentiert die Tatsache, dass er am 7.5.1937 vom Reichsjustizminister nebenamtlich zum Mitglied des Reichs-Justizprüfungsamtes bestellt wurde. Darüberhinaus wurde Toepffer von der Akademie für Deutsches Recht in Berlin im Auftrag des Reichsjustizministers, Dr. Hans Frank, in den Ausschuss für Verwaltungsrecht berufen.

### **Eintritt in die NSDAP im Jahr 1937**

Dem vorangegangenen war ein folgenschwerer Schritt, nämlich



**Wehrmachtsoffizier Oscar Toepffer mit Frau Gretchen und den drei Kindern**

der Beitritt Oscar Toepffers in die NSDAP - interessant deswegen, weil die Initiative dafür nicht von Toepffer ausging. Erstaunlich ist, dass Toepffer seine steile Karriere überhaupt machen konnte, ohne Parteimitglied gewesen zu sein oder sich in einer anderen NS-Organisation aktiv betätigt zu haben. Dies hatte er sicherlich der Wertschätzung für seine juristischen Kompetenzen und seiner Persönlichkeit zu verdanken. Wie die Korrespondenz zwischen Oscar Toepffer und seiner Frau während des Krieges deutlich macht, waren jedoch beide durchaus ideologisch mit den Nationalsozialisten und ihren Repräsentanten verweben.

Oscar Toepffer selbst gab während seines Entnazifizierungsverfahrens am 13.8.1946 folgende Gründe an, weshalb er nicht von sich aus den Antrag gestellt hatte, NSDAP-Mitglied zu werden:

„Als Berufsbeamter vertrat

ich von jeher die Auffassung, daß der Beamte sich jeglicher politischen Betätigung enthalten soll. Mit Recht sagt die Weimarer Verfassung in Art. 130, daß die Beamten Diener der Gesamtheit und nicht einer Partei sind. Nach 1933 war die Situation zunächst unverändert. Man legte den Beamten zwar sehr nahe, der NSDAP beizutreten, indessen lehnten meine Freunde und ich – entsprechend unserer grundsätzlichen Einstellung – den Eintritt ab. Die Lage änderte sich erst, als die NSDAP als einzige Partei gesetzlich mit dem Staate verbunden wurde, und als der Druck auf die Beamtenschaft so stark wurde, daß man sich dem Eintritt nicht mehr entziehen konnte. Dem Beamten blieb in den meisten Fällen nur die Wahl, sich entweder mit der Aufnahme in die NSDAP abzufinden oder aus dem Dienst auszuschneiden. Wenn ich mich damals entschlossen habe, im Staatsdienst

zu bleiben, so hat mich weniger das Bestreben geleitet, mir die wohl erworbenen Beamtenrechte zu erhalten, als vielmehr die innere Verpflichtung gegenüber meinem Amte und der übernommenen Aufgabe.“

Mit dieser Argumentation bediente sich Oscar Toepffer der Schutzbehauptungen, die er später auch als Rechtsanwalt bei der Verteidigung von anderen NS-Aktivisten wiederholte. Falsch ist, dass man 1937 nicht weiter Beamter im NS-Staat bleiben konnte, wenn man nicht der NSDAP beitrug. Allerdings wurde von staatlichen Amtsträgern und – wie in Toepffers Fall – insbesondere auch von Regierungsmitgliedern und herausgehobenen Berufsbeamten erwartet, dass sie sich zur NSDAP bekannten. Sicherlich wäre Oscar Toepffer anderenfalls weder Beigeordneter geblieben noch nach 1939 sogar zum Senator ernannt worden.

In seinem Rechtfertigungsschreiben aus dem August 1946 wies Toepffer darauf hin, dass er mit seiner Anmeldung bei der NSDAP „einem Ersuchen des Rechtswahrerbundes bzw. des Reichstatthalters entsprochen“ hatte, mit dem er ausweislich der Korrespondenz mit seiner Frau in den Jahren des Krieges stets in positiver Verbundenheit verkehrte.

Richtig ist allerdings auch, dass Oscar Toepffer in der NSDAP oder in anderen NS-Organisationen kein Amt bekleidete, was jedoch aufgrund seiner staatlichen Funktion auch nicht nötig war. Wie er selbst angab, gehörte er als Mitglied noch der NSV, dem NS-Rechtswahrerbund, dem Reichsbund der Deutschen Beamten und dem VDA an.

Toepffer erklärte außerdem: „Man hat mir gelegentlich nahegelegt, in die SS einzutreten. Das habe ich abgelehnt. So habe ich zu den Beamten gehört, die bei offiziellen Anlässen nicht in Uniform sondern im schwarzen Rock erschienen. Meine Einstel-

lung zur NSDAP ist vor 1933 ablehnend gewesen. Freundschaftlichen Verkehr mit mir bekannten Nichtariern habe ich nach 1933 ohne Bedenken fortgesetzt. Auch nach 1933 blieb meine Einstellung zur NSDAP kritisch.“

Diese Aussage gilt möglicherweise in Einzelfällen. Unstrittig ist auch, dass Toepffer sich im Weiteren als „einen der Gesamtheit des Volkes verantwortlichen Beamten“ betrachtete. Die Korrespondenz mit seiner Frau Gretchen während des Krieges, die ich von Toepffers beiden Töchtern zur Einsicht bekam, belegt aber auch, dass er und seine Frau seit 1933 mit führenden Nationalsozialisten ein hohes Maß an Sympathie, Wertschätzung, Bewunderung verband. Dies gilt insbesondere in Bezug auf die Person Adolf Hitler, bei Oscar Toepffer aber auch bezogen auf Hermann Göring.

### Einsatz während des Krieges

Über seinen weiteren Einsatz schrieb Oscar Toepffer:

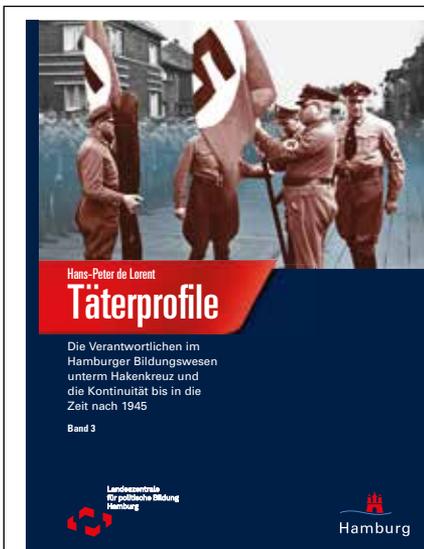
„Nach Ausbruch des Zweiten

Weltkrieges wurde ich Soldat und nahm an den Feldzügen in Polen und Frankreich teil. Nach Beendigung des Frankreichfeldzuges sollten die höheren Verwaltungsbeamten aus der Truppe herausgezogen werden. Weil ich nicht in der Verwaltung eines besetzten Gebietes arbeiten wollte, teilte ich meiner zivilen Dienststelle den Sachverhalt mit und wurde reklamiert. Ich trat im November 1940 in mein Amt als Stadtrechtsrat zurück und führte außerdem vertretungsweise die Schulverwaltung. Bereits im Mai 1941 wurde ich auf meine Initiative hin wieder eingezogen und bin bis zum Mai 1945 Soldat geblieben.“

Nach den Feldzügen in Polen und Frankreich war Toepffer die längste Zeit im Küstenabschnitt Dänemarks mit vergleichsweise „beschaulichen Tätigkeiten“ betraut. Er war Hauptmann und am Ende des Krieges Major.

HANS-PETER DE LORENT

*Fortsetzung folgt*



**Hans-Peter de Lorent: Täterprofile Band 3, herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung**

NEU – SOEBEN ERSCHIENEN

## Täterprofile Band 3

Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz und in der Zeit nach 1945

- 71 weitere Biographien von wichtigen Personen in Schule, Schulverwaltung und NSLB
- Mit den Porträts ist es möglich nachzuvollziehen, wie die Nationalsozialisten Schulleiter rekrutierten. Dargestellt wird, dass mehrere Personen, die aufgrund ihrer Mitgliedschaft und Funktionen in NSDAP oder anderen NS-Organisationen Schulleiter waren, nach 1945 wieder in dieser Funktion eingesetzt wurden.

*Zu erhalten im Infoladen der Landeszentrale für politische Bildung, Dammtorwall 3, Schutzgebühr 3 Euro.*



# Das HLZ-Rätzel

## Gestürzt in Hamburg

1968 stürzten Hamburger Student\_innen die Statue des Kolonialgouverneurs Wissmann und brandmarkten die Uni als *permanentes Kolonialinstitut*. Auch andere Statuen und Büsten wurden gestürzt, um auf eine düstere Vergangenheit hinzuweisen.

### Welche Denkmäler wurden noch in Hamburg gestürzt oder entfernt?

- a) Statue des Kolonialoffiziers Dominik
- b) Statue des abgedankten Kaiser Wilhelm
- c) Kopf der Karl-Marx-Statue
- d) Büste des Uni-Mitbegründers von Melle
- e) Büste des NS-nahen Uni-Rektors Wigand

Einsendungen (ggf. mit Mehrfachnennungen) bitte mit Postanschrift bis zum 4.6.2019 an die hlz, am besten an [hlz@gew-hamburg.de](mailto:hlz@gew-hamburg.de). Als Preis winkt eine alternative Hafenerundfahrt für zwei Personen aus dem Programm der *Hafengruppe Hamburg - Dritte Welt*. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Bild: Staatsarchiv Hamburg

„... der Kolonialwille im deutschen Volke ist nicht mit dem Raube unserer Kolonien erstorben und wird nicht ersterben. Das *Wißmann-Denkmal* soll ihn wachhalten.“ (Hamburger Correspondent, 3.11.1922) – **LIEBER NICHT!**, meinten diese Student\_innen (Bild von 1967).



## Des letzten Rätsels Lösung...

... ist b) *Schoko-Osterhasen abwerfen*.

Dieser Osterbrauch wurde von uns ausgedacht. Als Gewinner ermittelten wir Werner Haertel. Er bekommt den Gutschein für das vom *Parlament* betriebene Café im Innenhof des Hamburger Rathauses. Herzlichen Glückwunsch!

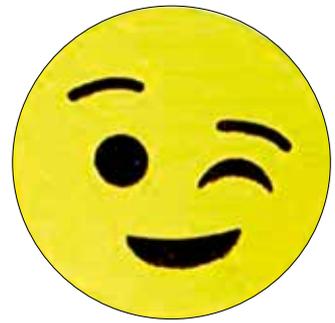
MH/MK

Fotos: saledron/flickr.com/CC BY-NC-SA 2.0



Brauch aus dem Odenwald: Rohe Eier werfen und fangen

# Aus dem Hinterhalt...



Eigentlich war es eine Chuzpe mit Augenzwinkern, die uns dazu brachte, das Mao Tse-tung-Zitat „Rebellion ist gerechtfertigt“ auf die Rückseite der vorletzten Ausgabe dieser Zeitung zu bringen. Natürlich war uns bewusst, dass wir damit provozieren würden. Aber es passte einfach zu gut auf den Sachverhalt von ‚Fridays for future‘. Und in diesem Zusammenhang gilt es ja nicht, viele Worte zu machen, sondern entscheidende.

Weshalb aber nun das Augenzwinkern? Die Betriebsgruppe der Ruheständler\_innen hatte – wie ausführlich in den letzten Ausgaben berichtet – eine große Veranstaltung zu dem, was die 68er wollten und was draus wurde, gemacht. Das war keines der üblichen Foren oder Symposien, keine Tagungen oder so etwas. Das Besondere war ja, dass die allermeisten, die der Einladung gefolgt waren, als Aktive dabei gewesen waren. Und da ging es natürlich auch um das, worüber schon damals gestritten wurde. Nun weiß jede\_r, dass die Auseinandersetzungen innerhalb des linken Spektrums auch von den unterschiedlichen Vorstellungen, wie man denn eine wirklich klassenlose Gesellschaft erreichen könnte, geprägt waren. Konkreter: Es standen sich – damals unversöhnlich – das Konzept der Sowjetunion und das der Volksrepublik China gegenüber.

Es war keiner Altersmilde geschuldet, dass die damaligen politischen Gegner\_innen diese Konflikte nicht mehr in dieser Schärfe sehen. Jede und jeder, der oder die seinerzeit vehement für die eine oder andere Seite agiert und agitiert hatte, besitzt nach 50 Jahren nicht selten weiteren politischen Engagements eine differenzierteres Weltbild. Dazu gehört natürlich auch die Abrechnung mit dem, was denn da in China im Namen der Kul-

turevolution und des Kommunismus abgelaufen ist. Ich kenne niemanden der seinerzeit dem Maoismus Zugewandten, der oder die die damaligen Menschenrechtsverletzungen heutzutage leugnet oder schönredet. Das gehört eben auch zum Erbe der 68er, dass man sich der geschichtlichen Verantwortung stellt und begangene Fehler eingesteht. Wie gesagt: vor diesem Hintergrund waren die Worte Maos mit einem Augenzwinkern begründet.

Die AfD bezieht sich auf die Charakterisierung des Bayerischen Verfassungsschutzes von Mao Tse Tung, um eine ‚Kleine Anfrage‘ in der Bürgerschaft zu begründen.

Sie betitelt diese mit den Worten: „GEW Hamburg zitiert – augenscheinlich zustimmend – den kommunistischen Massenmörder Mao Tse-tung mit folgendem Satz: ›Rebellion ist gerechtfertigt.‹“ Und schlussfolgert messerscharf: „Das Zitat steht im Kontext der Klimaschutz-Proteste der fridaysforfuture-Kampagne und soll wohl ein ›rebellisches Vorgehen‹ der Schüler rechtfertigen beziehungsweise dazu anstacheln.“

Sie will, nachdem sie von dem Mao-Zitat auf der Rückseite der hz Kenntnis erhalten hatte, wissen, ob es sich hierbei um das Machwerk verkappter Maoisten handele.

Man kann auf die Antwort nur gespannt sein. Eine wünschenswerte – wenn dies auch illusorisch ist – wäre, dass es immer einer Rebellion bedarf, um gesellschaftliche Verhältnisse zum Tanzen zu bringen und damit die Voraussetzung für eine Änderung zu schaffen. Andernfalls säßen wir noch auf den Bäumen. Wenn es nach der AfD ginge, dürfte man weder die Herrschenden im alten Rom zitieren – also alles sofort streichen aus der La-

teinlektüre –, auf deren Kosten so mancher rebellierende Sklave im Zusammenhang mit dem Spartakus-Aufstand sein Leben lassen musste, noch die Französische Revolution als wichtigen Fortschritt in der Menschheitsgeschichte ansehen, weil auch sie mit einer Rebellion startete, dann aber auch nicht gerade unblutig verlief. Und wie war es mit dem Matrosenaufstand 1918 in Kiel? Ohne ihn wäre Deutschland wohl noch ein Kaiserreich.

Rebellion dürfte bei der AfD also nur gerechtfertigt sein, wenn es in ihr reaktionäres Geschichtsbild passt. So dürfte so mancher alt- oder neuvölkischer Adept immer noch feuchte Augen kriegen, wenn von Hitlers gescheitertem Putsch und anschließendem Marsch auf die Feldherrnhalle 1923 in München die Rede ist – und das war auch nichts anderes als eine Rebellion!

Aber um auch hier nicht denjenigen eine Steilvorlage zu liefern, die sich jetzt in ihrem Denkschema ‚rechts gleich links‘ bestätigt fühlen, muss gesagt werden, dass es natürlich auf den Inhalt dessen ankommt, wogegen rebelliert wird. Mir scheint, dass Herr Wolf von der AfD, der die „Kleine Anfrage“ gestellt hat und der ja kein harmloser Mitläufer, sondern als einer der Strategen des rechten Lagers auszumachen ist, hier eine Art Retourkutsche zur Kritik an der Fliegenschiss-Argumentation seines Parteiführers fährt. Damit vergleicht er aber Äpfel mit Birnen.

JOACHIM GEFFERS



# Spätsommer-Angebot 2019

Klassenfahrt direkt am Schweriner See

5 Tage 4 Nächte ab **98,- €**

Vollverpflegung (4 Mahlzeiten) ★ Tagesfahrt Wismar ★ Tagesfahrt nach Schwerin  
Schnupperreiten ★ Kistenklettern ★ Bogenschießen ★ Nachtwanderung und Lagerfeuer ★ Discoabend  
Ulis Kinderland e.V., Tel. 038423 365, Fax 038423 51 359, info@ulis-kinderland.de

ANZEIGE



**Zwei neue Kundenurteile:  
Debeka gehört zu den Lieblingsmarken  
der Deutschen und gilt auch als  
besonders „fair“**

„Marke des Jahres 2018“: Im Ranking der Marken, die Verbraucher am besten bewerten, gehört die Debeka zu den Top-Five-Marken der Versicherungsbranche. Damit zählt die genossenschaftlich geprägte Gruppe, die auch eine Bausparkasse umfasst, zu den Spitzenreitern aus insgesamt 36 Produkt-Kategorien – von Einzelhandel über Touristik bis hin zu Dienstleistern. In der Verbraucherumfrage wurden jeweils sechs unterschiedliche Bewertungen abgegeben: Allgemeiner Eindruck, Qualität, Preis-Leistungs-Verhältnis, Kundenzufriedenheit, Weiterempfehlungs-bereitschaft und Arbeitgeberimage.

Seit 2015 ermittelt die Data und Analytics Group YouGov in Kooperation mit dem Handelsblatt die „Lieblingsmarken der Deutschen“. Die diesjährigen Ergebnisse des Rankings „Marke des Jahres 2018“ basieren insgesamt auf über 900.000 Online-Interviews, die YouGov im Zeitraum vom September 2017 bis August 2018 täglich für den Markenperformance-Tracker „YouGov BrandIndex“ repräsentativ für die deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren durchgeführt hat.

Weitere Studie bestätigt die Ergebnisse

Nach einer ebenfalls jetzt erschienenen Verbraucherumfrage des Nachrichten senders n-tv und des Deutschen Instituts für Service-Qualität GmbH & Co. KG (DISQ) zählt die Debeka nicht nur zu den „Lieblingsmarken“, sondern zeichnet sich auch durch eine besondere Fairness aus. Dafür wurde dem Unternehmen Ende Oktober der Deutsche Fairnesspreis verliehen. In einer Kundenbefragung erfragten die Marktforscher über ein Online-Panel die Zufriedenheit der Verbraucher in drei Leistungsbereichen: das Preis-Leistungs-Verhältnis, die Zuverlässigkeit und die Transparenz. Bei dieser Erhebung bewerteten rund 50.000 Verbraucher insgesamt 547 Unternehmen aus 46 Branchen.

Im Detail ging es dabei um die Preisgestaltung und Zuverlässigkeit der Produkte sowie die Einhaltung von Absprachen bis hin zur Kulanz bei Reklamationen. Die Befragung berücksichtigte zudem die Vollständigkeit und Verständlichkeit von Produktinformationen, die Transparenz von Verträgen und den Verzicht auf versteckte Kosten und Lockangebote.



Institut für Weiterbildung  
Hamburg-Altona

## So kann Inklusion gelingen!

**Weiterbildung Integrative Lernförderung & Lerntherapie**

Start in Hamburg: 27. September 2019 | 31. Januar 2020

**Seminar: Einen neuen Zahlenraum begreifen**

Mathe in Schule und Lerntherapie für Klasse 5 bis 8 | 29. & 30. Juni 2019

Infos und Anmeldung unter [www.kreisel-hamburg.de](http://www.kreisel-hamburg.de)

Öffentliche Zuschüsse  
möglich!

## Körperorientierte Psychotherapie Systemische Paartherapie und Supervision

- ◆ Freude am Leben
- ◆ Selbstvertrauen
- ◆ Gelassenheit

Dipl. Mus. Andreas Merk  
Psychotherapie HeilprG, Lehrer  
Privatkasse und Beihilfe

Telefon: 040/3009 3736 ◆ [www.andreasmerk.de](http://www.andreasmerk.de)



Klinik am  
Leisberg

**Private Akutklinik**  
für intensive und persönliche  
Psychotherapie in freundlicher,  
unterstützender Umgebung



**Von hier an geht es aufwärts!**

Telefon:  
**07221/39 39 30**

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden  
[www.leisberg-klinik.de](http://www.leisberg-klinik.de)




**Gesundwerden in freundlicher Umgebung!**

Hier erwarten Sie motivierte Mitarbeiter, die Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundheit engagiert unterstützen. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc. in einem intensiven und persönlichen Rahmen, Krisen werden sicher aufgefangen.  
**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen und Beihilfe

**Info-Telefon 02861/80000**

Pröbtinger Allee 14, 46325 Borken (Münsterland)  
[www.schlossklinik.de](http://www.schlossklinik.de)



Hier könnte  
**Ihre**  
 private oder  
 gewerbliche  
 Anzeige stehen!

**albersdesign**  
 Mediengestaltung  
 + Druckproduktion  
 Anzeigenverwaltung

04101-842 671  
 ca@albers.design



## HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit  
 gegründet 1897



**Die preisgünstige Hausratversicherung  
 im Großraum Hamburg für alle pädagogisch Tätigen  
 sowie deren Angehörige**

Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme  
 (inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

**2017 bis 2019 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.**  
 Ihr Hausrat ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung,  
 Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert.

Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen:

Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen,  
 Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €.

Fahrräder bis 3.000 € (6.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme.

Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:

040 333 505 14 (Tobias Mittag) 040 796 128 25 (Georg Plicht)  
 040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)

**[www.h-l-f.de](http://www.h-l-f.de)** (mit Prämienrechner) - [info@h-l-f.de](mailto:info@h-l-f.de)



# Rebellion ist gerechtfertigt

(frei nach Peter Tschentscher)

*Bürgermeister Peter Tschentscher hat als Schüler gegen die atomare Aufrüstung demonstriert, erzählte er Schüler\_innen, Eltern und Lehrer\_innen eines Blankeneser Gymnasiums. Er habe auch während der Schulzeit demonstriert und dafür "ein bisschen Ärger" bekommen, erinnerte er sich. Deshalb fände er es nicht so dramatisch, wenn die Fridays-for-Future-Proteste während der Schulzeit stattfänden. "Wie die Regeln sind", sagt er, müssten die Lehrer\_innen entscheiden.*

Nach Angaben der TAZ vom 6. Mai 2019

